

WORKING PAPER FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Nummer 357, November 2024

China – ein schwieriger Partner für die deutsche Wirtschaft

**Chancen und Herausforderungen der Restrukturierung
globaler Wertschöpfungsketten**

Lia Musitz

Auf einen Blick

De-Risking oder Decoupling? Oder weder noch? Der Umgang mit der Abhängigkeit der deutschen Industrie von China ist Gegenstand vieler Debatten und Strategiepapiere. Die Literaturstudie trägt zentrale Erkenntnisse über den Aufstieg des Landes zur geopolitischen Wirtschaftsmacht, seine Industrie- und Wirtschaftsstrategie und über die wechselseitigen Abhängigkeiten und Verflechtungen der deutschen und der chinesischen Volkswirtschaft zusammen. Eine überraschende Erkenntnis: In zentralen Bereichen ist China abhängiger von Deutschland als umgekehrt. Gleichzeitig stellt das Spannungsfeld zwischen einem autoritären, undemokratischen politischen System und sozio-ökonomischen Zielen, die denen im Westen vergleichbar sind, die internationale Gewerkschaftsbewegung im Umgang mit China vor eine Herausforderung.

Lia Musitz ist Doktorandin im Fachbereich Wirtschaftssoziologie an der Goethe-Universität Frankfurt und Alumna der Hans-Böckler-Stiftung. Sie forschte und lehrte am In-East der Universität Duisburg-Essen und studierte Sinologie und Theater-, Film- und Medienwissenschaft in Wien und Wuhan.

© 2024 by Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
www.boeckler.de



„China – ein schwieriger Partner für die deutsche Wirtschaft“ von Lia Musitz ist lizenziert unter

Creative Commons Attribution 4.0 (BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/de/legalcode>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Schaubildern, Abbildungen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

ISSN 2509-2359

Inhalt

Zusammenfassung.....	7
1. Einleitung.....	12
1.1 Chinas Aufstieg zur geopolitischen Wirtschaftsmacht	13
1.2 Wirtschaftliche Abhängigkeiten von China werden als gesamtgesellschaftliches Risiko erfahren	17
1.3 Spannungsfeld.....	18
1.4 Fragestellung und Ziele dieser Studie	18
2. Chinas dominante Rolle in globalen Wertschöpfungsketten.....	20
2.1 Innenpolitischer und außenpolitischer Wandel.....	20
2.2 Die EU und Deutschland reagieren mit einer neuen China-Strategie.....	23
2.3 Chancen und Herausforderungen für die Gewerkschaftsbewegung.....	29
3. Entwicklung der chinesischen Wirtschaft im Spiegel der Liberalisierung des Welthandels	32
3.1 Chinas komparativer Kostenvorteil.....	32
3.2 Die Kehrseite der Produktionsverlagerung nach China	33
3.3 Die sozialistische Marktwirtschaft.....	35
3.4 Die Rolle des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbunds.....	39
3.5 Chinas Industrie- und Wirtschaftspolitik: In Richtung autonomer Technologiespitze	43
4. Wirtschaftsbeziehungen in Zahlen: Wie groß sind die Abhängigkeiten der EU, Deutschlands und Chinas?	47
4.1 Exportabhängigkeit von Chinas Wirtschaft sinkt, aber sein stabiles Wachstum erfordert weiterhin Außenhandel.....	47
4.2 Wirtschaftliche Abhängigkeiten zwischen der EU, Deutschland und China.....	51
4.3 Eine Input- und Wertschöpfungsperspektive verrät mehr über Wirtschaftsbeziehungen in globalen Wertschöpfungsketten	54
4.4 Chinas Bedeutung als Zulieferer von Vorleistungen und als Absatzmarkt für die EU und Deutschland	57

4.5 Wie kritisch sind ADI nach und aus China für den Wirtschaftsraum Europa?	76
4.6 Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen in China	79
4.7 Chinesische Direktinvestitionen in Deutschland und der EU	96
5. Diskussion der Ergebnisse: Herausforderungen und Synergien für Gewerkschaften bei der Restrukturierung globaler Wertschöpfungsketten.....	109
Literatur.....	118
Anhang: ADI chinesischer Firmen in Deutschland (2007–2023).....	142

Abbildungen

Abbildung 1: Güterhandel der Welt.....	12
Abbildung 2: Bruttoinlandsprodukt im Vergleich	14
Abbildung 3: Bruttoinlandsprodukt im Vergleich	14
Abbildung 4: Anteile Exporte der Welt	15
Abbildung 5: Wichtigste EU-Handelspartner im Export und Import 2023	16
Abbildung 6: Wichtigste Zulieferer kritischer Rohstoffe der EU	25
Abbildung 7: Vergleich BIP pro Kopf 2022.....	48
Abbildung 8: Anteil Exporte am BIP.....	48
Abbildung 9: Wertschöpfungsanteil Manufaktur am BIP 2022	49
Abbildung 10: Anteil Konsumausgaben am BIP	50
Abbildung 11: Deutschlands wichtigste Außenhandelspartner 2022.....	52
Abbildung 12: Chinas wichtigste Außenhandelspartner 2022.....	54
Abbildung 13: Exporte und Importe von Gütern und Dienstleistungen 2021	55
Abbildung 14: Anteil Export am Welthandel.....	56
Abbildung 15: Wichtigste deutsche Handelswaren im Export	63
Abbildung 16: Die 15 abhängigsten Wirtschaftsbranchen von chinesischen Importen	65
Abbildung 17: Anteil direkter Vorleistungen von und für China der verarbeitenden deutschen Wirtschaftsbranchen am gesamten Ausland	66
Abbildung 18: Anteil Chinas an direkten Importen und Exporten von Vorleistungen der gesamten inländischen Wertschöpfung einzelner deutscher Sektoren	68
Abbildung 19: Entwicklung Nettozuflüsse von ADI in China.....	81
Abbildung 20: Anteil weltweiter ADI-Zuflüsse	82
Abbildung 21: Wichtigste ausländische Direktinvestoren Chinas 2021	84
Abbildung 22: Bedeutung deutscher ADI für China im europäischen Vergleich.....	85

Abbildung 23: Entwicklung deutscher ADI in China als Direktinvestitionsbestand und Transaktionswert	87
Abbildung 24: Top-Ten-Ziele deutscher Nettodirektinvestitionen	88
Abbildung 25: Vergleich wichtigster Kenngrößen von deutschen Tochterunternehmen in China, den USA und der EU 2021	90
Abbildung 26: Stand deutscher Direktinvestitionen in China nach Wirtschaftssektoren 2021	92
Abbildung 27: Stand deutscher Direktinvestitionen in China im verarbeitenden Gewerbe 2021.....	92
Abbildung 28: Anteile Chinas Wirtschaftssektoren an den deutschen ADI und im Vergleich zu den USA und der EU 2021	93
Abbildung 29: Sektorale Entwicklung von ADI in China	95
Abbildung 30: Entwicklung chinesischer ADI	98
Abbildung 31: Top-Ten-Zielländer Chinas nach Direktinvestitionsbestand im Ausland	103
Abbildung 32: Chinesische Direktinvestitionsbestände im Ausland nach Wirtschaftssektoren.....	106

Tabellen

Tabelle 1: Kenngrößen deutscher Unternehmen in China	90
Tabelle 2: Anteil Hochtechnologie an gesamten ADI	95
Tabelle 3: ADI chinesischer Firmen in Deutschland (2007–2023).....	142

Zusammenfassung

Im vergangenen Jahrzehnt sind zwei gegenläufige Entwicklungen in der globalen Wirtschaft zu beobachten. Einerseits verzeichnete der globale Handel infolge von wirtschaftspolitischer Liberalisierung der Märkte weltweit einen enormen Anstieg. Andererseits nahmen protektionistische Maßnahmen gegen unfaire Marktpraktiken und wirtschaftliche Konkurrenz auch im globalen Norden zu.

Zentraler Ausgangspunkt für diese gegenläufigen globalen Handelsstrategien ist die schrittweise Verlagerung von Wertschöpfungsketten zugunsten des autoritären Chinas. Sie führte zu einer konzentrierten Wirtschaftsverflechtung vieler Länder mit der Volksrepublik (VR) und stärkte Chinas wirtschaftlichen und geopolitischen Einfluss in der Welt.

Nach den USA löste diese Entwicklung auch in der EU und in Deutschland politische Debatten über den Umgang mit der wachsenden ostasiatischen Wirtschaftsmacht im Hinblick auf zwei Schlüsselbereiche aus.

Erstens Chinas besondere Staat-Markt-Beziehung, die durch eine starke Dominanz von Staatsunternehmen und staatliche Lenkung geprägt ist, stößt bei politischen Entscheidungsträgern in westlichen Gesellschaften auf Skepsis. Insbesondere die Möglichkeit Chinas, seine Rolle als wichtiger Lieferant von Vorleistungen und Endprodukten als politisches Druckmittel zu nutzen, verursacht Unbehagen.

Zweitens verzeichnen Chinas wirtschafts- und industriepolitische Strategien, wie „Made in China 2025“, großen Erfolg. Insbesondere im Bereich zukunftsweisender grüner Technologien führten sie zu einer globalen Marktführerschaft. Dies setzt die Wettbewerbsfähigkeit der etablierten Technologieanführer in den USA und in Deutschland unter Druck.

Die „Belt and Road“-Initiative hat China zum größten bilateralen Kreditgeber der Welt gemacht, vor allem für andere Entwicklungsländer. Infolgedessen hat der außenpolitische Einfluss der Volksrepublik global zugenommen und konkurriert mit den USA und der EU um den Zugang zu kritischen Rohstoffen, die für eine grüne Transformation in den drei größten Volkswirtschaften der Welt benötigt werden.

Vor diesem Hintergrund haben in den letzten Jahren die EU und Deutschland gemeinsam mit den USA Schritte unternommen, um ihre wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China zu verringern, indem sie Lieferanten diversifizieren und Industrien zurückverlagern. Für Gewerkschaften eröffnet die Re-Strukturierung der Wirtschaft Chancen, den politischen Fokus wieder stärker auf Arbeitnehmer:innen-Interessen zu richten. Gleichzeitig könnte sich eine Entflechtung von Chinas Wirtschaft negativ auf Arbeitsplätze in der EU und Deutschland auswirken.

Dies wirft die Fragen auf, wie stark die EU und Deutschland tatsächlich von China abhängig sind und welche wirtschaftlichen Konsequenzen eine schrittweise Ablösung von China für ihre Volkswirtschaften hätte.

Die vorliegende Untersuchung beleuchtet die volkswirtschaftlichen Abhängigkeiten, Chancen und Spannungsfelder im Kontext der politischen Neugestaltung globaler Wertschöpfungsketten zwischen der EU, Deutschland und China. In den letzten Jahren haben sich einige Studien diesem Thema gewidmet. Diese Literaturstudie gibt einen Überblick über die Ergebnisse, zieht Daten von internationalen Organisationen, der EU, Deutschland und China heran, um sie zu bewerten, und leistet eine bislang vernachlässigte Kontextualisierung der Debatten auch vor dem Hintergrund von Chinas sozio-ökonomischen Entwicklungszielen.

Dazu führt sie die Leserin / den Leser in Chinas wirtschaftspolitisches System ein, behandelt seine viel diskutierten Subventionsmechanismen, beleuchtet die Rolle der chinesischen Gewerkschaft und diskutiert Herausforderungen und mögliche Synergien internationaler Gewerkschaften.

Die Analyse zeigt, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen Akteuren komplex sind. Tatsächlich greifen Industrien und der Endhandel der EU und Deutschlands weiterhin stark auf chinesische Importe zurück, während China seinen heimischen Bedarf an Vorleistungen und Endprodukten zunehmend durch Inlandsleistungen deckt. Hier muss auch die Gründung deutscher Fertigungsstätten in China berücksichtigt werden, die für den lokalen und globalen Markt produzieren. Dies hat negative Auswirkungen auf das deutsche Produktions- und Exportvolumen nach China und in die Welt.

Eine Input- und Wertschöpfungsperspektive, die direkte und indirekte Leistungen zur Herstellung und dem Vertrieb von Produkten und Dienstleistungen einbezieht, zeigt jedoch, dass die EU noch immer mehr vom Handel mit China profitiert als umgekehrt. Insbesondere bei importierten Vorleistungen für die Produktion ist China volkswirtschaftlich abhängiger von der EU als umgekehrt.

Deutschlands gesamte Volkswirtschaft ist aus einer Input- und Wertschöpfungsperspektive betrachtet jedoch stärker auf China angewiesen als umgekehrt. Allerdings spielt China für den deutschen Konsum bei der Versorgung mit einfachen Konsumgütern eine weitaus wichtigere Rolle als bei Vorleistungen für die deutsche Industrie.

In einigen deutschen Wirtschaftsbereichen hat China auch bei Vorprodukten eine wichtige Bedeutung, insbesondere in der Automobilindustrie und im Maschinenbau, die zu Deutschlands umsatzstärksten und größten Exportbranchen zählen. Wird die Wertschöpfung aus exportierten Vorleistungen dieser deutschen Branchen nach China mit den von ihnen aus der

Volksrepublik importierten Vorprodukten verglichen, übersteigen jedoch die deutschen Ausfuhren bei weitem die chinesischen Einfuhren.

Es ist typisch für die deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen, dass Deutschland insbesondere bei Maschinen für Chinas Fertigungsindustrie Vorleistungen für chinesische Produkte erbringt, die Deutschland dann wiederum als Endprodukte für seinen heimischen Konsum importiert. Zum Beispiel zählen Textilien für den Endverbrauch zu den wichtigsten deutschen Importen aus China. Zu ihrer Herstellung importiert China wiederum Maschinen aus Deutschland (vgl. Hauschild et al. 2015, S. 23). Daher würde eine Reduzierung der deutschen Importe aus China in vielen Wirtschaftssektoren direkte Auswirkungen auf die chinesische Nachfrage nach deutschen Vorleistungen haben.

Im Bereich grüner Technologien wie Solarpaneelen und Elektromobilität haben Chinas industriepolitische Maßnahmen erfolgreich zu einer globalen Marktführerschaft geführt, die die deutsche Automobilindustrie unter Druck setzt bzw. die deutsche Solarindustrie zumindest vorübergehend in die Kniee gezwungen hat. Chinas industriepolitisches Upgrading erhöht gleichzeitig Absatzchancen anderer Sektoren, wie dem deutschen Maschinenbau, der fortschrittliche Technologien liefert, die China für die Modernisierung seiner Fertigungsstätten benötigt.

Abgesehen von einigen grünen Technologien basiert Chinas Dominanz in globalen Wertschöpfungsketten weiterhin auf arbeitsintensiven und relativ einfachen Vorleistungen und Produkten. Während einfache chinesische Konsumgüter für die EU und Deutschland leichter durch andere Handelspartner ersetzt werden könnten, hätte die Reduzierung der deutschen Exporte von Vorleistungen erhebliche Auswirkungen auf Chinas Produktionskapazitäten.

Bei einigen Gütern wie bei Geräten zur Datenverarbeitung, einschließlich Laptops und Smartphones, hat China jedoch sowohl bei Produktinnovation als auch bei der Fertigung eine globale Dominanz erreicht. Weltweit wurden im Jahre 2021 jeweils über 75 Prozent der Zwischen- und Endprodukte bei Laptops und über 80 Prozent bei Mobiltelefonen aus China importiert (siehe Sandkamp et al. 2023, S. 7–11). Diese Güter sind daher kurzfristig schwer durch andere Länder zu ersetzen.

Im Hinblick auf kritische Rohstoffe hat die EU früh auf Diversifizierung gesetzt und, soweit möglich, ihre Abhängigkeit von chinesischen Importen bereits reduziert. Die geografische Konzentration von einigen Rohstoffen und die notwendige industrielle Infrastruktur für ihre Verarbeitung lassen derzeit etwa bei seltenen Erden keine Alternative zu chinesischen Importen zu. Diese werden jedoch insbesondere zur Herstellung grüner Technologien benötigt, auf die die EU für die ökologische Transformation ihrer Wirtschaft angewiesen ist.

Die chinesische Regierung hat erfolgreich ausländische Direktinvestitionen in die heimische Forschung und Entwicklung gelenkt. Deutschland ist im europäischen Vergleich der größte ausländische Direktinvestor in China. Die deutsche Branche mit den größten Investitionen in China ist wiederum die Automobilindustrie. Im internationalen Vergleich ist China anteilig jedoch ein wichtigerer Kapitalgeber für den deutschen Standort als umgekehrt.

In den letzten Jahren haben chinesische Direktinvestitionen in Europa insgesamt erheblich abgenommen, während chinesische Investitionen in europäische Produktionsstandorte (sogenannte „Greenfield-Investitionen“) zur vorherrschenden Investitionsform geworden sind. Dieser Anstieg ist insbesondere auf den Bereich Elektromobilität in Chinas Automobilindustrie zurückzuführen.

Die Schaffung neuer Produktionsstandorte in der EU könnte sich positiv auf Arbeitsplätze und den Technologietransfer auswirken, diesmal von China in die EU. Andererseits erhöht sie den Wettbewerbsdruck auf die europäische Automobilindustrie, einer der größten lokalen Arbeitgeber.

Diese Analyse zeigt, dass wirtschaftliche Abhängigkeiten beide Seiten betreffen. Die Bedeutung Chinas variiert in verschiedenen heimischen Wirtschaftssektoren. Daher empfiehlt sich bei wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegen den Einfluss Chinas ein differenziertes Vorgehen.

Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass die politische Diskussion über die Neugestaltung globaler Wertschöpfungsketten auch soziale und ökologische Aspekte berücksichtigen muss.

Die Liberalisierung des globalen Handels bietet Preisvorteile für große multinationale Unternehmen und Konsument:innen weltweit und Entwicklungschancen für den globalen Süden, insbesondere für China mit sich gebracht. Gleichzeitig führte sie zu einem Anstieg der sozialen Ungleichheit auf Rekordniveau, sowohl im globalen Norden als auch im globalen Süden.

Die mit global wettbewerbsfähigen Produktionskosten und der Expansion der Industrie verbundene Missachtung von Umweltkonsequenzen wurden bereits in den 1990er Jahren in China zum Problem. Lokal vergiftete Böden bedrohten die Lebensgrundlage von betroffenen Landwirt:innen und hohe Luftverschmutzung die Gesundheit der Bevölkerung (vgl. Musitz 2023). Die globalen Umweltauswirkungen durch die hohen Industriemissionen Chinas als Fabrik der Welt führen vor Augen, dass mit der Verlagerung von Produktionsstätten nicht langfristig Umweltkosten ausgelagert werden können.

Die Bedrohung durch eine globale Klimakrise erfordert eine rasche Transformation der Wirtschaft weltweit. Für einen grünen Wandel der Industrie sind staatliche Interventionen entscheidend, da die Privatwirt-

schaft wenig Anreize für grüne Investitionen hat (vgl. Rodrik 2014). Hohe Entwicklungs- und Produktionskosten machen grüne Technologien anfangs weniger wettbewerbsfähig. Ein unregulierter Abbau der fossil-basierten Industrie ohne einen simultanen Aufbau grüner Produktion würde Arbeitsplätze kosten.

Eine grüne Wirtschaft braucht neue Ausbildungsprogramme, um die benötigten Fachkräfte für die Entwicklung, Produktion und Anwendung grüner Technologien zu schaffen. Die mit qualifizierter Arbeit verbundenen höheren Löhne könnten sich auch positiv auf die sich weitende Einkommensschere auswirken. Öffentliche wie private Investitionen könnten auch in Europa ein größeres und besser verteiltes Wirtschaftswachstum in Gang setzen. Hier schließt sich auch der Kreis der ökologischen zur sozial gerechteren Wende der Wirtschaft.

Seit Mitte der 1990er Jahre begreift Chinas politische Elite die ökologische Transformation nicht nur als Herausforderung, sondern auch als sozio-ökonomische Entwicklungschance (vgl. Musitz 2023). Die Wirtschaftspolitik der chinesischen Regierung und anderer ostasiatischer Länder wie Korea und Japan gelten Thurbon et al. (2023, S. 5, 41 und 184) als konkrete Beispiele für die Schlüsselrolle des Staates bei der Entwicklung eines grünen Marktes (für eine Analyse der konkreten wirtschaftspolitischen Strategien und Maßnahmen der chinesischen Regierung siehe Musitz 2024a und 2024b). Ein aktives Einschreiten des Staates zur Schaffung eines Marktes steht jedoch im Konflikt mit den Regeln des liberalen Freihandels und den Bedingungen für einen fairen Wettbewerb.

Die Renaissance der Wirtschaftspolitik in der EU eröffnet Gewerkschaften die Möglichkeit, mit öffentlichkeitwirksamen Diskursen den Staat und Unternehmen unter Druck zu setzen, die Interessen von Arbeitnehmer:innen wieder stärker in der Re-Strukturierung der nationalen wie globalen Wirtschaft zu verankern. Mit ihrer Begleitung von Ausbildungsprogrammen für grüne Fachkräfte und mit Kollektiv- und Tarifverhandlungen und betrieblicher Mitbestimmung können sie Anreize für einen sozial gerechten und grünen Wandel der Wirtschaft setzen.

Durch Zusammenarbeit mit der chinesischen Gewerkschaft in den lokalen Produktionsstätten chinesischer Unternehmen und bei chinesischen Lieferketten könnten die Gewerkschaften in Deutschland und Europa die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer:innen über den europäischen Rahmen hinaus stärken.

Diese Arbeit soll auch dazu beitragen, soziale Aspekte, insbesondere Arbeitnehmer:innen-Interessen, bei der sich abzeichnenden Neugestaltung globaler Wertschöpfungsketten in den Vordergrund zu rücken, um den globalen Handel gerechter sowie politisch und wirtschaftlich stabiler zu gestalten.

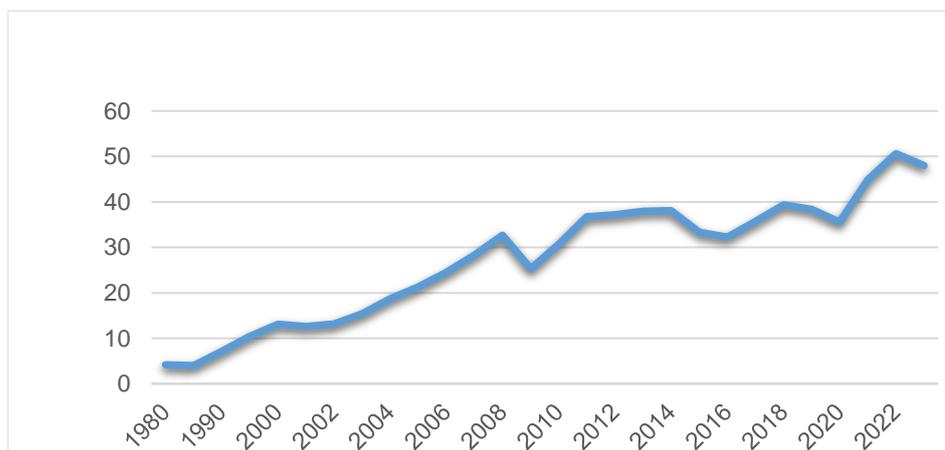
1. Einleitung

Die internationale Handelstätigkeit hat in den letzten zwei Jahrzehnten enorm zugenommen. Das globale Handelsvolumen hat sich seit dem Jahr 2000 fast vervierfacht (vgl. Abbildung 1). Diese markante Zunahme ist das Ergebnis der Internationalisierung der Arbeitsteilung in globalen Wertschöpfungsketten, die bereits Ende der 1970er Jahre ihren Anfang nahm.

In solchen Wertschöpfungsketten wird der gesamte Herstellungs-, Vertriebs- und Recyclingprozess eines Produkts in spezifische Aufgaben aufgeteilt, um sie räumlich flexibel zu organisieren (Ponte/Gereffi/Raj-Reichert 2019, S. 1; Piore/Sabel 1985). Diese Aufteilung ermöglicht Unternehmen, kostengünstig arbeitsintensive und weniger komplexe Produktionsprozesse weltweit auszulagern, um ihre Wertschöpfung zu maximieren.

Neben geringen Produktionskosten profitieren „Lead Firms“ – große multinationale Unternehmen einer Branche, die erhebliche Kontrolle über internationale Zuliefernde ausüben – von der Abgabe des Risikos und den Ausgaben für Qualitätskontrollen und Produktinnovationen an Zulieferunternehmen. Zusätzlich erlaubt ein „just in time“-System Auftraggebern, ihre benötigten Produktmengen kurzfristig zu bestellen und dabei Lagerkosten und Verluste durch Überproduktion an Zuliefernde abzuwälzen (vgl. Fulda 2020, S. 6f.).

Abbildung 1: Güterhandel der Welt (in Billionen US-Dollar)



Quelle: UNCTADstat 2024; eigene Berechnung (Exporte und Importe) und Darstellung

Dies führte zu einer verstärkten Verlagerung von immer mehr Produktionsstufen für arbeitsintensive Konsumgüter und einfache Vor- und Zwischenleistungen von geringem Mehrwert aus dem globalen Norden in den globalen Süden. Heute umkreisen viele Produkte und Dienstleistungen den Globus auf ihrem Weg von der Herstellung bis zum Verbrauch.

Während der Covid-19-Pandemie führten jedoch lokale Produktions- und Transportausfälle weltweit zu Liefer- und Versorgungsengpässen. Die Risiken eines „Just in time“-Systems in globalen Wertschöpfungsketten wurden neu bewertet. Ein sogenanntes „Just in case“-System setzt weiterhin auf kostengünstige Produktion im Ausland, reagiert aber mit lokaler Einlagerung von Reserven wichtiger Importprodukte für Unternehmen (vgl. Zhang/Doan 2023; Maihold/Mühlhofer 2021).

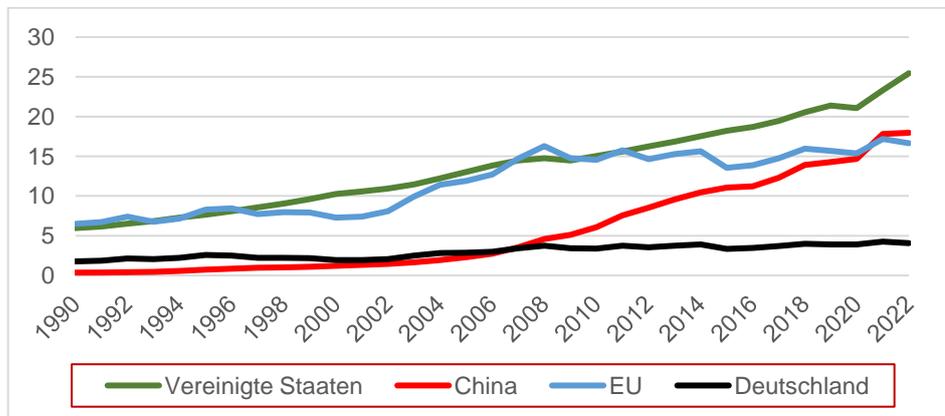
1.1 Chinas Aufstieg zur geopolitischen Wirtschaftsmacht

In diesem Kontext nimmt der atemberaubende Aufstieg der autoritären VR China zur zweitgrößten (gemessen am nominalen BIP, vgl. Abbildung 2) bzw. größten Volkswirtschaft (gemessen nach kaufkraftbereinigtem nominalem BIP, vgl. Abbildung 3) der Welt eine Schlüsselrolle ein. Mit der enormen Zunahme globaler Wertschöpfungsketten entwickelte sich China zur „Werkbank der Welt“.

In den letzten 15 Jahren hat das Land sein Handelsvolumen um mehr als das Dreifache gesteigert (UNCTAD 2023a, S. 7). Bereits 2009 überholte es Deutschland als weltweit größten Exporteur (WTO 2010, S. 26). Im Jahr 2022 rangiert China mit einem Anteil am weltweiten Export von 18 Prozent an erster Stelle, gefolgt von der EU mit 14 Prozent (Zahl für Extra-EU: Exporte aller EU-Mitgliedsstaaten zusammen in Länder außerhalb der EU) und den USA mit 10 Prozent (vgl. Abbildung 4). Wertschöpfungsketten verlagerten sich in den letzten Jahren zunehmend zugunsten Chinas.

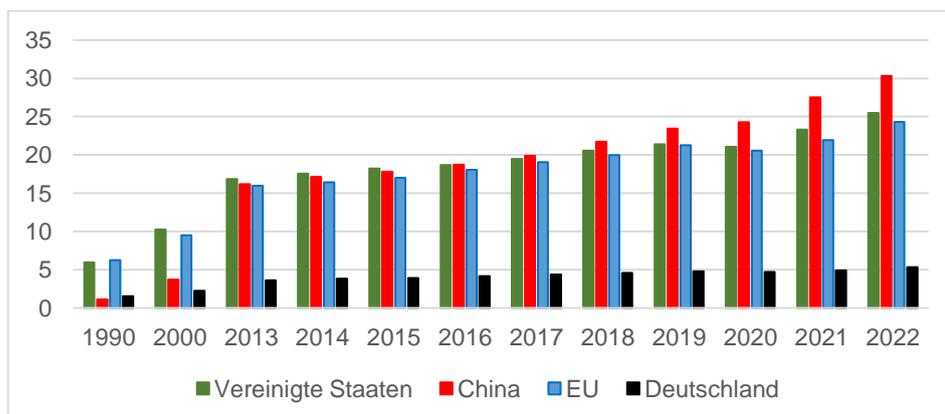
Die Auslagerung von Produktionskapazitäten durch Unternehmen des globalen Nordens ist ein wichtiger Treiber dieser Wirtschaftsdynamik. Der französische Ökonom Robert Boyer (2011, S. 201) sieht in Chinas wirtschaftlicher Entwicklung zur „Fabrik der Welt“ ein Spiegelbild zur amerikanischen „Strategie einer Wirtschaft ohne Produktion“, die auf Finanzdienstleistungen fußt. Ein erheblicher Teil des gestiegenen Handelsvolumens mit China geht auf die Verlagerung von Produktionskapazitäten mit geringem Mehrwert aus den USA und der EU zurück.

Abbildung 2: Bruttoinlandsprodukt im Vergleich (in Billionen US-Dollar)



Quelle: Weltbank DataBank o. J. a (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung

Abbildung 3: Bruttoinlandsprodukt im Vergleich (Kaufkraftparität)



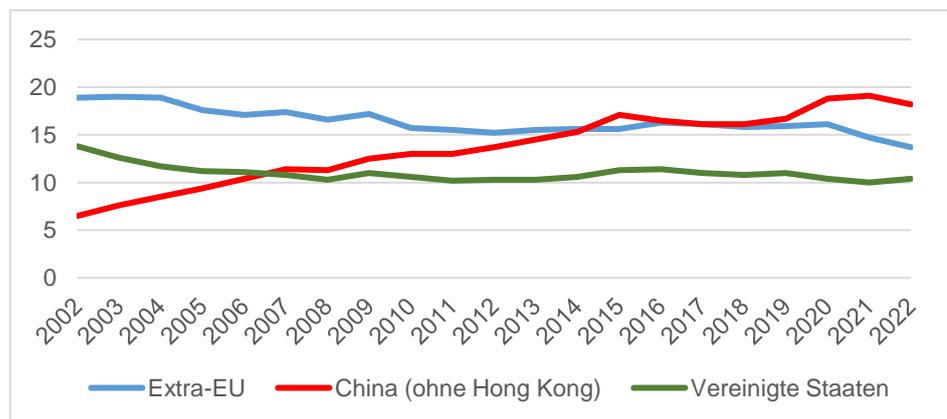
Quelle: Weltbank DataBank o. J. b (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung

Infolgedessen ist für beide seit einigen Jahren China der wichtigste Handelspartner im Import. Im Jahr 2023 stammten 21 Prozent des EU-Imports (vgl. Abbildung 5) und 2021 18 Prozent des US-Imports (vgl. United States Census Bureau 2022) aus China.

China ist auch hinter den USA und vor der EU der zweitgrößte Importeur der Welt. Für die EU spielt China als globaler Absatzmarkt eine wichtige, wenn auch nicht dominante Rolle. Im Jahr 2023 exportierte die EU

20 Prozent ihrer Waren in die USA, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 13 Prozent. China liegt an dritter Stelle mit 9 Prozent der gesamten EU-Exporte. Die Volkswirtschaften der EU, der Vereinigten Staaten und Chinas sind in Bezug auf Angebot und Nachfrage eng miteinander verflochten.

Abbildung 4: Anteile Exporte der Welt (in Prozent)

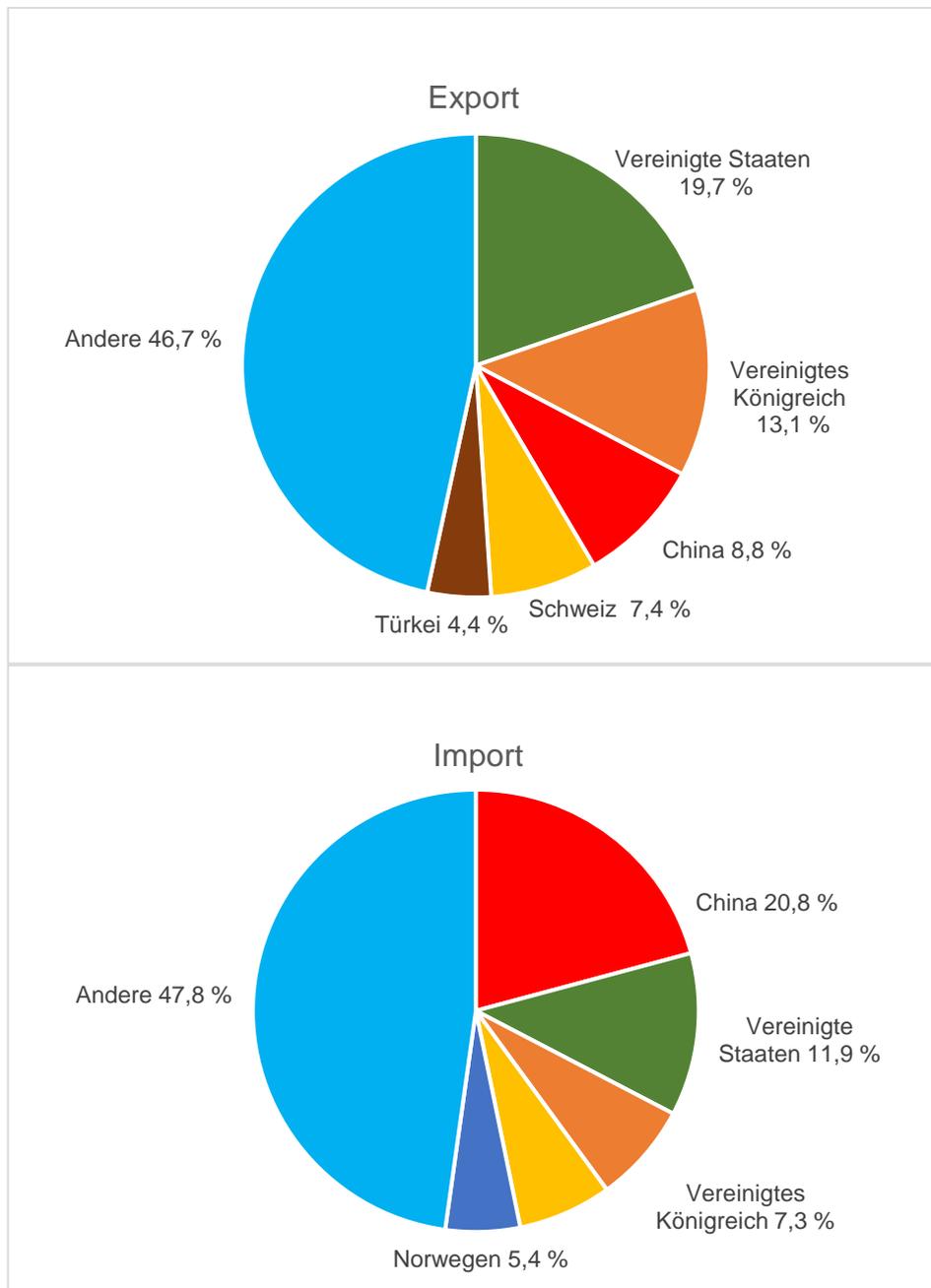


Quelle: Eurostat 2023 (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung

Für große multinationale Unternehmen und Konsument:innen weltweit sind globale Produktionsnetzwerke von Vorteil, da sie von niedrigeren Produktionskosten und Produktpreisen profitieren. Allerdings hat die Verlagerung der Produktion in Regionen mit günstigen Arbeitskosten den Druck auf Lohnkosten weltweit erhöht und zu einer erheblichen Ungleichheit bei der ökonomischen Teilhabe geführt.

Kleinerer Unternehmen ohne Möglichkeit kostengünstiger Produktionsauslagerung sind gegenüber multinationalen Konzernen kaum wettbewerbsfähig. Produzierende Subunternehmen im Auftrag von internationalen Lead Firms stehen miteinander unter starkem Wettbewerbsdruck den günstigsten Preis anbieten zu können. Dieser Druck auf Produktionskosten wird durch niedrigen Arbeitslohn wiederum an Arbeitnehmer:innen weitergegeben. Die Verhandlungsmacht konzentrierte sich dadurch zunehmend bei multinationalen Konzernen und führte zu einem immer geringeren Anteil von Arbeitnehmer:innen an ihrem Profit (Barrientos/Ge-reffi/Rossi 2011; Herr et al. 2020).

Abbildung 5: Wichtigste EU-Handelspartner im Export und Import 2023



Quelle: Eurostat 2024, ext_st_eu27_2020sitc und Comext DS-018995, eigene Darstellung

Trotz des mit sozialer Ungleichheit steigenden Konfliktpotentials zwischen unterschiedlichen Interessensgruppen innerhalb von und zwischen nationalen Gesellschaften, galt die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit

durch extensive Wirtschaftsverflechtung zwischen Ländern lange als Garant für friedliche Lösungen von internationalen Spannungen. Diese politische Haltung hat in den letzten Jahren eine grundlegende Veränderung erfahren.

1.2 Wirtschaftliche Abhängigkeiten von China werden als gesamtgesellschaftliches Risiko erfahren

Während der Corona-Pandemie führten chinesische Lieferengpässe von Rohstoffen, Vorleistungen und Endprodukten global zu Produktionsausfällen und einem Mangel an teilweise kritischen Konsumgütern wie Schutzmasken und Medikamenten. Dies hatte auch Auswirkungen auf die deutsche Industrie (vgl. Maihold/Mühlhofer 2021).

Zusätzlich setzte der EU der russische Angriffskrieg in der Ukraine zu. Der darauffolgende Rückgang russischer Gas- und Öllieferungen in die EU drohte mit folgenreichen Energieverknappungen und führte zu erheblichen Preissteigerungen. Dies verdeutlichte ihre Verletzlichkeit durch einseitige materielle Abhängigkeit von Drittstaaten. China bezieht zum russischen Angriffskrieg international keine Stellung und steht im Verdacht, Russland gegen westliche Wirtschaftssanktionen Auswege zu bieten.

Gleichzeitig setzt Chinas technologischer Fortschritt und globale Marktführerschaft bei Solarpaneelen und Elektromobilität (IEA 2022, Schade/Haug/Berthold 2022, S. 4) die Wettbewerbsfähigkeit der EU und der Vereinigten Staaten unter Druck. Die beiden etablierten Wirtschaftsgiganten sehen sich von Chinas staatlichem Einfluss auf globale Wertschöpfungsketten übervorteilt und ergreifen politische Schutzmaßnahmen.

Extensive wirtschaftliche Verflechtungen mit China werden im globalen Norden gegenwärtig als unsichere wirtschaftspolitische Abhängigkeiten wahrgenommen. Vor diesem Hintergrund lässt sich im letzten Jahrzehnt weltweite eine Zunahme von Unilateralismus und wirtschaftlichem Protektionismus beobachten (Miroudot/Nordström 2020). Länder richten offen und verstärkt ihre wirtschaftspolitischen Entscheidungen an ihren nationalen Interessen aus und ergreifen Maßnahmen, um ihre inländischen Märkte und Industrien vor ausländischer Konkurrenz zu schützen.

1.3 Spannungsfeld

China ist ein autoritärer Staat, der bei Gefährdung seiner politischen Elite zu Repression greift. Gleichzeitig ging seine wirtschaftliche Entwicklung auf Kosten denkbar schlechter Arbeitsbedingungen und der Umwelt – für die Produktion westlicher Vorleistungen und Waren. Große Unternehmen und Konsument:innen des globalen Nordens profitierten davon. Gemessen an seiner Wirtschaftsleistung pro Kopf ist China weiterhin ein Entwicklungsland, das, historisch einzigartig, durch seine große Bevölkerung und als Fabrik der Welt wirtschafts- und geopolitische Macht erlangt hat. Es nutzt sie strategisch, um in die Reihen von entwickelten Ländern aufzusteigen.

Die wirtschafts- und industriepolitischen Maßnahmen Chinas zielen, wie wir sehen werden, darauf ab, mit dem Aufsteigen in globalen Wertschöpfungsketten auch die sozio-ökonomische Situation der arbeitenden chinesischen Bevölkerung und die lokalen Umweltbedingungen zu verbessern. Damit sichert die politische Elite auch die Legitimität des politischen Systems ab.

Strategische wirtschaftspolitische Schutzmaßnahmen der EU, Deutschlands und der Vereinigten Staaten, inklusive staatlicher Investitionen in die lokale Wirtschaft und Reshoring – der Rückverlagerung von Industrien –, können sich mit geeigneten Regularien positiv auf heimische Arbeitende und Klimabelastung und auf die Einhaltung von Menschenrechten im internationalen Handel des globalen Nordens mit dem globalen Süden auswirken.

Tendenzen, Maßnahmen zur Durchsetzung nationaler polit-ökonomischer Interessen gegenüber China durch ethische Werte und sicherheitspolitische Erwägungen zu rechtfertigen, laufen jedoch Gefahr, diese international unglaubwürdig zu machen und globale Konflikte anzutreiben (vgl. Brophy 2021; Tooze 2023).

1.4 Fragestellung und Ziele dieser Studie

Die zentrale Frage, die diese Literaturstudie beantwortet, betrifft die wirtschaftlichen Abhängigkeiten zwischen der EU, Deutschland und China. Besonderes Augenmerk liegt auf den gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten in Bezug auf Vorleistungen, Absatzmärkte und ausländische Direktinvestitionen.

Der folgende Abschnitt identifiziert die Risiken und politischen Maßnahmen, mit denen die EU und Deutschland auf Chinas wachsenden wirt-

schaftspolitischen Einfluss und ihre Konkurrenz für die heimische Wirtschaft reagieren.

Im zweiten Kapitel geht diese Studie der Frage nach, wie es zu diesen Interdependenzen gekommen ist, indem sie die globalen wirtschaftlichen Entwicklungen mit dem Aufstieg Chinas zusammenführen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf Chinas wirtschaftspolitischem System, seinen industriepolitischen Maßnahmen und der Rolle der chinesischen Gewerkschaften. Dies ermöglicht, mögliche soziale und wirtschaftliche Entwicklungen in China und deren Auswirkungen auf die EU und Deutschland besser zu verstehen.

Der dritte Teil der Studie vertieft die Analyse der gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen China, der EU und Deutschland hinsichtlich Vorleistungen, Absatzmärkten und direkten Auslandsinvestitionen anhand konkreter Zahlen.

Abschließend werden die Ergebnisse der Studie zusammengefasst und aus einer Gewerkschaftsperspektive diskutiert.

Ziel ist es, einen umfassenden Überblick über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen Akteuren zu vermitteln und fundierte Informationen bereitzustellen, um strategische Maßnahmen zur Stärkung der Interessen der Arbeitnehmer:innen in sich wandelnden globalen Wertschöpfungsketten zu entwickeln.

2. Chinas dominante Rolle in globalen Wertschöpfungsketten

Die heimische Produktion und Endnachfrage vieler Länder inkludieren heute internationale Wertschöpfungsketten, die sie mit Rohstoffen, Vorprodukten, Zwischenleistungen und Endprodukten von verschiedenen Zulieferern aus aller Welt versorgen. China spielt dabei global eine zentrale Rolle. Das Kapital, das dadurch nach China fließt, und die Angewiesenheit anderer Staaten auf die chinesische Produktion verleihen dem autoritären Einparteiensstaat wirtschaftspolitische Macht.

Vor diesem Hintergrund stellen die EU und die Vereinigten Staaten ihre primäre Versorgung durch den Zulieferer China kritisch infrage (vgl. Kucik 2022; Maihold/Mühlhofer 2021). Im Folgenden werden die inneren und äußeren Veränderungen Chinas, die diese Diskussion und politische Gegenmaßnahmen antreiben, angerissen. Das Kapitel zu Chinas Wirtschafts- und Industriepolitik gibt einen vertieften Überblick über Chinas polit-ökonomische Strategien.

2.1 Innenpolitischer und außenpolitischer Wandel

Innenpolitisch strebt China seit 2011 an, seine Wirtschaft unabhängiger von Exporten zu machen und sich stärker auf den nationalen Binnenmarkt zu konzentrieren, wie im zwölften Fünf-Jahres-Plan für nationale wirtschaftliche und soziale Entwicklung¹ (Fünf-Jahres-Plan 2011, Kapitel I und Kapitel XII) festgelegt. Ein Rückgang chinesischer Lieferungen könnte erhebliche Auswirkungen auf die Versorgung in der EU und den USA haben, insbesondere in Bereichen, in denen die heimischen Produktionskapazitäten begrenzt oder nicht mehr existent sind.

Chinas industriepolitische Strategien der letzten Jahre zielen darauf ab, die Produktqualität zu steigern und Innovationen voranzutreiben, um in Zukunft eine führende Rolle in den globalen Wertschöpfungsketten einzunehmen.

Besondere Aufmerksamkeit gilt hierbei grünen Technologien, die im Zentrum staatlicher Förderungen stehen (vgl. Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE 2022, S. 4–6). Erste Erfolge zeigen sich bereits in Chinas glo-

1 Die im Chinesischen sogenannten „Fünf-Jahres-Pläne zur nationalen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung“ (国民经济和社会发展第十三个五年规划纲要) werden im Folgenden mit „Fünf-Jahres-Plan“ abgekürzt. Im Literaturverzeichnis sind sie unter dieser Abkürzung mit jeweils nachgestellter Nummerierung zu finden.

baler Marktführerschaft im Bereich der Photovoltaik (vgl. Internationale Energie Agentur 2022) und in seinem Vorsprung bei der Batterieentwicklung (vgl. Schade/Haug/Berthold 2022, S. 41) und der Elektroauto-Produktion (vgl. Galgóczi 2019, S. 12).

Auf der außenpolitischen Ebene beansprucht China mit seinem wirtschaftlichen Aufstieg eine stärkere Stimme in der internationalen Wirtschaftsordnung (vgl. Noesselt 2014). Der Einparteienstaat strebt an, die grundlegende internationale Welthandelsordnung beizubehalten, aber die dominante Rolle der USA als „Systemmacher“ zu verringern (vgl. Deng 2022, S. 66).

In diesem Zusammenhang verfolgt China seit 2013 die außenwirtschaftspolitische Strategie der „Neuen Seidenstraße“ bzw. der „Belt-and-Road-Initiative“ (BRI) (一帶一路). Wirtschaftsbeziehungen werden dabei durch den Ausbau von Handelsrouten und -infrastrukturen mit alten und neuen internationalen Partnern vertieft (vgl. Zentralregierung der VR China 2018).

Im Rahmen dieser Initiative gewährt China Investitionen und Entwicklungshilfe für Bauprojekte durch bilaterale Kreditvergaben ohne politische Bedingungen wie Mindeststandards für rechtsstaatliche oder demokratische Regierungsformen. Hierbei sichert sich das Land Zugang zu wichtigen, knappen Rohstoffen, die auch für die grüne Transformation in der EU und den Vereinigten Staaten von zentraler Bedeutung sind (vgl. Carry/Godehardt/Müller 2023, S. 2; Raza/Grohs 2022; Tröster/Küblböck/Grumiller 2017).

2.1.1 Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und China

Chinas Wirtschaftsaufstieg wird in den Vereinigten Staaten seit einigen Jahren unter dem Szenario der „Thukydides-Falle“ diskutiert. Es geht davon aus, dass die Herausforderung einer etablierten durch eine aufstrebende Macht zu kriegerischen Auseinandersetzungen führt (Allison 2017). Vor diesem Hintergrund werden ungleiche Bedingungen der Handelsbeziehung mit China problematisiert.

Davon zeugen insgesamt 49 Beschwerden, die wegen unfairer Marktzugangsbedingungen gegen China seit seinem Beitritt im Jahre 2001 bei der Welthandelsorganisation (WTO) eingingen. Mit großer Mehrzahl haben sie die Vereinigten Staaten eingebracht, in den letzten Jahren auch vermehrt die EU. Sie fordern die Aufhebung unfairer Importzölle, Exportbeschränkungen von Rohstoffen, Steuerbegünstigungen und finanzieller

Unterstützungen und Preisdumping zum Schutz Chinas heimischer, teils staatseigener Unternehmen (WTO o. J.).

Die US-Regierung nahm unter der Präsidentschaft von Donald Trump die negative Handelsbilanz mit China zum Anlass, umfassende Beschränkungen für den Handel und Investitionen mit China einzuführen und finanzielle Sicherheitsgarantien zu reduzieren. Gegenmaßnahmen aus Peking führten zu einem „Handelskrieg“ zwischen den beiden Ländern.

Aufgrund der Bedeutung der chinesischen Manufaktur und des Absatzmarktes für die Vereinigten Staaten würde ein schnelles „Decoupling“, also ein gesamtheitliches Loslösen von Chinas Wirtschaft, Amerikas Konsument:innen und Unternehmen selbst hart treffen.

Unter Präsident Biden setzt die USA zwar die Reduzierung ihres Außenhandels mit China fort, begrenzt ihre wirtschaftliche Trennung aber offiziell auf Produkte, die ein nationales Sicherheitsrisiko darstellen (vgl. Kucik 2022; Sayers/Kanapathy 2022). Exporte von Technologien und Gütern nach China werden beschränkt, bei denen der amerikanische Staat einen zivilen und gleichzeitig militärischen, sogenannten „doppelten Verwendungszweck“ („dual use“) annimmt.

Diese Maßnahmen zum Schutz der nationalen Sicherheitsinteressen Amerikas haben direkte Auswirkungen auf Chinas Wirtschaftspläne, technologisch mit Industriestaaten aufzuholen. Unter dem Label von „doppeltem Verwendungszweck“ rechtfertigt die amerikanische Regierung auch die strategischen Beschränkungen von Exporten und Importen von Leistungen, bei denen amerikanische und chinesische Industrien in globaler Konkurrenz miteinander stehen (vgl. Macias/Tausche 2021).

Von diesen Schutzmaßnahmen insbesondere betroffen ist der chinesischen Technologieriese Huawei, der in der 5G-Technologie eine globale Führungsrolle spielt, und die gesamte Lieferkette für Mikrochips (vgl. Tooze 2023). Da 90 Prozent der fortschrittlichsten Mikrochips weltweit von der Firma TSMC in Taiwan hergestellt werden (siehe Economist 2023), verschärft ein Lieferstopp für China den bestehenden Konflikt zwischen den beiden Regionen. Um dem zu entgehen, eröffnete TSMC kürzlich eine Chip-Fabrik in Arizona. Betroffen von den Beschränkungen sind auch amerikanische Universitäten. Ihnen wurden Kooperationen mit führenden chinesischen Forschungsinstitutionen untersagt (vgl. Tooze 2023).

Damit Amerika seine führende Wirtschaftsposition bewahrt, verabschiedete die US-Regierung 2022 zusätzlich ein „Inflationsbekämpfungsgesetz“, das Schutzmaßnahmen für die heimische Industrie vor internationaler Konkurrenz und massive Subventionen zu ihrer grünen Transformation vorsieht. Die Vereinigten Staaten verfolgen eine „Made in America“-Industriepolitik, die wirtschaftliche Lokalisierungsanreize setzt und entsprechende Anforderungen stellt. Das setzt nicht nur China unter

Druck, sondern insbesondere die EU, Fortschritte in der heimischen ökologischen Technologieentwicklung nicht an den Standort der USA zu verlieren (vgl. Scheinert 2023).

2.2 Die EU und Deutschland reagieren mit einer neuen China-Strategie

Die EU sieht sich vor der Herausforderung, ihre Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit inmitten von geopolitischen Spannungen und wirtschaftspolitischen Protektionismus der beiden größten Volkswirtschaften zu wahren (siehe Maull/Stanzel/Thimm 2023). Zusätzlich führte Chinas neue gewonnene wirtschaftspolitische Macht in den letzten Jahren zu Interessenskonflikten mit der EU.

Die neutrale Haltung der Volksrepublik gegenüber Russlands Angriffskrieg und die Fortsetzung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern schwächt die Wirksamkeit der Wirtschaftssanktionen der EU. Auf die Eröffnung einer Botschaft Taiwans in Litauen reagierte die chinesische Regierung vorübergehend mit einem inoffiziellen Importboykott von litauischen Gütern. Damit setzte China die autonome politische Handlungsfähigkeit eines EU-Mitgliedsstaats unter Druck.

Berichte von Menschenrechtsverletzungen und Zwangsarbeit in Xinjiang warfen die Frage auf, ob Importe aus China mit sozialen Normen und Werten der EU vereinbar sind. Chinas Kontrolle über Rohstoffe, die für die EU bei ihrer grünen Transformation von entscheidender Bedeutung sind, setzten der wirtschaftlichen Autonomie der EU Grenzen.

2.2.1 Partner, Wettbewerber, systemischer Rivale

Die EU reagiert in ihrer Mitteilung „EU-China – Strategische Perspektive“ von 2019 mit einer Neu-Ausrichtung ihrer Beziehungen zu China (vgl. Europäische Kommission 2019). Seither manövriert sie ihre Interaktionen mit dem Einparteienstaat entlang der Triade „Partner“, „Konkurrent“, „Systemrivale“ (Europäische Kommission 2019, insbesondere Einleitung).

China ist insbesondere beim globalen Multilateralismus und im gemeinsamen Kampf gegen den Klimawandel internationaler Kooperationspartner. Es ist wichtiger Handelspartner mit zugleich ungleichen Marktbedingungen für die EU und wirtschaftlicher Konkurrent bei globaler Technologieführerschaft. Als Vertreter „alternativer Governancemodelle“, die

die etablierte Weltordnung verunsichern, ist es systempolitischer Rivale (vgl. ebd.).

In kritischen Bereichen zielt die EU auf Reduzierung der wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen, um ihre autonome Handlungsfähigkeit zu stärken. Sie will damit auch Chinas Einsatz seiner Wirtschaftsmacht als politisches Zwangsmittel zuvorkommen. Bisher erweisen sich jedoch chinesische Wirtschaftssanktionen überwiegend als leere Drohungen (Szczepański 2022; Adachi/Brown/Zenglein 2022).

2.2.2 De-Risking der chinesischen Außenhandelsbeziehungen

Die EU erkennt ebenso wie die USA, dass ein schnelles „Decoupling“ von der chinesischen Wirtschaft europäische Unternehmen, Konsument:innen und Arbeitnehmer:innen in Exportbranchen hart treffen könnte. In vielen Bereichen, wie bei Medizinprodukten, erachtet die EU ein Reshoring als unökonomisch, da die Profite zu gering wären, um Unternehmen zur lokalen Produktion anzureizen (vgl. Bayerlein 2023).

Daher setzt die EU auf „De-Risking“ (Europäischer Rat 2023). Das bedeutet, dass sie Maßnahmen ergreift, um kritische wirtschaftliche Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten durch chinesische Lieferketten sukzessive zu minimieren, indem sie den Bezug wichtiger Produkte und Ressourcen durch mehrere Zuliefernde diversifiziert.

Eine bedeutende Neuerung besteht darin, dass die EU politische Konvergenz zu einem zentralen Kriterium für das Vertrauen in Zuliefernde und die Versorgungssicherheit gemacht hat. In Anlehnung an die Vereinigten Staaten verfolgt die EU bei der Diversifizierung ihrer importierten Vorleistungen und Endprodukte eine Strategie, die als „Friendshoring“ bezeichnet wird.

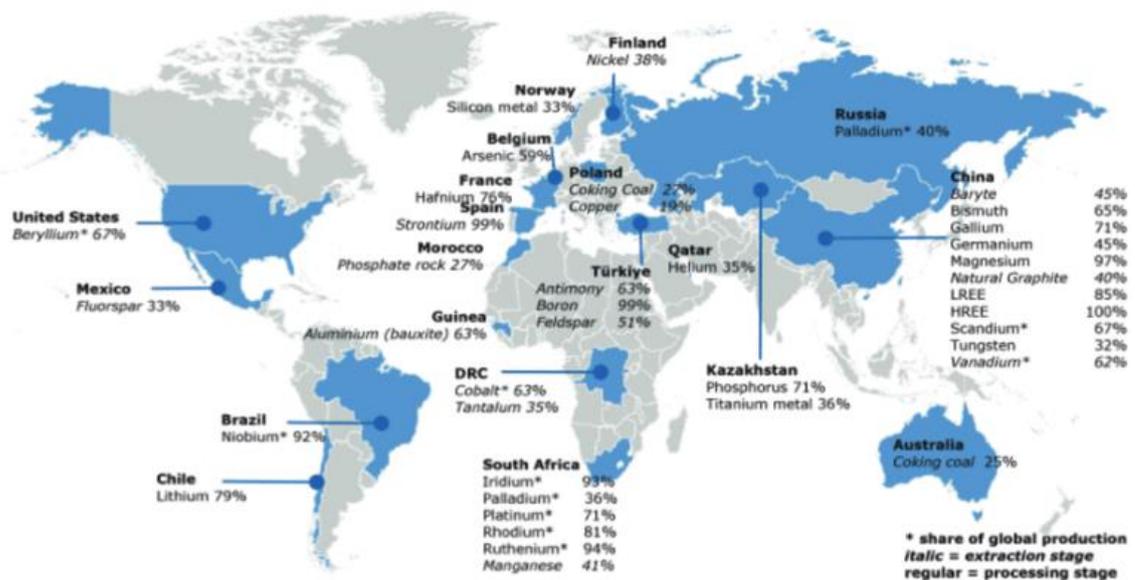
Dies bedeutet, dass globale Wertschöpfungsketten, die für den globalen Norden relevant sind, in Handelsblöcke mit gleichgesinnten Drittstaaten umstrukturiert werden sollen, die nach amerikanischem Verständnis offene Märkte haben und demokratische Werte teilen. Auf diese Weise erhalten globale Wertschöpfungsketten eine geopolitische Dimension, was wiederum die Aufspaltung in zwei Handelsblöcken zur Folge hätte (vgl. Maihold 2022, S. 2).

Die Reduzierung wirtschaftlicher Abhängigkeiten von China betrifft insbesondere den Import von kritischen Rohstoffen, die am Anfang globaler Wertschöpfungsketten stehen. China ist Hauptlieferant vieler dieser Rohstoffe für die Welt, wie in Abbildung 6 dargestellt ist. Neben seinem Rohstoffreichtum machte der Aufbau weitreichender Industrieanlagen und

das Know-how in der Verarbeitung das Land zum primären globalen Versorger.

In der EU gelten Rohstoffe als „kritisch“, wenn sie von unverzichtbarer oder strategischer wirtschaftlicher Bedeutung sind und ein hohes Ausfallrisiko aufgrund ihrer einseitigen Bezugsquelle außerhalb der politischen Kontrolle der EU besteht. Diese Kategorie umfasst auch Rohstoffe, bei denen ein erheblich erhöhter Bedarf erwartet wird, um die EU-Strategien zur Netto-Null-Industrie – lokale Entwicklung und Produktion von heimischen Technologien zur Vermeidung, Reduktion und Absorption von Treibhausgasemissionen –, zur digitalen Transformation und für die Luft- und Raumfahrt und Verteidigung umzusetzen (vgl. Grohol/Veeh 2023, S. 1).

Abbildung 6: Wichtigste Zulieferer kritischer Rohstoffe der EU



Quelle: Grohol/Veeh 2023, S. 28

Die EU arbeitet derzeit am „European Critical Raw Materials Act“, um einen rechtlichen Rahmen für die nachhaltige Beschaffung kritischer Rohstoffe zu etablieren (Europäische Kommission 2023a, b). Diese Verordnung sieht vor, bis 2030 mindestens 10 Prozent der kritischen Rohstoffe lokal abzubauen und 15 Prozent des jährlichen EU-Verbrauchs durch Recycling zu gewinnen.

Darüber hinaus wird der Anteil der kritischen Rohstoffe, die von einem einzelnen Drittland entlang der gesamten Wertschöpfungskette bezogen werden, auf 65 Prozent begrenzt. Die EU strebt derzeit eine Erweiterung des internationalen Handels mit politisch „gleichgesinnten“ Partnerländern an, insbesondere Entwicklungsländer.

Die Diversifizierung der EU von Rohstoffquellen geht bereits auf die „Rohstoff-Initiative“ von 2008 zurück und zeigt bereits Wirkung. Ein Vergleich der Liste für kritische Rohstoffe von 2014 mit der von 2023 zeigt (vgl. Europäische Kommission 2013; Grohol/Veeh 2023, S. 47–50), dass die EU ihren Rohstoffbezug aus China in den letzten Jahren sukzessive durch andere Quellen ergänzt oder ersetzt hat.

Eine von der EU in Auftrag gegebene Studie zur Versorgungssicherheit mit kritischen Rohmaterialien von Grohol und Veeh (2023, S. 47–50) zieht einen Vergleich von Chinas Anteil an der globalen Rohstoffversorgung mit der der EU heran, um Abhängigkeiten zu identifizieren und die bisherige Nutzung von möglichen Alternativen zu bewerten. So ist zwar die Volksrepublik weiterhin der zentrale europäische Zulieferer, aber die chinesische Versorgungsquote mit einzelnen Materialien ist global mittlerweile wesentlich höher als in der EU, mit Ausnahme von Magnesium und seltenen Erden.

China verfügt nicht nur über die größten Vorkommen an jenen seltenen Erden, die insbesondere für die Herstellung von Windturbinen, elektrische Motoren und Batterien benötigt werden, sondern sie werden bisher auch ausschließlich im Land der Mitte verarbeitet (vgl. ebd.). Ein Ausweichen ist noch nicht möglich, solange sie nicht in anderen rohstoffreichen Ländern abgebaut und verarbeitet werden.

Als Antwort darauf, setzt die EU seit 2021 auf ihre „Global Gateway“-Strategie (Europäische Kommission o. J.), ähnlich Chinas BRI. Sie sieht Investitionen in die Entwicklung grüner Technologien und ökologischer Infrastrukturprojekte im Ausland vor, insbesondere den Aufbau grüner Industrieanlagen in rohstoffreichen und politisch gleichgesinnten Entwicklungsländern. Dies soll dazu beitragen, den strategischen globalen Zugang der EU zur Rohstoffgewinnung und -verarbeitung zu sichern (Europäische Kommission 2023b).

Auch das deutsche und geplante europäische Lieferkettengesetz reagiert auf die Verflechtung der heimischen Wirtschaft in globalen Wertschöpfungsketten (Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten – LkSG; Europäische Kommission / Generaldirektion Justiz und Verbraucher 2022).

In Deutschland wie auf EU-Ebene haben freiwillige Selbstregulierung nicht die gewünschten Ergebnisse erzielt. Gesetze sollen die Unterneh-

men dazu verpflichten, sicherzustellen, dass in der gesamten Wertschöpfungskette ihrer in Deutschland bzw. der EU angebotenen Waren die Einhaltung von Menschenrechten, insbesondere Arbeits- und Gewerkschaftsrechte, und Umweltauflagen gewährleistet ist (vgl. Zimmer 2022; ver.di 2024; ITUC 2016).

In Deutschland ist es seit Anfang des Jahres 2023 in Kraft und griff zu Beginn ab 3.000 Mitarbeiter:innen; seit dem 1. Januar 2024 greift es schon ab 1.000 Mitarbeiter:innen. Auf der EU-Ebene ist es in seiner abschließenden Verhandlungsphase, aber sieht strengere Bedingungen vor, die einen größeren Pool an Unternehmen in die Pflicht nehmen.

Einer der Auslöser für die rechtlich verbindlichen Sorgfaltspflichten waren internationale Berichte von politischer Unterdrückung und Zwangsarbeit der uigurischen Minderheit in der chinesischen Provinz Xinjiang. Die Vereinigten Staaten erließen daraufhin 2021 den „Uyghur Forced Labor Prevention Act“, der Importe chinesischer Vorleistungen und Endprodukte aus der Region untersagt.

Der Xinjiang-Forscher David Brophy (2021) geht aufgrund der Beschränkung der Maßnahme auf China davon aus, dass es den USA eigentlich darum geht, ihre technologische und geopolitische Konkurrenz aus dem Land der Mitte auszubremsen. Die Vermischung mit ökonomischen und geopolitischen Interessen mache die wichtige Durchsetzung von Menschenrechten als universalen Wert unglaubwürdig.

China setzte Anreize, um ausländische Direktinvestitionen (ADI) zur wirtschaftlichen Entwicklung in die Region zu leiten. Sie ist daher eines der Hubs für grüne Technologien. Auch große deutsche Unternehmen wie VW, BASF und Siemens betreiben in Xinjiang Werke. Es wird vermutet, dass sie Zwangsarbeit in ihren Subunternehmen nicht ausschließen können (Bickelmann 2019).

Die Lieferkettengesetze stützen in diesem Zusammenhang nicht nur die Einhaltung von Arbeitsrechten und Umweltschutz im Ausland, sondern gehen auch gegen unfairen Wettbewerb am heimischen Markt vor. Sie sollen verhindern, dass Unternehmen sich in Deutschland und der EU Preisvorteile durch das Umgehen von Menschenrechten und Umweltauflagen im internationalen Handel verschaffen.

2.2.3 Maßnahmen gegen chinesische Konkurrenz bei globaler Technologieführerschaft

Die EU ergreift im Rahmen ihrer China-Strategie auch gezielte Maßnahmen, um den Wettbewerb mit China im Bereich der Technologieführung anzugehen. Hierbei strebt sie danach, die gesamte Wertschöpfungskette

für Bereiche wie künstliche Intelligenz und Batterieentwicklung durch heimische Industrien aufzubauen. Insbesondere nach China ausgelagerte Produktionsprozesse sollen in einem Reshoring wieder zurück ins Land geholt werden, um die heimische Industrie vor äußerem Einfluss und Konkurrenz abzusichern und so die heimische Versorgung und Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen.

In diesem Kontext hat die EU auch ihren „Grünen Industriepan“ (Europäische Kommission 2023c) entwickelt. Dieser Plan zielt darauf ab, Marktverzerrungen entgegenzuwirken, die auf umfangreiche chinesische Subventionen für grüne Technologien zurückgehen. Die EU plant, vergleichbar mit den Vereinigten Staaten, erhebliche öffentliche Mittel in die Entwicklung dieser Technologien zu investieren, um einen fairen Wettbewerb sicherzustellen. Gleichzeitig lehnt die EU chinesische Normen für Technologiestandards ab, die dem Erstanbieter Wettbewerbsvorteile ermöglichen würden.

Um Marktverzerrungen und Sicherheitsrisiken zu vermeiden, überprüft die EU ausländische Direktinvestitionen aus China in kritische Ressourcen, Technologien und Infrastruktur. Insbesondere bedeutsame digitale Infrastrukturen wie 5G-Netze sollen von chinesischem Einfluss abgeschirmt werden. Zudem setzt sie, gemeinsam mit den USA, Ausfuhrbeschränkungen für Technologien mit „doppeltem Verwendungszweck“ ein (Europäische Kommission 2019, 2023d). Ein Beispiel hierfür ist die niederländische Beschränkung des Exports von notwendigen Maschinen zur Herstellung von Mikrochips der Firma ASML nach China (Tagesschau 2023; Der Standard 2023).

Die deutsche Bundesregierung hat daraufhin eine nationale „China-Strategie“ (2023) veröffentlicht, in der sie die Ziele der EU bekräftigt und die dort genannten Maßnahmen auch in Deutschland umsetzt. Zusätzlich plant sie, staatliche Garantien für Investitionen deutscher Unternehmen in China durch Deckelungen zu beschränken und durch eine eingehende Prüfung sozialer, ökonomischer und ökologischer Auswirkungen stärker zu erschweren.

Erst im Mai 2022 lehnte das deutsche Wirtschaftsministerium einen Antrag von VW auf Investitionsgarantien in China wegen der Menschenrechtslage der Uiguren ab (Hage/Traufetter 2022). Auch das Aussetzen staatlicher Exportbürgschaften für die Ausfuhr deutscher Produkte nach China im Juni 2023 machen den Handel mit China weniger attraktiv (Handelsblatt 2023). Damit zeichnet sich auch ab, dass die Regierung sich insbesondere in ihrer „Automobil-Außenpolitik“ stärker an Auswirkungen für die deutsche Gesamtwirtschaft orientiert (Sebastian 2022).

2.3 Chancen und Herausforderungen für die Gewerkschaftsbewegung

Die Liberalisierung des globalen Warenverkehrs und internationaler Kapitalflüsse drängte international Gewerkschaftsbewegungen zurück, wie die Studie im folgenden Kapitel erläutern wird. Die ökologische Transformation der Wirtschaft und die Renaissance der Industriepolitik sowie die anvisierte Rückführung von Industrieaktivitäten in die EU bieten Gewerkschaften die Gelegenheit, die Interessen der Arbeitnehmer:innen wieder ins Zentrum politischer Diskussionen zu rücken.

Durch eine verstärkte Förderung von Industrie und von Forschung und Entwicklung (F&E) könnten die technologische Wettbewerbsfähigkeit der EU und Deutschlands gesteigert und langfristig viele qualifizierte Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

Der Europäische Gewerkschaftsbund begrüßt daher die neue China-Strategie der EU. Die Einhaltung demokratischer Werte sowie Arbeits- und sozialer Rechte als Grundlagen für Handelsabkommen, wie sie im Lieferkettengesetz verankert sind, ist im Interesse der Arbeitnehmer:innen weltweit. Auch unterstützen die Gewerkschaften Maßnahmen gegen chinesisches Preisdumping beim Stahl und die Wiederbelebung von industriepolitischen Initiativen (vgl. u. a. ETUC 2022a, 2021, 2016; AFL-CIO 2018).

Die deutsche IG Metall (2017) sieht die Notwendigkeit von Maßnahmen zum Schutz der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands führender Technologien. Zugleich haben positive Erfahrungen mit chinesischen Unternehmen in Deutschland die Gewerkschaften für Technologietransfers durch chinesische Investitionen und gemeinsame Ausbildungsprogramme für Fachkräfte aufgeschlossen gemacht (ebd.; Wübcke 2015).

Diese Erfahrungswerte haben sich aber in den letzten Jahren etwas getrübt. Die IG Metall fordert mittlerweile Strategien gegen chinesische Investoren im deutschen Hightech-Sektor (vgl. Heise Online 2018; Ankenbrand/Preuss 2017). Andererseits mahnt sie gemeinsam mit der deutschen Automobilindustrie bei der Regierung an, bei ihrer Abkopplungsstrategie von China zu bedenken, dass es der größte Absatzmarkt für die Industrie sei (Mortsiefer 2023).

Die Gewerkschaften stehen vor Herausforderungen: drohende Arbeitsplatzverluste in der Exportbranche, Transformationsprozesse, globaler Preisdruck zur Wettbewerbsfähigkeit von Industrien und geopolitische Spannungen erfordern eine klare Positionierung. Insbesondere im exportgetriebenen deutschen Wirtschaftsmodell könnten Arbeitsplätze in Sektoren wie Automobil- und Maschinenbau bei einem Rückgang der Exporte

nach China gefährdet sein. Diese Branchen sind von hohen gewerkschaftlichen Organisationsgraden geprägt und die Arbeitsplätze zeichnen sich durch gute Vergütung aus.

Die deutschen Verbände der Automobilindustrie argumentieren, dass hohe Arbeitskosten, insbesondere Lohnzusatzkosten, den Produktionsrückgang und Arbeitsplatzverlust in Deutschland der letzten Jahre begünstigt haben (VDA 2022, S. 69). Entsprechend gefragt sind die Gewerkschaften hier, die Arbeitnehmer:innen-Interessen einzubringen. Sie spielen eine entscheidende Rolle, um sicherzustellen, dass globaler Preisdruck nicht auf Kosten von Löhnen und Arbeitsbedingungen geht.

Das Ziel der Etablierung ganzheitlicher industrieller Wertschöpfungsketten in der EU und Deutschland wirft Fragen auf: Welche Industrien sind besonders von Chinas Vor- und Zwischenleistungen und von seinen Rohstoffen und deren Verarbeitung abhängig? Können diese Abhängigkeiten durch Inlandsproduktion oder alternative Bezugsquellen ersetzt werden? Besonders im Bereich grüner Technologien werden Know-how und qualifizierte Arbeitskräfte benötigt.

Neben der Sicherung von Arbeitsplätzen zu guten Bedingungen, ist die Verschränkung von Qualifikation mit höherer Entlohnung und Berufsschutz ein traditionelles Tätigkeitsfeld der Gewerkschaften, um den Lohn- und Preisdruck im Wettbewerb zwischen Arbeitnehmer:innen abzuschwächen. Konkret können sie in dieser Hinsicht Ausbildungsprogramme in Unternehmen mitgestalten und Anreize für relevante Berufe durch Kollektiv- und Tarifverträge fördern.

In Branchen wie dem angestrebten EU-Batteriesektor ist Chinas technologisches Know-how im preisgünstigen Produktsegment von Lithium-Eisen-Phosphat-Batterien global führend (vgl. He et al. 2022, S. 2f.; ICCT /China EV100 2020, S. 25f.). Damit verfügt Chinas Batterieindustrie über Wissen über grüne Technologien, die insbesondere weniger kaufkräftigeren Konsument:innen auch in Europa zugutekommen könnten.

Mit den hochpreisigen und leistungsstärkeren E-Automodellen deutscher Hersteller stehen sie dadurch auch weniger in direkter Konkurrenz.

Der Druck auf Profite (und damit verbunden Arbeitsplätze) von deutschen Produzenten durch chinesische E-Autos scheint damit gegenwärtig begrenzt. Zusätzlich erfolgt „ein großer Teil der Fahrzeugimporte aus China in die EU [...] von europäischen und amerikanischen Herstellern“, wie der VDA in einem Positionspapier gegen die von der Europäischen Kommission seit dem 5. Juli 2024 vorläufig erlassenen Strafzölle für E-Auto-Importe aus China argumentiert (vgl. VDA 2024).

Gewerkschaften, sowohl als lokale Arbeiterorganisationen als auch als internationale Bewegung, sind in einer starken Position, um die Chancen, die sich durch neue grüne Arbeitsmärkte eröffnen, aktiv mitzugestalten.

Durch die Unterstützung internationaler Ausbildungsprojekte und Begleitung chinesischer Investitionen in lokale Fertigungsstätten können sie den Transfer grüner Technologien fördern und gleichzeitig die Arbeitsbedingungen positiv beeinflussen. Dafür benötigen sie jedoch ausreichende Verhandlungsmacht: Internationale Kooperationen, auch bedingt mit China, könnten die gemeinsamen Interessen der Arbeitnehmer:innen weltweit stärken.

Letztlich agieren Gewerkschaften als die weltweit größte demokratische Organisation und Friedensbewegung. Ihr internationales Engagement für einen sozial gerechteren Marktwettbewerb könnte dazu beitragen, aktuelle geopolitische Spannungen zu mildern.

3. Entwicklung der chinesischen Wirtschaft im Spiegel der Liberalisierung des Welthandels

Als China im Jahr 1978 seine Industrie im Zuge der Reform und Öffnungspolitik für den globalen Markt öffnete, führten externe wie systemimmanente Faktoren in den USA und Europa zur Stagnation ihrer Wirtschaft (vgl. Koch 2003, S 50f.; Piore/Sabel 1989, S. 185).

Die Ölpreise erhöhten, wie heute die Energiepreise, die Produktionskosten, die an die Endkund:innen weitergegeben wurden und zur Inflation führten. Gleichzeitig waren Massenabsatzmärkte für wirtschaftlich bedeutsame Großindustrien in der westlichen Welt gesättigt. Viele Verbraucher:innen der industrialisierten Gesellschaften besaßen bereits einen Fernseher, einen Kühlschrank oder ein Auto. Es kam zu Überproduktionen, die keine Nachfrage fand.

Der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa war gemeistert. Staatliche Infrastrukturprojekte, die national zur Beschäftigung und Aufträge für Unternehmen beitrugen, kamen an ihr Ende. In der Folge sahen sich Konsument:innen mit Inflation und viele Arbeitnehmer:innen mit Jobverlusten konfrontiert.

Weltweit setzten sich Gewerkschaften für Lohnerhöhungen ein, um der Inflation entgegenzuwirken, und forderten Arbeitsplatzgarantien. Sie konnten sich jedoch nicht gegen eine neue neoliberal ausgerichtete politische Agenda durchsetzen, die als „Reagonomics“ und „Thatcherismus“ in vielen Ländern Einzug fand. Die Gewerkschaften wurden insbesondere im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten stark geschwächt und haben an internationalen Einfluss eingebüßt.

Es folgte eine globale Liberalisierung des internationalen Handels und Kapitalverkehrs, die mit der Gründung der WTO im Jahre 1995 institutionell verstetigt wurden. Gleichzeitig kam es zu technologischen Innovationen in der Logistik (Container) und in der Kommunikation (Herr et al. 2020, S. 4; Klein/Pettis 2021, S. 23–27).

3.1 Chinas komparativer Kostenvorteil

Diese Faktoren ermöglichten multinationalen Unternehmen, wie oben erwähnt, die Kosten für arbeitsintensive Produktion durch ihre Ver- oder Auslagerung in Niedriglohnländer zu senken und sich auf die Teile des Arbeitsprozesses zu spezialisieren, der die höchste Wertschöpfung generiert.

China bot als eines der ärmsten und bevölkerungsreichsten Länder der Welt niedrige Lohnkosten, eine große Zahl an Arbeitskräften, geringe Arbeitsrechte und Umweltauflagen und einen verhältnismäßig hohen Industrialisierungsgrad. Dieser komparative Kostenvorteil zog zunächst arbeits- und lohnintensive Produktion von Vorleistungen und Konsumgüter nach China (vgl. Wemheuer 2019, S. 114f.).

Auch in der EU produzierte Zwischenprodukte werden bis heute zur finalen Montage nach China exportiert. Unternehmen in Kernindustrien auch in Deutschland verfolgten die Strategie, Teile ihrer Fertigung am unteren Ende der Wertschöpfungskette nach China auszulagern. Spezialisierte Arbeitsprozesse wie Forschung und Entwicklung (F&E), die zur Produktqualität und höheren Wertschöpfung beitragen, behielten sie im Inland (Fulda 2020, S. 1–3).

Wie das Beispiel der deutschen Autoindustrie zeigt, konnte sich das Model heimischer Innovationsfähigkeit orientiert an Produktion für den Export lange global erfolgreich gegen Konkurrenz durchsetzen, stößt heute aber auf Grenzen.

Die nach China verlagerten Arbeitsplätze trugen wesentlich dazu bei knapp 800 Millionen Chines:innen aus der absoluten Armut zu helfen. Damit gehen drei Viertel der weltweiten Armutsreduktion seit den 1980 auf China zurück (Weltbank / Zentrum für Entwicklungsforschung des Staatsrats der VR China 2022, S. ix). In Industrieländern profitieren führende multinationale Unternehmen von höheren Gewinnen, Konsument:innen von niedrigen Preisen und qualifizierte Arbeitnehmer:innen von Jobs mit höheren Löhnen und geringeren Unfallrisikos.

3.2 Die Kehrseite der Produktionsverlagerung nach China

Die Abwanderung von weniger qualifizierten Arbeitsplätzen in der Industrie ins kostengünstigere Ausland senkte aber auch die Nachfrage in Deutschland nach weniger qualifizierten Arbeitskräften. Ohne wirtschaftspolitische Maßnahmen wie flächendeckende Tarifverträge, Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation oder angemessene Mindestlöhne, stieg der Druck auf Löhne und ein Niedriglohnsektor bildete sich heraus (Herr et al. 2020, S. 20).

2020 ging der Anteil von Arbeitenden im Niedriglohnsektor auf 20 Prozent zurück. Das ist immer noch jede:r fünfte Arbeitnehmer:in und liegt fünf Prozent über dem EU-Durchschnitt (Kalina/Weinkopf 2023, S. 5).

Auch in China waren die Kehrseite des komparativen Kostenvorteils denkbar schlechte Bedingungen für Arbeitende (Chan 2001) und ein ho-

her Preis für die Umwelt (Economy 2010), der sich nun durch den Klimawandel auch weltweit bemerkbar macht.

Seit Mitte der 2000er Jahre kam es zu größeren und gewaltsamen Aufständen von chinesischen Arbeitnehmer:innen gegen mangelnde Arbeitssicherheit und Arbeitsrechte (vgl. Egger et al. 2013; Friedman 2014). Auch Bauern und Bäuerinnen organisierten sich und schreckten nicht vor Gewalt zurück, um die Verseuchung ihrer Nutzböden durch umliegende Industrien zu unterbinden. Sie bekamen Rückhalt von Chinas neuer Mittelschicht in den Städten, die regelmäßig gegen Luftverschmutzung durch Industrieemissionen auf die Straße gingen (vgl. Steinhardt/Wu 2016; Deng/Yang 2013; Lang/Xu 2013).

Gleichzeitig wirkte sich die globale Finanzkrise in den Jahren 2007 bis 2009 negativ auf die Nachfrage nach chinesischen Exporten aus und stellte die langfristige Stabilität von Chinas exportgetriebenem Wirtschaftsmodell zusätzlich infrage.

Dies führte dazu, dass Chinas politische Führung einige Jahre vor den USA und der EU wirtschaftliche und sozialpolitische Strategien entwickelte, um die Abhängigkeit des Landes von ausländischer Nachfrage und umweltbelastender Industrie zu verringern. Damit reagierte China auf sowohl externe als auch interne Herausforderungen.

Vor diesem Hintergrund entwickelten sich asymmetrische Handelsbilanzen zwischen China und westlichen Ländern. Zwischen 1995 und 2008 stiegen die chinesischen Importe aus den USA, Deutschland und vor allem der EU kontinuierlich an, brachen jedoch während der Finanzkrise dramatisch ein. Danach nahmen sie allmählich wieder zu, erreichten jedoch bis heute nicht das Niveau vor der Krise. Während China seinen Exportanteil für westliche Länder kaum steigerte, importierte es immer weniger von ihnen (Matthes 2022, S. 6). Die Volkswirtschaften der EU und Deutschlands scheinen zunehmend von chinesischen Vorprodukten und Endprodukten abhängiger zu sein als umgekehrt.

Gleichzeitig führte die Produktionsauslagerung nach China unter industriepolitischer Förderung auch dazu, dass China über technologisches Industrierwissen verfügt, das mittlerweile global konkurrenzfähig ist. Auch deutsche Unternehmen eröffnen heute Produktionsstandorte in China nicht mehr primär aufgrund der geringen Arbeitskosten.

Die Anbindung an Spitzenforschung und Entwicklung (F&E) und das enorme Absatzpotenzial Chinas ziehen westliche Investitionen und Produktionsstätten an (vgl. Zenglein 2020, S. 9; Fulda 2020, S. 4). Daher nimmt China eine immer mächtigere Rolle in globalen Wertschöpfungsketten ein und droht die dominante Position der USA, der EU und Deutschlands an ihrem oberen Ende zu schwächen.

Bevor diese Arbeit sich näher mit Chinas industriebezogenen Maßnahmen und seiner wirtschaftlichen Verflechtung mit der EU und Deutschland befassen wird, stellt sie das wirtschaftspolitische System Chinas vor. Chinas besondere institutionelle Struktur hat Einfluss darauf, wie China seine Außenhandels- und Binnenwirtschaft entwickelt. Dies ermöglicht es auch, abzuschätzen, in welchen Bereichen Kooperationen mit China den wirtschaftspolitischen Zielen und den moralischen und politischen Werten der EU und der Gewerkschaften entsprechen können, und wo Forderungen, die die Grundlagen des chinesischen Systems betreffen, unrealistisch sind.

3.3 Die sozialistische Marktwirtschaft

Drei entscheidende Elemente charakterisieren das chinesische Wirtschaftssystem. Erstens ist die besondere Beziehung zwischen Staat und Markt in China zu beachten. Zweitens ist diese Beziehung traditionell die Quelle der „Performance-Legitimität“ in Chinas politischem System. Drittens resultiert daraus eine zentrale Rolle der Wirtschaftsplanung als staatliches Instrument zur Steuerung der sozio-ökonomischen Entwicklung in der chinesischen Gesellschaft. Zum Schluss betrachten wir die Rolle der Gewerkschaft in Chinas Staat-Marktbeziehung.

3.3.1 Chinas Staat-Markt-Beziehung

Yongnian Zheng und Yanjie Huang (2018) bezeichnen Chinas partikuläre Staat-Markt-Beziehung als „Markt im Staat“. In Abgrenzung zu westlichen Marktwirtschaften, in denen der Staat dem Prinzip des Marktes folgt, gewährleistet der chinesische Staat institutionell, dass der Markt auf politische Prinzipien ausgerichtet ist. In diesem Sinne ist der Markt nicht als Antithese zum chinesischen Staat zu verstehen.

Auch in China gewährleisten heute Privateigentum und private Unternehmen, dass Ressourcen durch Marktmechanismen verteilt werden. Während jedoch sozialpolitische Ziele wie etwa in Deutschland durch Exklusion etwa des Bildungs- und Gesundheitssystems vom Markt staatlich organisiert werden, sind diese Bereiche seit Chinas Reform und Öffnung 1978 größtenteils privatisiert. Im Gegensatz dazu agiert der chinesische Staat als Marktakteur, um widersprüchliche soziale, politische und wirtschaftliche Interessen auszubalancieren.

Mit staatseigenen Unternehmen in strategisch wichtigen Sektoren, wie der Schwerindustrie, der Energieversorgung, Infrastruktur, Telekommuni-

kation und dem Bankenwesen, nimmt der Staat als dominanter Marktakteur Einfluss auf Ressourcenverteilung und Preisentwicklung für Industrie und Haushalte. Private Unternehmen agieren auch in diesen Wirtschaftsbereichen. Die günstigen Angebote der Staatsunternehmen üben aber im Wettbewerb Druck aus, dass private Anbieter ihre Preise niedrig halten, um Konsument:innen zu finden.

Zweitens sind Geld- und Finanzmärkte in China streng reguliert und erlauben dem Staat Kontrolle über Kapitalflüsse.

Drittens: Hat ein privates Unternehmen eine gewisse Marktmacht erlangt, setzt die Regierung strategisch das Instrument der Kooptation ein, indem sie das Unternehmensmanagement in die Partei oder die parteinahen Wirtschaftsinteressenverbände wie die All-China Industrie- und Handelskammer integriert. Dies zielt nicht nur darauf ab, unternehmerische Entscheidungen an politischen Zielen zu orientieren, sondern ermöglicht es auch, dass Unternehmensinteressen politische Zielsetzungen beeinflussen können.

Michel Aglietta und Guo Bai (2013) und Isabella Weber (2021) stellen heraus, dass diese Staat-Markt-Beziehung eine lange Tradition hat. Im imperialen wie modernen China wird der Markt als ein Werkzeug des Staates gesehen, um eine sozio-ökonomisch effiziente und gerechte Gesellschaftsordnung zu garantieren. Dieses Verständnis spiegelt sich auch im letzten, dem 14. Fünf-Jahres-Plan (2021, Kapitel 1 / Abschnitt 2 / Artikel 2) wider, in dem die wirtschaftliche „Entwicklung [als] die Grundlage und der Schlüssel zur Bewältigung aller Herausforderungen in unserem Land“, bezeichnet wird.

3.3.2 Staatliche Subventionsmechanismen

Dieses institutionelle Gefüge der chinesischen Staat-Markt-Beziehung manifestiert sich auch in Chinas vielfach kritisierten Subventionsmechanismen. Die staatliche Dominanz im Bankenwesen erlaubt, strategisch wichtige Unternehmen durch vergünstigte Kredite zu fördern. Wie auch in Deutschland ist diese Form der Unternehmensförderung die meist verbreitetste in China. Eine Besonderheit ist allerdings, dass staatseigene im Unterschied zu privaten Unternehmen die Fristen für ihre Zahlungspflichten hinausschieben können und ihnen dadurch ein Wettbewerbsvorteil zukommt.

Neben den weltweit verbreiteten Subventionsformen wie direkter finanzieller Unterstützung, staatlichen Investitionsfonds für strategische Wirtschaftssektoren, die in China in besonders hohem Umfang praktiziert wer-

den, und Steuererleichterungen kommt auch die unterwertige Landverpachtung als ein bedeutender Faktor ins Spiel.

In China ist sämtliches Land im Besitz des Staates oder lokaler Behörden. Jedes Unternehmen muss daher von öffentlichen Stellen Nutzungsrechte für den Boden erwerben. Die in individuellen Verträgen festgelegten Preise eröffnen die Möglichkeit, durch gezielte unterbewertete Landverpachtung Unternehmen in strategischen Wirtschaftsbereichen oder einheimischen Unternehmen gegenüber ausländischen Konkurrenten einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen (vbw 2023, S. 2–4).

3.3.3 Die Performance-Legitimität des Einparteienstaats

Die besondere chinesische Staats-Markt-Beziehung hängt eng mit der sogenannten „Performance-Legitimität“ des politischen Systems zusammen (vgl. Zhao 2009, S. 418). Dem Einparteienstaat gelang nach seinen Wirtschaftsreformen erfolgreich, nicht mehr an ideologischen oder wertebasierten Verpflichtungen, sondern an ihren tatsächlichen Leistungen bei der Erreichung von konkreten Zielen gemessen zu werden (vgl. ebd.; Zhu 2011, S. 124).

Er griff dabei auf Traditionen aus Chinas Kaiserreichszeiten zurück, in dem die Fähigkeit, ökonomische und moralische Fortschritte voranzutreiben, die Autonomie des Staates gegenüber anderen Akteuren und Institutionen rechtfertigte (vgl. Yang/Zhao 2014, S. 65).

Das autonome Handeln des Staates erlaubt ihm, Institutionen flexibel neu zu gestalten und neue Politiken festzulegen, um rasch wirtschaftlichen Problemen zu begegnen. Andererseits setzt Legitimität aufgrund von erfolgreichen Leistungen den Staat unter Druck, seine Macht bedacht einzusetzen, um wahrnehmbar wirtschaftliche und soziale Bedingungen zu verbessern (ebd.).

Denn gelingt ihm das nicht, sind Bürger:innen traditionell durch das Mandat des Himmels (天命) berechtigt, zu rebellieren und die illegitimen Machthaber zu stürzen und selbst die politische Führung zu übernehmen. Daraus resultiert sowohl eine chinesische Kultur des oft auch gewaltsamen Aufstands von zivilen Gruppen als auch eine politische Elite, die gleichzeitig versucht Dissens mit Integration in politischen Zielen und Maßnahmen zu begegnen und mit Staatsgewalt zu unterdrücken.

Auch Manfred Elfströms (2021) historische Analyse von Arbeiter:innen-aufständen in China zeigt, dass ihre Forderungen in politische Maßnahmen übersetzt werden, während die Regierung sie gleichzeitig zu unterdrücken sucht.

Im Mittelpunkt der Bewertung der Regierung durch ihre Bürger:innen steht auch heute die Verbesserung ihrer materiellen Lebensbedingungen. Wobei Steigerung des allgemeinen Wohlstands in China als Zeichen für moralisches Handeln der Regierenden gilt.

Eine Umfrage unter chinesischen Bürger:innen von Chu Yun-han aus dem Jahr 2013 (S. 7 und 18) zeigt, dass Moral, die Wahrnehmung der politischen Elite Chinas als wohlwollend und verantwortungsbewusst gegenüber den Regierten, der entscheidende Faktor für diffuse Regimeunterstützung ist. Am zweitwichtigsten ist die politische Leistung bei der wirtschaftlichen Entwicklung. Je positiver die Befragten die nationale Wirtschaft bewerteten, desto eher schrieben sie der politischen Elite moralisches Handeln zu.

Heute ist der Fünf-Jahres-Plan das zentrale politische Gestaltungsinstrument des chinesischen Einparteienstaats, um negative wirtschaftliche Auswirkungen früh zu erkennen, in sie einzugreifen und die Wirtschaft langfristig an sozialpolitischen Zielen zu orientieren.

3.3.4 Fünf-Jahres-Plan

Der Fünf-Jahres-Plan für Chinas wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung ist in Verbindung mit staatseigenen Unternehmen ein zentrales Instrument innerhalb des Einparteienstaates.

In den Anfängen der VR China ersetzte dieser Plan den Marktmechanismus durch vorgegebene Produktionsquoten und eine zentrale Materialzuteilung. Doch nach dem Jahr 1978 fand unter der neu gegründeten Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission ein bedeutender Wandel statt. Der Plan entwickelte sich von einem Werkzeug der Planwirtschaft zu einem maßgeblichen Gestaltungsinstrument für die Transformation hin zu einer marktorientierten Wirtschaftsstruktur.

Diese Anpassung zielte darauf ab, dezentrale Marktmechanismen von Angebot und Nachfrage zu fördern, aber zugleich in Einklang mit übergeordneten sozio-ökonomischen Zielen zu bringen (Heilmann/Melton 2013, S. 581 f.).

Klare Ziele von oben, Spielraum für Maßnahmen von unten

Heutzutage erfüllt der Fünf-Jahres-Plan die Aufgabe, mittel- und langfristige makrostrukturelle wirtschaftliche und soziale Ziele zu formulieren, die als Leitlinien dienen, an denen sich sowohl Regierungs- als auch Marktakteure orientieren (vgl. Wu 2016, S. 16–18). In diesem Rahmen werden grobe Maßnahmen zur Erreichung der gesetzten Ziele skizziert und Re-

gierungsakteure bestimmt, die mit der konkreten Umsetzung betraut werden.

In einem zweiten Schritt verfassen die verantwortlichen Beamten auf lokaler Ebene ihre eigenen Fünf-Jahres-Pläne, in denen sie festlegen, wie sie die übergeordneten Ziele unter Berücksichtigung der spezifischen sozio-ökonomischen Gegebenheiten vor Ort umsetzen möchten. Diese Pläne werden zur Überprüfung an die Staatliche Entwicklungs- und Reformkommission zurückgegeben, welche daraufhin individuelle Vereinbarungen mit den lokalen Regierungen trifft, um konkrete zu erreichende indikative Ziele festzulegen.

Die Festlegung dieser Indikatoren kann je nach regionalen Gegebenheiten variieren. Beispielsweise können wohlhabendere Provinzen höhere Reduktionsziele für CO₂-Emissionen in der Industrie erhalten, während ärmere Regionen flexiblere Ziele haben. Dadurch können sie etwas Zeit gewinnen, soziale Auswirkungen wie Jobverluste des Übergangs zur grünen industriellen Transformation durch Umschulungen abzufedern. Zusätzlich ermöglichen die Fünf-Jahres-Pläne den lokalen Regierungen, neue Modelle und Maßnahmen auszuprobieren, wie es beispielsweise in Chinas Sonderwirtschaftszonen der Fall ist.

Sind diese lokal erprobten Modelle erfolgreich, wird eine Umsetzung auf nationaler Ebene erarbeitet. Der Fünf-Jahres-Plan fungiert somit auch als zentraler politischer Prozess zur Sammlung von Informationen über die tatsächlichen lokalen sozio-ökonomischen Gegebenheiten und über Instrumente, die positive Auswirkungen haben könnten. Auf dieser Grundlage werden neue Politiken entwickelt und der nächste Fünf-Jahres-Plan formuliert.

Auf diese Weise ermöglicht der Fünf-Jahres-Plan eine koordinierte und abgestimmte wirtschaftliche Entwicklung in einem sehr diversen und großen Land. Er spielt eine entscheidende Rolle bei der staatlichen Lenkung und Steuerung der chinesischen Wirtschaft und stellt sicher, dass zentrale politische Vorgaben dezentral mit den praktischen Gegebenheiten vor Ort in Einklang gebracht werden (vgl. Heilmann/Melton 2013, S. 581).

3.4 Die Rolle des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbunds

Der „Gesamtchinesische Gewerkschaftsbund“ (GCGB) wurde im Mai 1925 mit dem Ziel gegründet, die Interessen der Arbeiter:innen im ganzen Land zu vereinen und zu vertreten. Insbesondere wollte er als Gegengewicht fungieren zu nationalistischen Gewerkschaften, die Versuche unternahmen, eine landesweite Streikwelle zu unterdrücken. Die Kommunisti-

sche Partei Chinas (KPCh), die sich kurz zuvor etablierte, spielte eine bedeutende Rolle bei der Entstehung des GCGB (vgl. Friedman 2014, S. 30–33).

3.4.1 Gemeinsame Evolution der Kommunistischen Partei und des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbunds

Diese historische Verbindung zwischen dem GCGB und der KPCh prägte ihre gemeinsame Entwicklung. Beide waren tief in der chinesischen Arbeiterbewegung verwurzelt.

Sie teilten das gemeinsame Ziel, die nationale Autonomie Chinas zu stärken und sich vom westlichen Imperialismus zu befreien. Gleichzeitig bekämpften sie die systematische Benachteiligung chinesischer Arbeiter im Vergleich zu ausländischen, da die meisten Industrien in der Hand von westlichen Kolonialmächten waren. Die politische Verfolgung beider Organisationen mit aller Härte durch die nationalistische Guomindang-Partei unter Tschiang Kai-Schek stärkte ihre Bindung.

Nach der Gründung der VR China etablierte sich der GCGB als die alleinige legitime Gewerkschaftsorganisation und wurde zu einer quasi-staatlichen Institution. In dieser Zeit wurde kein Unterschied zwischen den Interessen des Staates und den der Arbeiter:innen gemacht. Der GCGB fungierte als Propagandainstrument in den staatlichen und gemeindeeigenen Betrieben, um die Arbeitnehmenden für politische Ziele zu mobilisieren (vgl. Friedman 2014, S. 38).

Dennoch garantierte die Verfassung von 1975 ein Streikrecht, das heute nicht mehr in Kraft ist (vgl. Vierter Nationaler Volkskongress 1975, Artikel 28; Fünfter Nationaler Volkskongress 1982).

3.4.2 Annäherung an eine klassische Interessenvertretung von Arbeiter:innen

Nach der marktorientierten Transformation der chinesischen Wirtschaft und dem schrittweisen Abbau sozialer Absicherungen durch den Arbeitsplatz übernahm die Gewerkschaft vermehrt die Rolle einer rechtlichen und betrieblichen Vertretung der Arbeitnehmer:innen-Interessen.

In den 1990er Jahren verabschiedete die Regierung nach und nach Gesetze für die Gewerkschaftsorganisation sowie Arbeitsverträge und regelte Arbeitsbedingungen. Der GCGB wurde formal zu einer klassischen Interessenvertretung der Arbeiter:innen.

Vor Ort setzt er sich für demokratische Mitbestimmungsrechte, Arbeitssicherheit, Unfallversicherungen, Einhaltung von Arbeitsverträgen, Gleichbehandlung und kollektive Lohnverhandlungen ein. Die Gewerkschaft ist zentral bei gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmer:in und Arbeitgeber:in (vgl. del Rey/Mignin 2018, S. 35–40; Friedman 2014, S. 48f.). Die chinesische Regierung setzte die Arbeits- und Gewerkschaftsrechte trotz starkem Druck ausländischer Unternehmen in den 2000er Jahren durch, die mit Abwanderung drohten, falls die Arbeitskosten stiegen.

Die chinesische Gewerkschaft muss jedoch einen Balanceakt zwischen den politischen Zielen des Staates und den Interessen der Arbeitnehmer:innen vollführen. Solange das Wirtschaftswachstum durch Exportsteigerungen dominierte und niedrige Löhne den komparativen Kostenvorteil Chinas sicherten, fungierte die Gewerkschaft als bloßes Ventil für die Belastung der Arbeitenden und stärkte somit die Managementinteressen.

Stärkung durch sozialpolitische Ziele der Regierung

Obwohl China weder das Recht auf Streik noch das Recht auf freie Gründung von Gewerkschaften gewährt, kam es seit den 2010er Jahren vermehrt zu unabhängigen Gründungen von Gewerkschaften auf lokaler Ebene. Diese kämpfen auf eigene Faust für gerechtere Löhne, oft an dem etablierten GCGB vorbei. Die Regierung geht nur selten mit Polizeigewalt gegen die illegalisierten Streiks vor. Diese autonom organisierten Streikbewegungen üben massiven Druck auf den GCGB und den Einparteiensstaat aus, die Interessen der Arbeiter:innen glaubwürdig zu vertreten (vgl. China Labour Bulletin 2023).

Gleichzeitig stärkten politische Ziele zur Minderung sozialer Ungleichheit, Erhöhung der sozialen Absicherung und Förderung des Binnenkonsums die Position des GCGB als Vertreter der Arbeitnehmer:innen-Interessen. Insbesondere seit der „Priorisierungsstrategie für Beschäftigungen“ im 12. Fünf-Jahres-Plan von 2011 gewann die zentrale Rolle des GCGB bei Kollektiv- und Tarifverhandlungen und als Rechtsvertretung politischen Rückhalt.

Andererseits hat die Gewerkschaft in den letzten Jahren aufgrund ihrer internationalen politischen Rolle für die Demokratisierung der Gesellschaft Repressionen in China erfahren. Die Regierung griff hart gegen die Hongkonger Protestbewegungen der letzten Jahre durch. Mehrere Aktivist:innen, darunter prominente Gewerkschaftsführer:innen, wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Mehrere lokale Gewerkschaften lösten sich unter Androhung politischer Verfolgung auf (vgl. Kretschmer 2021).

Terroristische Anschläge von einzelnen uigurischen Gruppen in Xinjiang nahm die lokale Regierung als Kontrollverlust wahr. Geleakte Dokumente weisen darauf hin, dass sie mit systematischer und expansiver Zwangsarbeit zur politischen Umerziehung großer Bevölkerungsteile der Minderheit reagierte (vgl. Heberer/Schmidt-Glintzer 2023).

China hat die Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO 2022) zu Zwangs- und Pflichtarbeit erst kürzlich auf Druck der EU ratifiziert.

Rückbindung an die Parteilinie

Im 13. und 14. Fünf-Jahres-Plan der Regierung wird der GCGB als Vermittler zwischen Staat und Arbeitnehmern stärker in die Pflicht genommen und enger an die Ziele der Partei gebunden. Die Gewerkschaft befindet sich daher in einem Reformprozess, der sich auch in der Überarbeitung des Gewerkschaftsgesetzes von 2021 widerspiegelt.

Das Gesetz verankert einerseits die Führungsrolle der Partei und ideologische Leitlinien, andererseits betont es die Aufgabe der Gewerkschaft, Löhne zu sichern und Arbeitnehmer:innen rechtlich zu vertreten, sowie das Recht auf Organisation, Kollektiv- und Tarifvertragsverhandlungen und Mitbestimmung in Unternehmensentscheidungen. Der 14. Fünf-Jahres-Plan der Gewerkschaft sieht eine Erweiterung der Basis des GCGB um 600.000 Büros in kleinen Unternehmen mit mindestens 25 Angestellten vor (GCGB 2021).

Die internationale Zusammenarbeit mit der chinesischen Gewerkschaft steht somit vor einem herausfordernden Spannungsverhältnis. Einerseits ist der Spielraum für parteipolitische Unabhängigkeit der Arbeitnehmerorganisation stark eingeschränkt. Demokratische Bewegungen wie in Hong Kong werden unterdrückt. Andererseits ist die Verbesserung von Arbeitsbedingungen ein zentrales Ziel der KPCh und daher erfährt die Arbeit des GCGB politische Unterstützung.

Diese Einblicke zeigten, dass die sozialpolitischen Ziele der am Markt orientierten chinesischen Wirtschaft der westlich geprägten sozialen Marktwirtschaft ähnlich sind. Das institutionelle Gefüge, um diese Ziele zu erreichen, weicht aber von liberalen und demokratischen Wohlfahrtsstaaten ab. Der chinesische Staat spielt als Marktakteur mit staatseigenen Unternehmen und durch seine autonome, umfassende Wirtschaftsplanung eine entscheidende Rolle in der Entwicklung der Wirtschaftsstruktur. Dabei greift er auch auf Gesetze zurück. Sie sind aber tendenziell der letzte Schritt im politischen Umsetzungsprozess.

3.5 Chinas Industrie- und Wirtschaftspolitik: In Richtung autonomer Technologiespitze

Die Evolution von Chinas Außenhandels- und Investitionspolitik ist durch die Linse seiner Fünfjahrespläne gut zu verfolgen. Diese Pläne setzen, wie oben erwähnt, langfristige wirtschaftliche Ziele, die auf die sich verändernde globale und nationale Umgebung reagieren.

Nachdem China seine Wirtschaft 1978 für den internationalen Handel geöffnet hatte und im Begriff war, seine internen Märkte zu liberalisieren, wurden im 6. Fünf-Jahres-Plan (1983) die ersten längerfristigen wirtschaftlichen Ziele formuliert. Innenpolitisch war die Konsolidierung des neuen Wirtschaftssystems zentral. Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch Exporte wurde dabei zur Schlüsselstrategie für das Wirtschaftswachstum Chinas.

In dieser Phase setzte China aber bereits erste Schritte, ausländische Kredite und Investitionen über Joint Ventures mit inländischen Unternehmen zu nutzen, um Technologietransfers zu erleichtern. Dies markierte den Beginn der Bemühungen Chinas, die Vorteile ausländischen Kapitals zur Förderung seiner technologischen Entwicklung einzusetzen, um sukzessive in Wertschöpfungsketten höheren Mehrwert zu generieren. Untenstehend im Kapitel zu ausländischen Direktinvestitionen wird die politische Lenkung genauer beschrieben.

3.5.1 Abkehr vom exportgetriebenen Wirtschaftsmodell: staatliche Wirtschafts- und Industrieplanung wird zentral

Nach über einem Jahrzehnt der wirtschaftlichen Öffnung zur Welt wurden die sozialen und ökologischen Kosten für ein auf Exporte ausgerichtetes Wachstum immer deutlicher erkennbar. Unter dem Leitbild einer „Gesellschaft mit moderatem Wohlstand“ (小康社会) verfolgt seither die Wirtschaftsplanung das Ziel, ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen Wachstum, dem Abbau sozialer und regionaler Ungleichheiten sowie verstärktem Umweltschutz herzustellen.

Die negativen Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf die Nachfrage nach chinesischen Exporten gab diesem Kurs im 12. Fünf-Jahres-Plan (2011) zusätzlichen Antrieb. Gleichzeitig unterstreicht die steigende Arbeitslosenrate unter jungen Menschen in den vergangenen zehn Jahren, einschließlich gut ausgebildeter Universitätsabsolventen, die Notwendigkeit der Schaffung qualifizierter, inländischer Arbeitsplätze (Chen/Zhang 2023; Liu 2014). Die einzigartige Beziehung zwischen Staat und

Markt in China gewinnt an zentraler Bedeutung, um umfassende wirtschafts- und industriepolitische Strategien umzusetzen.

Parallel zum Aufbau sozialer Sicherheitsnetze strebt China eine Neuorientierung seines Wirtschaftswachstums an. Das Wirtschaftsmodell des Landes soll sich von einem export- hin zu einem konsumgetriebenen wandeln. Im Rahmen des jüngsten 14. Fünf-Jahres-Plans von 2021 zielt die Regierung auf ein „neues Entwicklungsmodell“ (新发展格局) ab, das seinen Schwerpunkt auf qualitatives und nachhaltiges Wachstum legt und die Erhöhung der Binnennachfrage in den Mittelpunkt stellt. Mit beinahe einem Fünftel der Weltbevölkerung und steigenden Löhnen birgt Chinas Konsumbedarf ein beträchtliches Potenzial.

3.5.2 Innovative Industrie und Binnenkonsum sollen Chinas Position in globalen Wertschöpfungsketten steigern

Um den weiterhin schwachen Konsum anzukurbeln (vgl. Internationaler Währungsfonds 2021), strebt die chinesische Regierung an, die Abhängigkeit von exportorientierten Sektoren mit geringer Wertschöpfung und niedrigen Löhnen zu verringern. Hochwertige Produkte und innovative Technologien in zukunftsweisenden Märkten sollen Chinas Position in globalen Wertschöpfungsketten stärken und das Einkommen erhöhen. Die „In und Out mit bester Qualität und zum besten Preis“-Strategie (优进优出) zielt auf hochwertige Importe und Exporte ab, um Chinas Preisvorteil im globalen Wettbewerb zu nutzen.

In diesem Zusammenhang wird der Klimawandel vom Einparteiensstaat nicht nur als Herausforderung, sondern auch als Chance gesehen, für eine Modernisierung der heimischen industriellen Produktion und zum führenden Anbieter bei Umwelttechnologien zu werden (vgl. Musitz 2023 und 2024b; Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE 2022, S. 4–6). Innovation wird zur treibenden Kraft für diese Entwicklung. Ein „dualer Kreislauf von Binnen- und Außenwirtschaft“ (双循环) legt den Fokus auf Chinas großen Binnenmarkt als dominante Kraft für Wirtschaft und Produktion, während der Außenhandel ergänzend eingesetzt wird.

Innovation hat seit dem 13. Fünf-Jahres-Plan (2016) auch in der industriellen Entwicklung oberste Priorität. Die „Made in China 2025“-Strategie (制造强国) von 2015 (Staatsrat der VR China) zielt darauf ab, China zu einer „produktionsstarken Nation“ zu machen und setzt Schwerpunkte in der Förderung aufstrebender Industrien.

Dabei wird einerseits die Innovationsfähigkeit in Schlüsselbereichen mit hohem Mehrwert und weltweiter Nachfrage gestärkt – darunter fallen

neue Informationstechnologien, Werkzeugmaschinen, Robotik, erneuerbare Energien und Fahrzeuge mit alternativen Antrieben. Andererseits wird die Fertigungsindustrie durch Integration von Informationstechnologien produktiver, intelligenter und ressourcenschonender gestaltet. Die dadurch ermöglichte kostengünstigere Produktion verschafft China Wettbewerbsvorteile im weltweiten Absatz von Spitzentechnologien.

Um dieses Ziel zu erreichen, investiert der Staat 2,5 Prozent des BIPs in F&E. Der 14. Fünf-Jahres-Plan legt zusätzlich ein jährliches gesamtwirtschaftliches Wachstum von über 7 Prozent der bisherigen Investitionen fest. Die Verbindung der „Bringing In (引进来)“- mit der „Going Out (走出去)“-Strategie, erstmals im 11. und 12. Fünf-Jahres-Plan formuliert, fördert gezielt Investitionen in industrielle Innovation.

Ausländische Investitionen werden in die Entwicklung von Schlüsseltechnologien gelenkt. Unternehmen aus dem Ausland werden mit Anreizen zur Lokalisierung ihrer Produktion ermutigt. Ihre Profite sollen in China reinvestiert werden und insbesondere lokale F&E-Zentren finanzieren.

Gleichzeitig beteiligen sich chinesische Unternehmen an ausländischen Firmen in Schlüsselbereichen, fusionieren mit ihnen oder etablieren neue Produktionsstandorte im Ausland (Greenfield-Investitionen). Ziel ist es, chinesische Marken auf ausländischen Märkten zu etablieren und starke multinationale Unternehmen zu schaffen.

Die IG Metall (vgl. Wübbeke 2015) berücksichtigt, dass China mit technologischem Upgrading und Automatisierung seiner Fertigung auf steigende Löhne reagiert. Das ist positiv für Arbeitnehmer:innen, hat aber negative Auswirkungen auf Chinas globalen komparativen Kostenvorteil. Seine Industriepolitik zielt daher auf globale Wettbewerbsfähigkeit durch technologischen Fortschritt und Binnenkonsum als wichtigste Säule ab, um wirtschaftliche mit sozialer Entwicklung zu harmonisieren.

Chinas Industriepolitik birgt sowohl Herausforderungen als auch Chancen für die deutsche Industrie. Das Land wird zunehmend zu einem ernstzunehmenden globalen Mitbewerber. Sein technologischer Fortschritt wird jedoch Software und Maschinen erfordern, die Deutschland aufgrund seiner technologischen Stärke entwickeln kann. Somit könnten beide Industrien von ihrer wirtschaftlichen Entwicklung profitieren.

Neue EU-China-Strategie treibt Chinas industrie- und sicherheitspolitische Autonomiebestrebungen im 14. Fünf-Jahres-Plan weiter an

National eigenständige Industrieketten und Industriecluster und weitere Diversifizierung von Importen und Exporten sollen die wirtschaftliche Unabhängigkeit Chinas stärken und höhere Wertschöpfung im Inlands- und

Exportmarkt erzielen. Gleichzeitig wird die Verbesserung des Verteidigungssystems und der Sicherheitskräfte durch technologische Innovationen nach vielen Jahren wieder zu einem Hauptziel.

In den letzten Jahren hat der Einparteienstaat durch industriepolitische Maßnahmen seinen Einfluss auf die chinesische Wirtschaftsentwicklung verstärkt. Durch bewusste Steuerung staatlicher Finanzmittel und Anreize für ausländische Investitionen hat China gezielt seine aufstrebende Industrie in Hinblick auf ihre technologischen Fortschritte und ihren komparativen Kostenvorteil unterstützt.

Als maßgeblicher Importpartner der EU und Deutschlands könnte Chinas Fokus auf den Binnenmarkt langfristige Auswirkungen auf ihre industrielle Versorgung und den Konsum haben. Der globale Wettbewerbsdruck im Bereich Spitzentechnologien wächst, während erneuerbare Energietechnologien aufgrund von Chinas Preisdruck weltweit für Haushalte erschwinglich werden.

Allerdings sollte die Autonomiebestrebung Chinas nicht überbewertet werden. China bleibt offen für Forschungskooperationen und Investitionen ausländischer Unternehmen. Expertise aus dem Ausland bleibt für die lokale Entwicklung der Produktion vonnöten. In Bereichen, in denen China technologisch führend ist, könnten Investitionen der EU und Deutschland Technologietransfers erleichtern.

4. Wirtschaftsbeziehungen in Zahlen: Wie groß sind die Abhängigkeiten der EU, Deutschlands und Chinas?

Die kommenden Abschnitte betrachten die volkswirtschaftlichen und sektoralen Verflechtungen der EU und Deutschlands mit China bei Vorleistungen der Industrie, Konsum, als Absatzmarkt und ausländischen Direktinvestitionen (ADI).

Wie abhängig sind gesamtwirtschaftlich die EU und Deutschland von chinesischen Importen wie Exporten und umgekehrt? Wie realistisch ist Chinas Unabhängigkeit von Aus- und Einfuhren? Welche Wirtschaftsbereiche sind besonders von chinesischen Vorleistungen, Produkten und chinesischer Nachfrage abhängig? Welche könnten substituiert werden, um eine größere Unabhängigkeit von Chinas Wirtschaft zu erreichen?

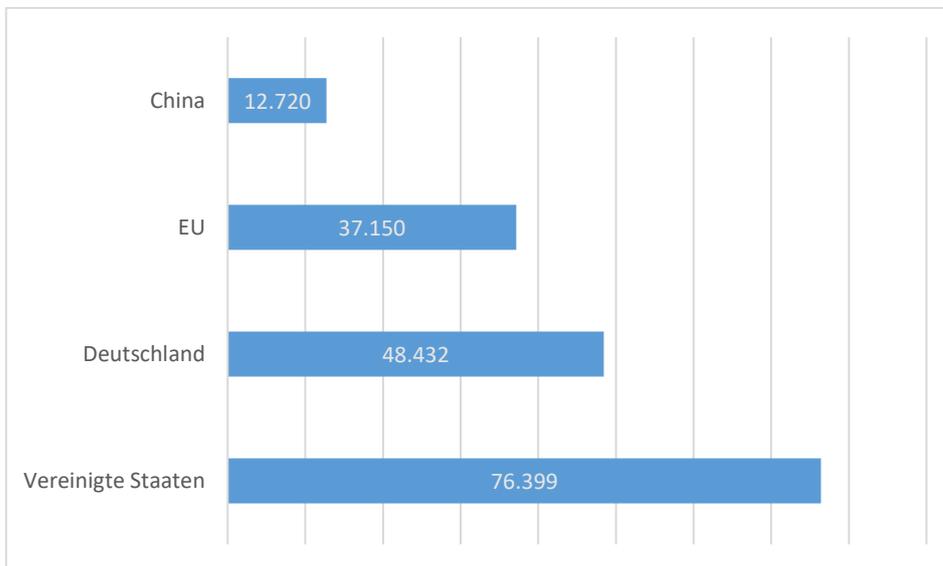
4.1 Exportabhängigkeit von Chinas Wirtschaft sinkt, aber sein stabiles Wachstum erfordert weiterhin Außenhandel

Das Land der Mitte verzeichnet kaufkraftbereinigt das größte Bruttoinlandsprodukt (s. Abbildung 2) der Welt. Zugleich ist Chinas Bevölkerung mit 1,4 Milliarden Menschen beinahe doppelt so groß wie die der USA und der EU gemeinsam. Gemessen an seinem BIP pro Kopf, ist China nach wie vor ein Entwicklungsland. 2022 betrug es gerade ein Viertel des Deutschlands und weniger als ein Sechstel des der Vereinigten Staaten (vgl. Abbildung 7).

Chinas Regierung ist weiterhin mit der Herausforderung konfrontiert, ein diverses Land mit sehr ungleichen Einkommen und regional ungleicher Wirtschaftsleistung zu entwickeln. China ist paradoxerweise zugleich einer der kapital-stärksten und geopolitisch mächtigsten Volkswirtschaften und ein sich entwickelndes Schwellenland.

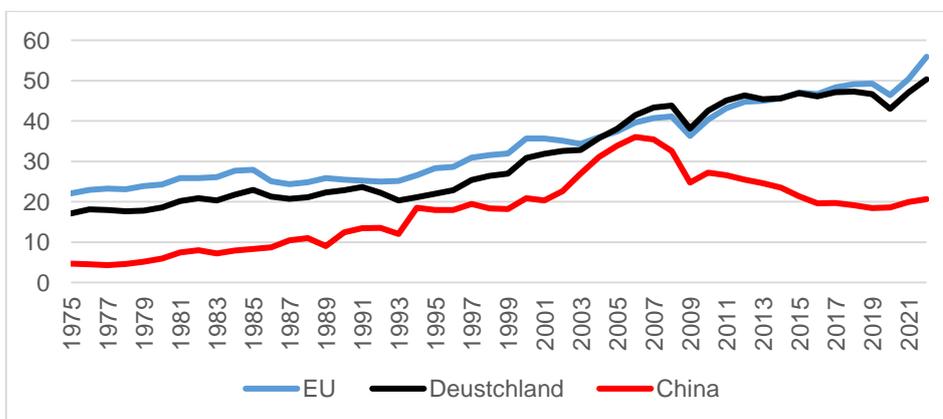
Seine Strategie, den Binnenkonsum zu stärken, um seine Wirtschaftsleistung unabhängiger vom Niedriglohnsektor in der einfachen, quantitativen Produktion für den Export zu machen, hat nur mäßigen Erfolg. Der Anteil des Exportvolumens an Chinas Wirtschaftsleistung ist in den letzten 16 Jahren zwar stark gesunken, obwohl sein Exportvolumen sukzessive zugenommen hat. Dennoch schwächt Chinas Anteil von Konsumausgaben an seiner Wirtschaftsleistung nach wie vor.

Abbildung 7: Vergleich BIP pro Kopf in US-Dollar 2022



Quelle: Weltbank DataBank o. J. c (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung

Abbildung 8: Anteil Exporte am BIP in Prozent



Quelle: Weltbank DataBank o. J. d (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung

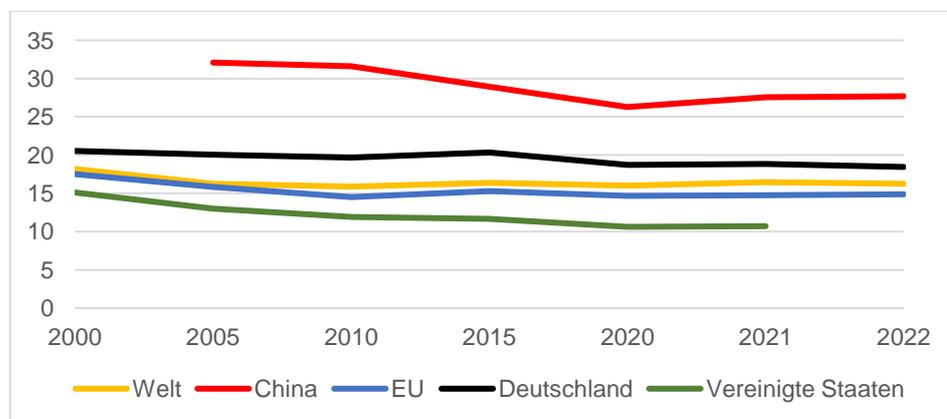
Abbildung 8 zeigt: Chinas Exportanteil an seinem BIP ist von seinem Höhepunkt im Jahr 2006 von 36 Prozent 2022 auf 21 Prozent zurückgegangen. Die EU und Deutschland verzeichnen abgesehen von Einbrüchen in

den Jahren der globalen Finanzkrise und während der Corona-Pandemie einen gegenläufigen Trend.

2006 betrug der Exportanteil am BIP für die EU und Deutschland jeweils 40 und 41 Prozent. 2022 ist er in der EU auf 60 Prozent und in Deutschland auf 50 Prozent gestiegen und damit fast drei Mal so hoch wie in China. Europa wie Deutschland ist bei seiner gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftsleistung abhängiger von Exportwertschöpfung als China. Wir werden untenstehend Exporte und Importe zwischen den Volkswirtschaften im Detail analysieren.

China bleibt zugleich die „Werkbank der Welt.“ Der Wertschöpfungsanteil von Chinas Manufaktur an der nationalen Wirtschaftsleistung ist 2022 mit 28 Prozent fast doppelt so hoch wie der Weltdurchschnitt von 16 Prozent (vgl. Abbildung 9). Er hat aber im Vergleich zu 2007 abgenommen. Auch in Deutschland hat der Anteil der Manufaktur am BIP in den letzten Jahren leicht abgenommen. 2022 ist er mit 19 Prozent dennoch nach wie vor überdurchschnittlich hoch, aber weit unter dem Chinas. Die EU und die Vereinigten Staaten liegen mit jeweils 15 Prozent und 11 Prozent unter dem weltweiten Durchschnitt.

Abbildung 9: Wertschöpfungsanteil Manufaktur am BIP 2022 in Prozent



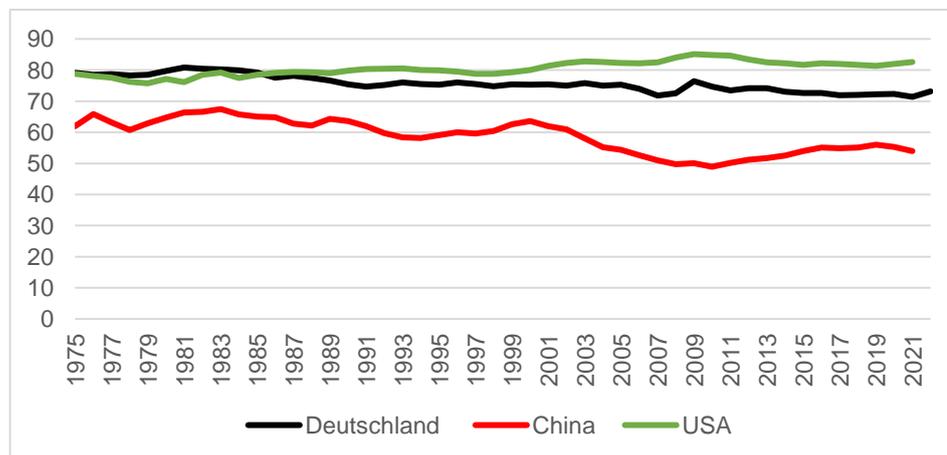
Quelle: Weltbank DataBank o. J. e (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung

Chinas Konsum ist im Vergleich zu Industriestaaten weiterhin niedrig (vgl. Abbildung 10). Der Anteil von Konsumausgaben am BIP ist in China bis um ein Drittel geringer als in den Vereinigten Staaten und Deutschland. Im Jahr 2000 lag er noch bei 64 Prozent. 2008 erreicht er mit unter 50 Prozent seinen niedrigsten Wert und fällt nach Jahren mit einem leichten Auf-

schwung 2021 wieder auf 54 Prozent zurück. Solange China nicht auf Konsum als dominanten Wirtschaftstreiber zurückgreifen kann, wird eine weitere Abnahme der Exportwertschöpfung Chinas Wirtschaft hart treffen.

Eine Studie von Jürgen Matthes (2022a, S. 19) zeigt, dass der Anteil des chinesischen Warenhandels mit den westlichen Handelspartnern EU, USA, Japan, Südkorea, Kanada, Australien und Neuseeland zwischen 2000 und 2021 bereits um etwa 15 Prozent abgenommen hat. Seit 2013 hat sich der Anteil des Warenhandels Chinas mit dem Westen stabilisiert und keinen weiteren Rückgang erfahren. Das deutet daraufhin, dass China seine Außenhandelsbeziehungen mit dem Westen nicht weiter reduzieren will.

Abbildung 10: Anteil Konsumausgaben am BIP in Prozent



Quelle: Weltbank DataBank o. J. f (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung

Eine wirtschaftliche Abhängigkeit der EU mit China betrifft beide Seiten. Trotz technologischen Fortschritts und Marktführerschaft bei manchen Produkten sichern Exporte, Importe, Investment und Expertise aus dem Ausland weiterhin die wirtschaftliche Stabilität der Werkbank der Welt. Insbesondere im Hinblick auf Chinas Regimelegitimität durch seine sozio-ökonomische wirtschaftliche Performance ist nicht davon auszugehen, dass China einen harten Abkopplungskurs fahren wird.

Allerdings fassen akademische und mediale Diskurse in China die neuen Strategien des Westens als bewusste „Ent-Sinisierung“ (去中国化) (siehe u. a. Wang 2022 und vgl. Cheng 2023) ihrer Handelsbeziehungen auf, um seine Konkurrenz und seinen Aufstieg in die Reihen der entwi-

ckelten Länder zu verhindern. Das wird Bestrebungen, seine Wirtschaft mehr am Inland zu orientieren, verstärken.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit zwischen der EU, Deutschland und China wird in den folgenden Abschnitten anhand konkreter Zahlen genauer beleuchtet

4.2 Wirtschaftliche Abhängigkeiten zwischen der EU, Deutschland und China

Für die EU ist China der wichtigste Handelspartner im Import von Gütern. Als Absatzmarkt für EU-Exporte von Gütern spielt China, hinter den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich, eine wichtige, aber nicht dominante Rolle (vgl. Abbildung 5).

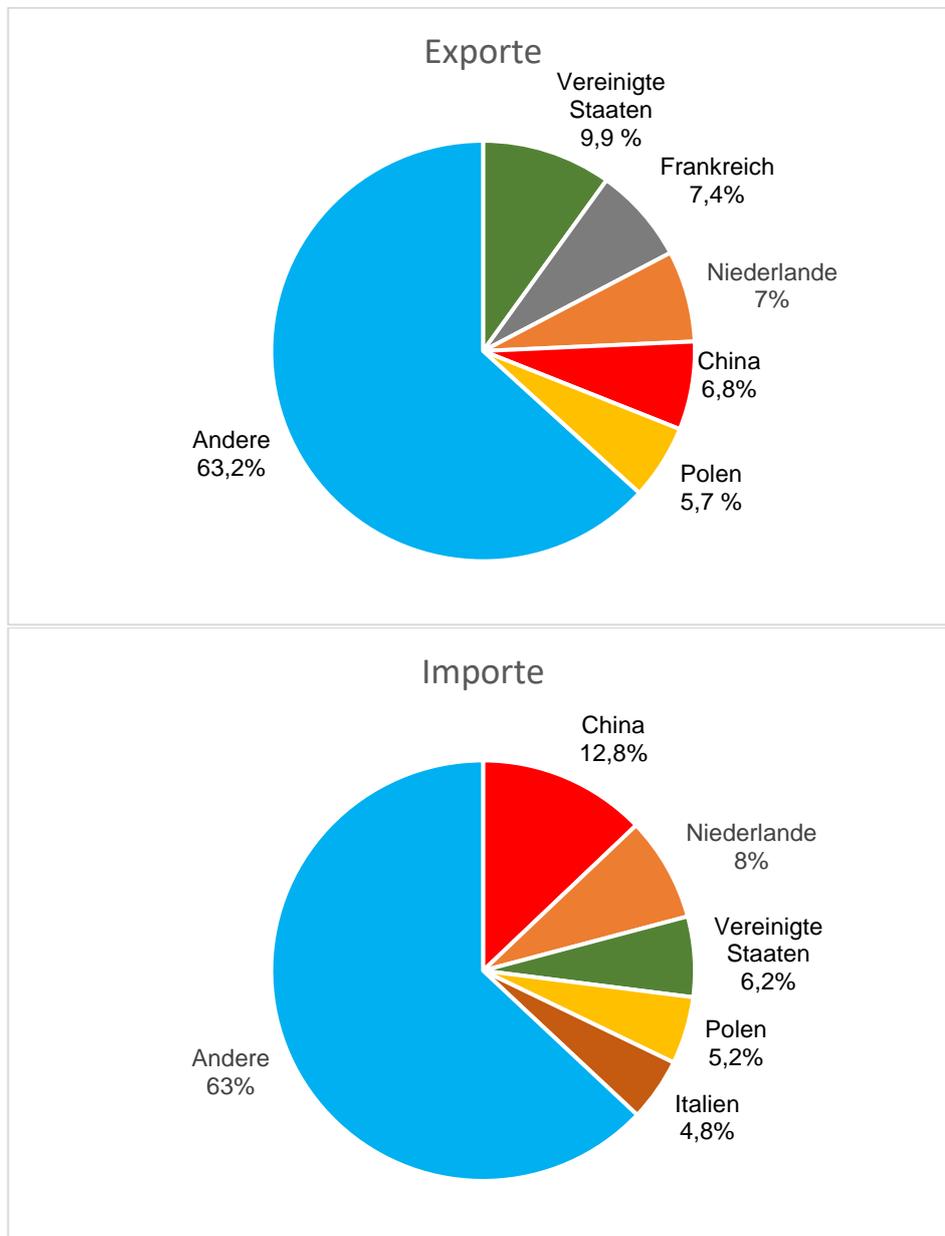
Für Deutschland ist 2022 China zum siebten Mal der wichtigste Handelspartner, vor den Vereinigten Staaten und den Niederlanden (Statistisches Bundesamt 2023a). Der Gesamtwert aller deutschen Importe und Exporte betrug 2022 rund drei Billionen Euro (Statistisches Bundesamt 2023b). Davon fielen auf das Land der Mitte 299 Milliarden Euro oder rund zehn Prozent des gesamten deutschen Außenhandels.

4.2.1 Deutschlands Exportabsatz in China ist vergleichsweise hoch, aber europäische Handelspartner bleiben zentral

Der chinesische Handelspartner ist für Deutschland im Import wichtiger als im Export (vgl. Abbildung 11). So übertraf im vergangenen Jahr der Wert der deutschen Importe aus China den der deutschen Exporte nach China um 85 Milliarden Euro. Mit einem Wert von 192 Milliarden Euro oder 13 Prozent kommen die meisten deutschen Importe aus China. Zweit- und dritt wichtigste Einfuhrländer für Deutschland sind mit 8 Prozent (120 Milliarden Euro) die Niederlande und mit 6 Prozent (93 Milliarden Euro) die Vereinigten Staaten.

Die USA sind mit 10 Prozent (156 Milliarden Euro) Anteil am gesamten deutschen Exportwert Deutschlands wichtigster Absatzmarkt, gefolgt von Frankreich und den Niederlanden mit 7 Prozent (116 bzw. 111 Milliarden Euro). China ist mit 107 Milliarden Euro der viertgrößte Absatzmarkt für deutsche Produkte (Statistisches Bundesamt 2023c).

Abbildung 11: Deutschlands wichtigste Außenhandelspartner (2022)



Quelle: Statistisches Bundesamt 2023c (Datenstand von September 2023); eigene Berechnung und Darstellung

Im europäischen Vergleich ist Deutschland das Land mit dem größten Ausfuhrvolumen nach China. Seine Exporte in das Land der Mitte sind vergleichbar mit dem in die Vereinigten Staaten (siehe Matthes 2020,

S. 33). Dennoch ist es Europa, das die dominante Rolle für den deutschen Außenhandel spielt.

Werden die Handelsbeziehungen mit den EU-Mitgliedstaaten gemeinsam betrachtet, fallen 44 Prozent der Wertschöpfung deutscher Importe und 39 Prozent der internationalen Nachfrage nach deutschen Produkten auf sie. Dahinter kommt das „übrige Europa“ – das Vereinigte Königreich, die Schweiz, Norwegen und die Türkei. Auf sie fallen 13 Prozent Wertschöpfung bei ausländischen Vor- und Endleistungen und 12 Prozent auf dem internationalen deutschen Absatz. Erst dahinter folgen die Vereinigten Staaten und die VR China (siehe Baur/Flach 2022, S. 58).

4.2.2 Für China sind die EU und Deutschland im internationalen Vergleich wichtigere Import- als Export-Partner

Chinas gesamter Außenhandel betrug im Jahre 2022 rund sechs Billionen US-Dollar (Allgemeine Zollverwaltung der VR China 2022). Gemessen am gesamten Handelsvolumen ist für China die EU, nach dem ASEAN-Staatenbund, der zweitwichtigste Außenhandelspartner (vgl. Abbildung 12).

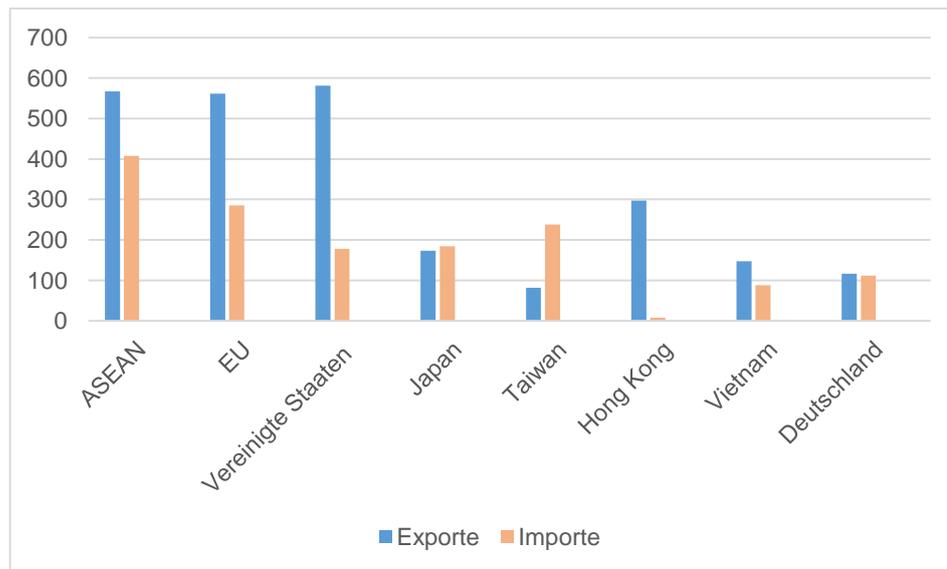
Die Vereinigten Staaten sind bei chinesischen Exporten die dominante Abnehmerin, noch vor ASEAN. Die EU ist der dritt wichtigste Export-Partner für China. Erheblich sind die unterschiedlichen Anteile an Chinas Exporten der drei Volkswirtschaften jedoch nicht. In Prozenten ausgedrückt, tragen die Vereinigten Staaten 16,2 Prozent, ASEAN 15,8 Prozent und die EU 15,6 Prozent zu Chinas internationalem Absatz bei. Hinter ASEAN mit 15,0 Prozent ist die EU mit 10,5 Prozent der zweitwichtigste Handelspartner im Import für China. Auf sie folgen Taiwan, Südkorea und Japan.

Deutschland zählt zu den Top Ten der chinesischen nationalen Außenhandelspartner. Es ist daher für Chinas Außenhandel wichtig, spielt aber keine dominante Rolle. Obwohl China mehr Waren nach Deutschland exportiert als importiert, ist das Land im Verhältnis zu anderen Staaten für den chinesischen Import etwas bedeutsamer als für den Export. Werden ASEAN und die EU exkludiert, liegt Deutschland mit 3,2 Prozent an allen chinesischen Ausfuhren und 4,1 Prozent an den gesamten Importen auf dem jeweils sechsten und fünften Rang von Chinas Handelspartnern.

Gemessen an traditionellen Handelsstatistiken, profitiert China durch Exporte mehr von der EU und Deutschland als umgekehrt. Diese Kosten-Nutzenrechnung ändert sich jedoch, sobald nicht nur bilaterale Handelsbeziehungen zwischen zwei Partnern, sondern auch der ganze Waren-

und Dienstleistungsverkehr weltweit einbezogen wird, der in die lokale Weiterverarbeitung und den Verkauf eines Endprodukts eingeht.

Abbildung 12: Chinas wichtigste Außenhandelspartner 2022 (in Milliarden US-Dollar)



Quelle: Allgemeine Zollverwaltung der VR China 2022; eigene Berechnung und Darstellung

4.3 Eine Input- und Wertschöpfungsperspektive verrät mehr über Wirtschaftsbeziehungen in globalen Wertschöpfungsketten

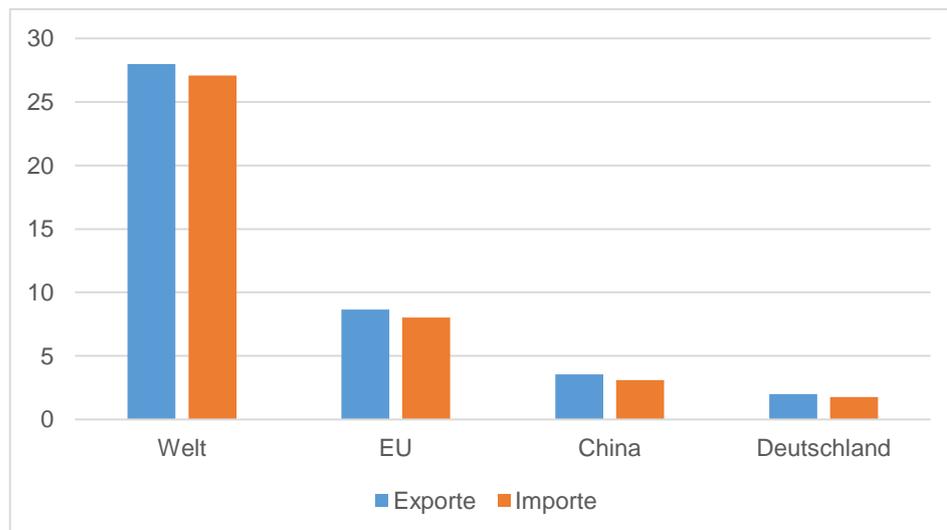
Die traditionellen Handelsstatistiken weisen zwei wesentliche Limitationen auf, wenn es darum geht, die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Ländern in globalen Wertschöpfungsketten zu bewerten.

Erstens vernachlässigen sie Ex- und Importe von Dienstleistungen. Entwickelte Länder lagerten viele einfache Fertigungsprozesse aus, während sie Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung wie Produktdesign im Inland behielten. Diese tragen erheblich zu der globalen Wertschöpfung in diesen Ländern bei.

Tatsächlich zeigt sich, dass die EU, wenn Dienstleistungen in das Exportvolumen einbezogen werden, mehr als doppelt so viel global exportiert.

tiert wie China (vgl. Abbildung 13). Ebenso verhält es sich, wenn der Intra-Handel zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU in die Außenhandelsstatistiken einberechnet wird, was den Exportanteil der EU an der Welt auf 29 Prozent steigert, verglichen mit Chinas Anteil von über 14 Prozent (vgl. Abbildung 14).

Abbildung 13: Exporte und Importe von Gütern und Dienstleistungen 2021 (in Billionen US-Dollar)



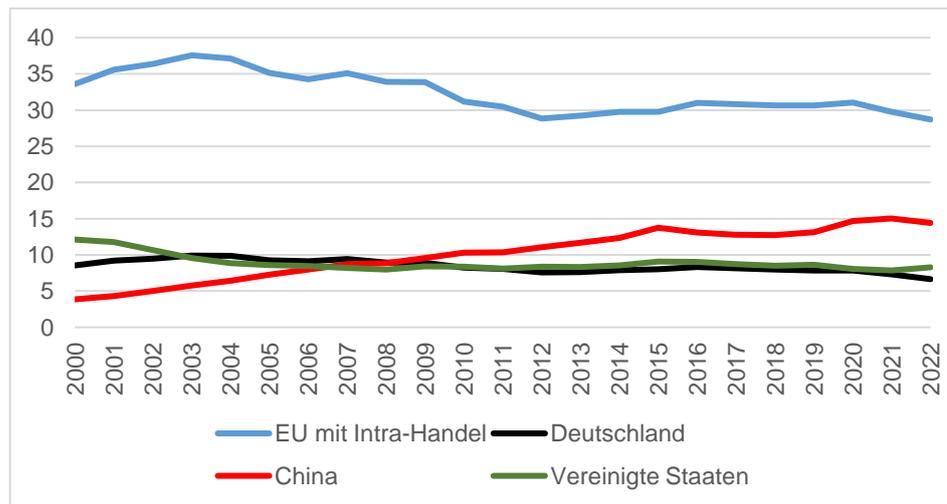
Quelle: Weltbank DataBank o. J. g (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung

Zweitens beruhen herkömmliche Handelsbilanzen ausschließlich auf Daten bilateraler Handelsbeziehungen und nehmen an, dass ein Land ein Produkt herstellt, das ein anderes als Endprodukt importiert. Diese Annahme erfasst jedoch nur etwa 30 Prozent des heutigen weltweiten Handels mit Gütern und Dienstleistungen, da rund 70 Prozent des globalen Handelsverkehrs in komplexen globalen Wertschöpfungsketten stattfinden (vgl. OECD o. J.).

Beispielsweise bleiben in bilateralen Außenhandelsstatistiken die indirekt involvierten Staaten unberücksichtigt, wenn Rohstoffe, ihre Verarbeitung oder verschiedene Vorprodukte für ein importiertes Endprodukt viele Länder durchlaufen. Angenommen, ein tschechisches Unternehmen verkauft ein Produkt an Deutschland, das jedoch aus chinesischen Rohstoffen und Vorleistungen hergestellt wurde. In diesem Fall wird China in der Handelsbeziehung zwischen Tschechien und Deutschland nicht erfasst.

Die Produktion und der Konsum in Deutschland wären in diesem Fall stärker von chinesischen Vorleistungen und Endprodukten abhängig, als die Außenhandelsstatistik zeigt.

Abbildung 14: Anteil Export am Welthandel in Prozent



Quelle: UNCTADstat 2023 (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung

Um ein umfassenderes Bild globaler Wertschöpfungsketten zu erstellen, das auch indirekte Handelsströme inkludiert, stellt die OECD „Trade in Value-Added“-Daten (TIVA-Daten) bereit. Sie ermitteln den Anteil, der beim Verkaufspreis eines Gutes in einem Land auf ausländische Wertschöpfung zurückgeht. Die TIVA-Daten basieren wiederum auf Inter-Country-Input-Output-Tabellen. Diese messen die Art und Menge von Inputs, die zur Herstellung eines Produkts oder zur Erbringung einer Dienstleistung in einem Land von anderen Ländern bezogen werden.

Input-Output-Tabellen sind ein volkswirtschaftliches Analyseinstrument nationaler und globaler Produktionsstrukturen. Sie zeigen, wie verschiedene Sektoren einer Volkswirtschaft miteinander verzahnt sind, indem die Inputfaktoren registriert werden, die sie voneinander beziehen, um ihre Produktion zu realisieren. Input-Output-Tabellen messen damit die Art und Menge von Vorleistungen, die in der Herstellung eines Endprodukts oder einer Dienstleistung für den Konsum enthalten sind. Die Inter-Country-Input-Output-Tabellen der OECD sind eine umfassende Datenbank, die Informationen über

die Verflechtung der Volkswirtschaften verschiedener Länder enthält. Sie erfassen die Lieferketten zwischen verschiedenen Ländern und zeigen, welche Länder Güter und Dienstleistungen an andere Länder liefern, die diese dann in ihren eigenen Produktionen weiterverarbeiten. Diese Informationen sind die Basis für TIVA-Daten, die indirekte Wertschöpfung quantifizieren, die ein Land durch seine Teilnahme an den globalen Wertschöpfungsketten erzielt.

Aktuelle deutsche Studien zur Abhängigkeit der deutschen von der chinesischen Wirtschaft stützen sich auf diese Instrumente, um die Bedeutung von chinesischen Vorleistungen für die deutsche Produktion, von chinesischer Nachfrage für die deutsche Wirtschaftsleistung und von chinesischen Endprodukten für den deutschen Konsum zu analysieren. Im Weiteren werden ihre Ergebnisse zum Außenhandel herangezogen, um auch indirekte Wertschöpfung bei Importen der jeweilig anderen Volkswirtschaft zu evaluieren.

Wie viel Produktion Chinas fließt tatsächlich in alle Importe der EU und Deutschlands? Und umgekehrt, wie viel Wertschöpfung der EU und Deutschlands steckt in allen chinesischen Importen?

4.4 Chinas Bedeutung als Zulieferer von Vorleistungen und als Absatzmarkt für die EU und Deutschland

Eine Gegenüberstellung der konventionellen Handelsstatistik mit Wertschöpfungsimporten und Wertschöpfungsexporten der TIVA-Daten, die nur bis 2018 zurückreichen, zeigt, dass die jeweilige Bedeutung für die EU, Deutschland und China als Zulieferer und Absatzmarkt teils über- oder unterschätzt wird.

Bei der Interpretation der folgenden Daten ist zu berücksichtigen, dass Importe, Exporte und der lokale Absatz von ausländischen Produktionsstätten in China nicht in den Berechnungen registriert werden.

Die Verringerung deutscher Exporte könnte auf die Zunahme lokaler deutscher Fertigungsstätten in China selbst, beispielsweise der deutschen Autoindustrie, zurückzuführen sein. Lokale deutsche Produktion für den chinesischen Markt kann Exporte reduzieren und Gewinne steigern. Es wird nicht erfasst, wie viele Vorleistungen von deutschen Werken in ihre eigenen ausländischen Produktionsstätten in China fließen oder umgekehrt, wie viele Vorprodukte von deutschen Fertigungsstätten im Ausland in ihre heimische Fertigung zurückgehen. Darüber hinaus bleibt der lokale Absatz deutscher Fertigungsindustrien in China unberücksichtigt.

4.4.3 Wie viel chinesische Leistung ist in Importen aus China?

Die EU (ohne Einberechnung des Intra-EU-Handels) bezog 2018 (siehe Matthes 2022, S. 7) 18 Prozent ihres gesamten Importvolumens aus China. Aber von diesem Importvolumen fielen nur 14 Prozent der Wertschöpfung auf China. Das legt nahe, dass an direkten chinesischen Importwaren auch indirekt andere Länder als China beteiligt sind. China also zur Produktion seiner Exportwaren wiederum von anderen Ländern Vor- und Zwischenleistungen importiert.

Umgekehrt schöpft die EU mit 16 Prozent seiner internationalen Wertschöpfung auf dem chinesischen Absatzmarkt mehr als seinen direkten Wertanteil an Warenexporten von 11 Prozent, den die konventionelle Handelsstatistik 2018 erfasst. China bezieht also auch im bilateralen Handel mit anderen Ländern in erheblichem Ausmaß Waren, zu deren Wertschöpfung die EU indirekt beigetragen hat. Zusätzlich beziehen die TIVA-Daten Dienstleistungen mit ein. Auch diese könnte zu dem wesentlich höheren Wertschöpfungsanteil der EU an Chinas Importen beitragen.

Obwohl die EU bilateral mehr Waren aus China importiert als umgekehrt, kann die EU vermittelt durch andere Länder einen höheren Importwertschöpfungsanteil auf dem chinesischen Absatzmarkt erzielen als China auf dem der EU. Die EU profitiert also durch indirekte Import-Wertschöpfung vom Außenhandel mit China mehr als umgekehrt. Für sie ist daher auch ein Rückgang von Chinas direktem und indirektem Absatz schwerwiegender.

Aus deutscher Perspektive ist der Außenhandel mit China auch dann weniger vorteilhaft, wenn indirekte Wertschöpfungsanteile einbezogen werden. 2018 bezog Deutschland rund 7 Prozent seiner Importwaren direkt aus China. Werden auch die indirekten Handelskanäle miteinberechnet, generiert China 8,3 Prozent der Importwertschöpfung am deutschen Absatzmarkt. Deutschland bezieht also mehr Vorleistungen aus China als die konventionelle Außenhandelsstatistik verrät.

Auch Deutschlands Import-Wertschöpfung ist etwas höher als die bilateralen Außenhandelszahlen zeigen. 5 Prozent seiner exportierten Waren gingen 2018 direkt nach China, 5,5 Prozent an der gesamten Import-Wertschöpfung in China fallen aber auf Deutschland. Somit exportiert auch Deutschland indirekt mehr Waren nach China, als direkt sichtbar sind.

4.4.4 Die Bedeutung Chinas Vor- und Endprodukte für die gesamte deutsche Volkswirtschaft im internationalen Vergleich

Die vorigen Analysen beziehen die Wertschöpfung von allen direkten und indirekten gegenseitigen Importen der drei Volkswirtschaften im Verhältnis zu anderen Importpartnern mit ein. Sie sagen aber nichts darüber aus, wie abhängig gesamtwirtschaftlich die deutsche Industrie von chinesischen Importen ist.

Wie viel chinesische Vorleistungen verarbeitet die deutsche Industrie weiter? Wie viele aller deutschen Zwischen- und Endprodukte werden in China abgesetzt? Auch darf der deutsche Endkonsument nicht vergessen werden. Wie viele Produkte kauft er in Deutschland, die aus China stammen, von denen auch deutsche Händler profitieren?

Die Bedeutung von Vorleistungen für die Produktion der jeweiligen Volkswirtschaft

Das Land der Mitte stellte 2018 je nach Berechnungsmethode zwischen 0,6 und 1,0 Prozent (siehe Sandkamp et al. 2023, S. 5f.; Baur/Flach 2022, S. 58f.) des Inputs an Zwischenleistungen für die deutsche Produktion bereit. Deutschland liegt damit im EU-Durchschnitt. Im Vergleich zu anderen G20-Ländern wie Mexiko oder Südkorea ist das Land unterdurchschnittlich auf chinesische Vorprodukte angewiesen (siehe Baur/Flach 2022, S. 58).

Bei der heimischen Wertschöpfung aus der gesamten Produktion fallen 1,5 Prozent auf chinesische Importe, während Deutschland 83 Prozent generiert. Die deutsche Industrie versorgt die Binnenproduktion größtenteils selbst (siehe Sandkamp et al. 2023, S. 5f.).

Werden allerdings ausschließlich Vorleistungen für die heimische Fertigung betrachtet, weist ein deutscher Anteil von nur 37 Prozent daraufhin, dass sie hier stark auf ausländische Inputs angewiesen ist, wenn China auch keine zentrale Rolle spielt (siehe ebd.).

Während die EU im Durchschnitt wie Deutschland ein Prozent der Vorleistungen (Inputs) für seine Endproduktion aus China bezieht, importiert China 1,5 Prozent für seine Fertigungsindustrie aus der EU. Sie ist damit für China die wichtigste Bezugsquelle internationaler Vorleistungen. Chinas Produktion ist mehr auf EU-Importe angewiesen als umgekehrt (siehe Baur/Flach 2022, S. 59).

Ein anderes Bild ergibt sich für Deutschland. Wie in der EU steigerte sich auch in Deutschland nach einem Einbruch infolge der globalen Finanzkrise stetig der Anteil chinesischer Vorleistungs-Inputs für die Weiterverarbeitung.

China verzeichnet einen gegenläufigen Trend. Nach der globalen Finanzkrise nahm der Anteil europäischer und deutscher Vorleistungen in seiner Produktion sukzessive ab. Deutsche Vorprodukte trugen im Jahr 2018 in Chinas Manufaktur mit 0,5 Prozent gesamtwirtschaftlich gesehen um die Hälfte weniger bei als chinesische Vorleistungen für die deutsche Weiterverarbeitung (siehe ebd.).

Die Bedeutung von Absatzmärkten in der jeweiligen Endnachfrage

Bereits 2015 stellte eine Studie der deutschen Bertelsmann Stiftung (siehe Hauschild et al. 2015, S. 23) fest, dass Deutschland eine hohe Abhängigkeit von günstigen chinesischen Konsumgütern verzeichnet.

Der Anteil der chinesischen Importe an der gesamten heimischen Wertschöpfung in der Endnachfrage betrug auch 2018 je nach Berechnungsmethode zwischen 2,2 (siehe Matthes 2022, S. 8) und 2,7 Prozent (siehe Sandkamp et al. 2023, S. 4). Er ist damit beinahe dreimal so hoch wie bei der deutschen Produktion. Umgekehrt liegt die deutsche Wertschöpfung an der gesamten chinesischen Endnachfrage nur bei 0,8 Prozent.

Der Wertschöpfungsanteil deutscher Unternehmen am heimischen Endverbrauch ist wesentlich geringer als der bei der Produktion. 2018 betrug er 73 Prozent. Das deutet darauf hin, dass Deutschland eine nicht unerhebliche Menge an Waren für den Export herstellt. Beinahe ein Drittel der Waren im deutschen Konsum werden durch ausländische Importe gedeckt.

2,7 Prozent der gesamten deutschen Wertschöpfung bei der Endnachfrage fallen auf Exporte nach China. Im EU-Vergleich ist Chinas Bedeutung für den deutschen Absatz damit relativ hoch. Aus chinesischer Perspektive ist die Relevanz des deutschen Absatzmarkts mit einem Wertschöpfungsanteil von 0,6 Prozent erheblich geringer (siehe Matthes 2022, S. 15; Baur/Flach 2022, S. 59; Zenglein 2020, S. 5).

Daraus ergibt sich: Importe aus China sind wesentlich wichtiger für den deutschen Konsum als für die deutsche Produktion. Ein wirtschaftliches Decoupling zwischen Deutschland und China würde gesamtwirtschaftlich betrachtet größere Auswirkungen auf die deutsche Konsument:in und die nachfrageseitige deutsche Wertschöpfung haben als auf die chinesische.

Wie bei Vorleistungen gehen auch bei der Endnachfrage 2018 mit 2,2 Prozent ein geringfügig höherer Anteil der gesamten chinesischen Wertschöpfung beim Absatz auf EU-Importe zurück. Umgekehrt fielen 2,0 Prozent der Wertschöpfung im gesamten Endkonsum der EU auf chinesische Produkte. Die EU schöpft damit zwar geringfügig mehr Wert am chinesischen Absatzmarkt als umgekehrt, ihre Bedeutung ist für Chinas Gesamtwirtschaft aber zurückgegangen. Im Jahr 2007 betrug der Wert-

schöpfungsanteil der EU bei der heimischen chinesischen Endnachfrage noch 4,4 Prozent (siehe Matthes 2022, S. 4 und 8; Baur/Flach 2022, S. 59).

Aus gesamtwirtschaftlicher Wertschöpfungsperspektive, die neben Waren auch Dienstleistungen inkludiert, haben die EU und China eine relativ ausgeglichene Handelsbeziehung miteinander. Bei Endnachfrage und Vorleistungen verzeichnet die EU sogar einen leicht höheren Anteil der Wertschöpfung an der chinesischen Gesamtwirtschaft als umgekehrt. Dem Trend nach konnte aber China seine Bedeutung für die Volkswirtschaft der EU steigern, während umgekehrt der verhältnismäßige Beitrag der EU für die chinesische Volkswirtschaft sinkt.

4.4.5 De-Risking wirtschaftlicher Abhängigkeiten erfordert Berücksichtigung von sozialen Externalitäten und realistischen Alternativen

Eine Studie von Gabriel Felbermayr, Hendrik Mahlkow und Alexander Sandkamp (2023) untersucht mögliche Folgen der Abkopplung der EU und Deutschlands von chinesischen Vorleistungen und Endprodukten. Bei einer solchen Abkopplung würden beide Seiten wirtschaftliche Verluste erleiden, wobei die Kosten für China etwas höher ausfallen würden als für die EU. Deutschland, das stark von chinesischen Produkten abhängt, würde größere Verluste hinnehmen müssen als China.

Eine gemeinsame graduelle Loslösung der USA und der EU von China hätte für letztere deutlich höhere Kosten als für die westlichen Länder. Auf nationaler Ebene wären aber die Verluste für Deutschland und insbesondere osteuropäische Mitgliedsstaaten wesentlich höher. Sie müssten kompensiert werden. Eine kurzfristige Abkopplung würde erhebliche wirtschaftliche Kosten für alle Länder verzeichnen.

Das Modell dieser Autoren geht davon aus, dass andere Länder chinesische Vorleistungen und Endprodukte gänzlich ersetzen könnten. Dies ist jedoch unwahrscheinlich, aufgrund der geografischen Konzentration von Rohstoffen, der nötigen Industrien zu ihrem Abbau und spezifischem Know-how in der Fertigungsindustrie, das erst aufgebaut werden müsste. Schließlich beschränkt ein globaler Wettbewerb um den Zugang zu diesen Ressourcen auch die Alternativen.

Abgesehen von den Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung wären verschiedene Wirtschaftssektoren und Beschäftigte unterschiedlich betroffen. Gesamtwirtschaftliche Berechnungen des Handelsrückgangs vernachlässigen die externen Auswirkungen des Ausfalls chinesischer Waren, wie z. B. den Wegfall bestimmter chinesischer Medi-

zinprodukte mit möglicherweise schwerwiegenden sozialen Konsequenzen.

Im Folgenden betrachten wir daher die Bedeutung chinesischer Wirtschaftsleistungen für einzelne Sektoren und welche Produkte ersetzt werden müssten, und ob sie durch andere Zulieferer kompensiert werden können.

4.4.6 Bedeutung chinesischer Vorleistungen und Endprodukte für einzelne deutsche Wirtschaftssectoren

Die Bedeutung chinesischer Vorleistungen und Endprodukte für verschiedene deutsche Wirtschaftssectoren variiert erheblich. Diese individuellen Abhängigkeiten werden in den obigen makroökonomischen Untersuchungen nicht erfasst. Im folgenden Abschnitt wird diese Lücke geschlossen.

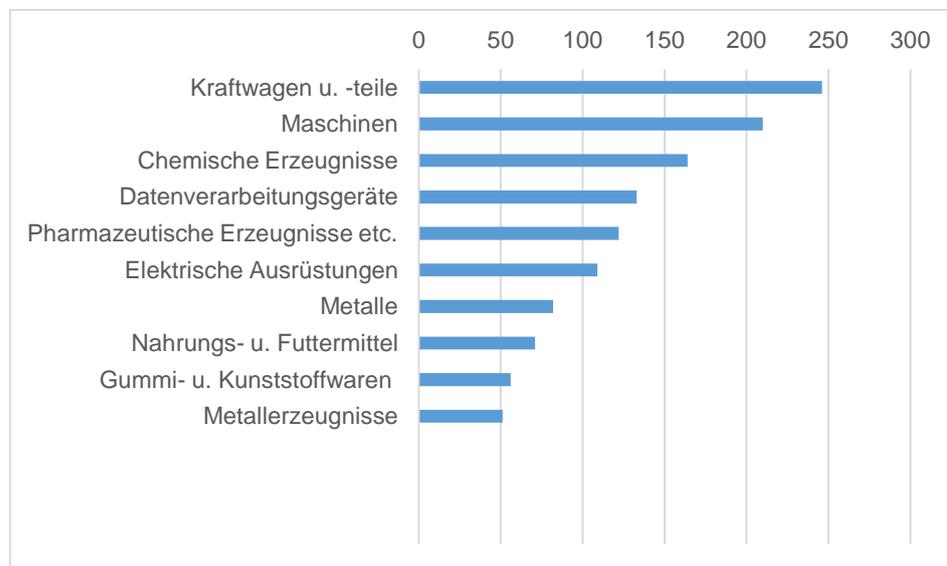
Die wichtigsten deutschen Exportgüter, die das Statistische Bundesamt (2023e) für das Jahr 2022 angibt, sind Kraftwagen und -teile mit einem Exportvolumen von 246 Milliarden Euro. Maschinen liegen mit einem Exportvolumen von 210 Milliarden Euro auf dem zweiten Platz. Ihnen folgen chemische Erzeugnisse, Datenverarbeitungsgeräte (wie Computer), pharmazeutische Erzeugnisse und elektrische Ausrüstungen (siehe Abbildung 15).

Die deutschen Unternehmen, die die wichtigsten Exportwaren produzieren, sind zugleich diejenigen mit der größten inländischen Wertschöpfung. Die Automobilindustrie mit VW, Daimler und BMW führt im Jahr 2018 die Top Ten an (siehe Monopolkommission 2020, S. 80). Im Maschinenbau, Computerbereich, und bei elektrischer Ausrüstung finden sich Bosch und Siemens jeweils auf dem fünften und sechsten Platz. Der Chemie- und Pharmakonzern Bayer ist auf Rang zehn.

Die größten Unternehmen Deutschlands finden sich damit im verarbeitenden Gewerbe. Auch gesamtwirtschaftlich geht 2022 mit 24 Prozent der größte Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung² im Inland auf das produzierende Gewerbe zurück. Demgegenüber sind es im Handel nur 17 Prozent (siehe Statista 2023). Da die deutsche Industrie exportstark ist, ist sie auch insbesondere bei ihrer Wertschöpfung auf Exporte angewiesen. Im Folgenden betrachten wir, wie abhängig welcher Wirtschaftsbereich Deutschlands von China ist.

2 Die Bruttowertschöpfung stellt den Mehrwert dar, den ein Wirtschaftssector im Produktionsprozess zusätzlich generiert. Er ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Verkaufspreis eines Produkts oder einer Dienstleistung und den Kosten für Produktion und Vorleistungen.

Abbildung 15: Wichtigste deutsche Handelswaren im Export (in Milliarden Euro)



Quelle: Statistisches Bundesamt 2023e (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung

Zwei aktuelle Studien, nämlich eine von Alexander Sandkamp et al. (2023) und eine von Berthold Busch, Jürgen Matthes und Samina Sultan (2023), untersuchen die deutschen Wirtschaftszweige mit der größten Abhängigkeit von chinesischen Importen und Exporten. Erstere stützt sich auf die Inter-Country-Input-Output-Tabellen und TIVA-Daten der OECD für das Jahr 2018 und betrachtet sowohl direkte als auch indirekte Wertschöpfung deutscher Importe aus China im Zusammenhang mit Konsum und Produktion (Sandkamp et al. 2023).

Busch, Matthes und Sultan nutzen die Inter-Country-Input-Output-Tabellen „Figaro“ von Eurostat für das Jahr 2020. Ihre Analyse konzentriert sich auf direkt importierte Vorleistungen im verarbeitenden Gewerbe und bezieht zusätzlich deutsche Vorleistungen im Export mit ein (Busch/Matthes/Sultan 2023). Basierend auf ihren Erkenntnissen identifiziert diese Studie im Folgenden die 15 deutschen Wirtschaftszweige mit der größten Abhängigkeit von chinesischen Importen und Exporten.

Abhängigkeit von chinesischen Importen am höchsten im deutschen Konsum von Textilien und Computern

Abbildung 16 veranschaulicht den chinesischen Anteil an der gesamten Wertschöpfung, den diese 15 deutschen Wirtschaftszweige im heimi-

schen Konsum und bei Vorleistungen generieren. Ein erster Blick auf die Abbildung zeigt, dass chinesische Importe in erheblichem Maße in die deutsche Endnachfrage fließen, in der deutschen Produktion sind sie geringer.

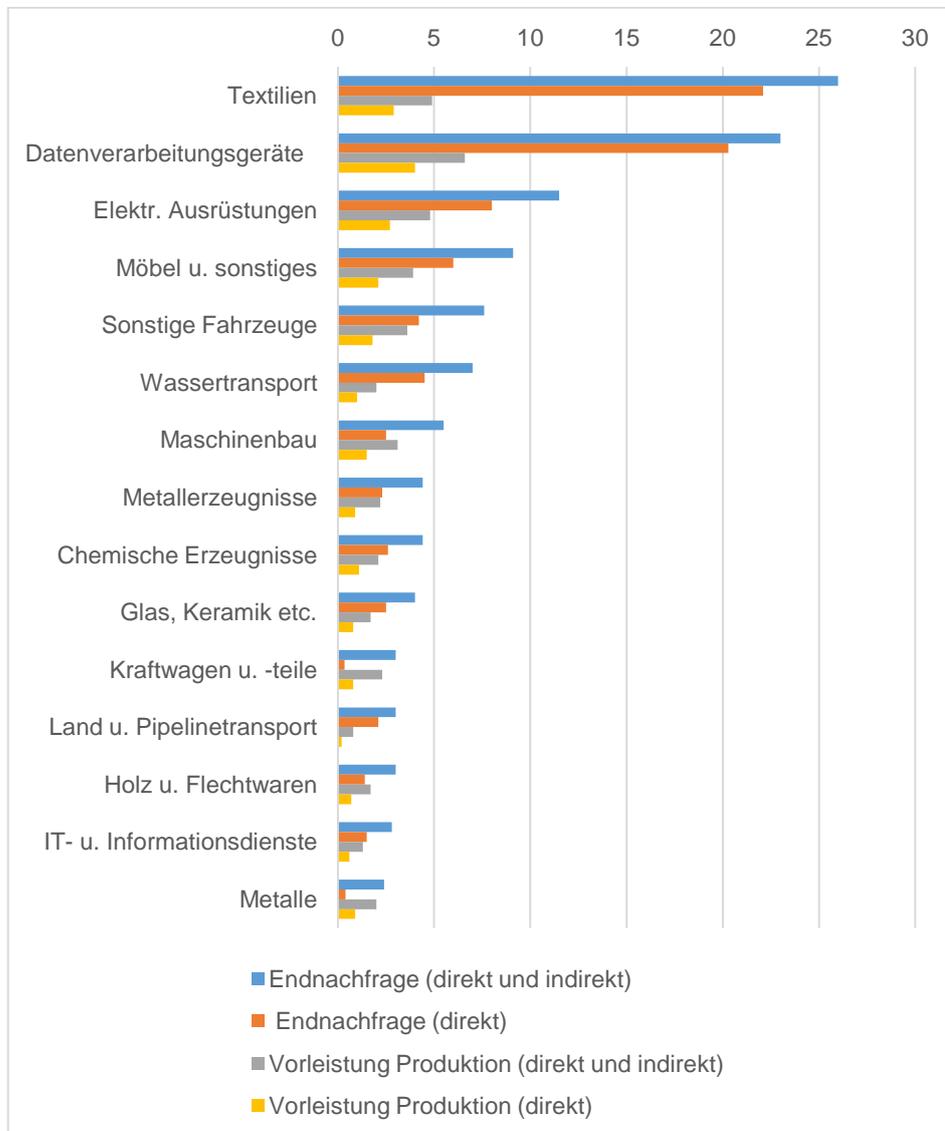
Besonders deutlich ist dies im Endverbraucherhandel mit Textilien, Computern (elektrische und optische Datenverarbeitungsgeräte und Erzeugnisse) und elektrischer Ausrüstung. Hier entfallen jeweils 26, 23 bzw. 12 Prozent der gesamten Wertschöpfung auf chinesische Endprodukte. Die chinesischen Vorleistungen für die deutsche Produktion in diesen Branchen sind vergleichsweise gering, mit 7 Prozent im Computerbereich und jeweils 5 Prozent in der Textilindustrie und bei elektrischer Ausrüstung.

Aus der Perspektive des deutschen Anteils an der heimischen Wertschöpfung zeigt sich eine umgekehrte Dynamik. Insbesondere erzielt die deutsche Industrie höhere Wertschöpfung aus Exporten für die chinesische Weiterverarbeitung als aus Endprodukten für den chinesischen Konsum. Wenn wir uns auf direkte chinesische und deutsche Vorleistungen im verarbeitenden Gewerbe der beiden Volkswirtschaften fokussieren, verschiebt sich das Ranking der abhängigsten deutschen Wirtschaftszweige leicht.

Umsatzstärkste Branchen der deutschen Industrie sind abhängiger vom Export nach, denn Import von Vorleistungen aus China

Abbildung 17 vergleicht die Wertschöpfung bei deutschen Importen aus und Exporten nach China, gemessen als Anteil aller ausländischen Vorleistungen. Diese Darstellung ermöglicht eine grobe Einschätzung des Ersatzes durch alternative Lieferanten und Abnehmer. Abbildung 18 veranschaulicht die Bedeutung von Importen aus und Exporten nach China für die gesamte inländische Wertschöpfung der jeweiligen deutschen Branche.

Abbildung 16: Die 15 abhängigsten Wirtschaftsbranchen von chinesischen Importen (Anteil Wertschöpfung an der heimischen Wirtschaft in Prozent)

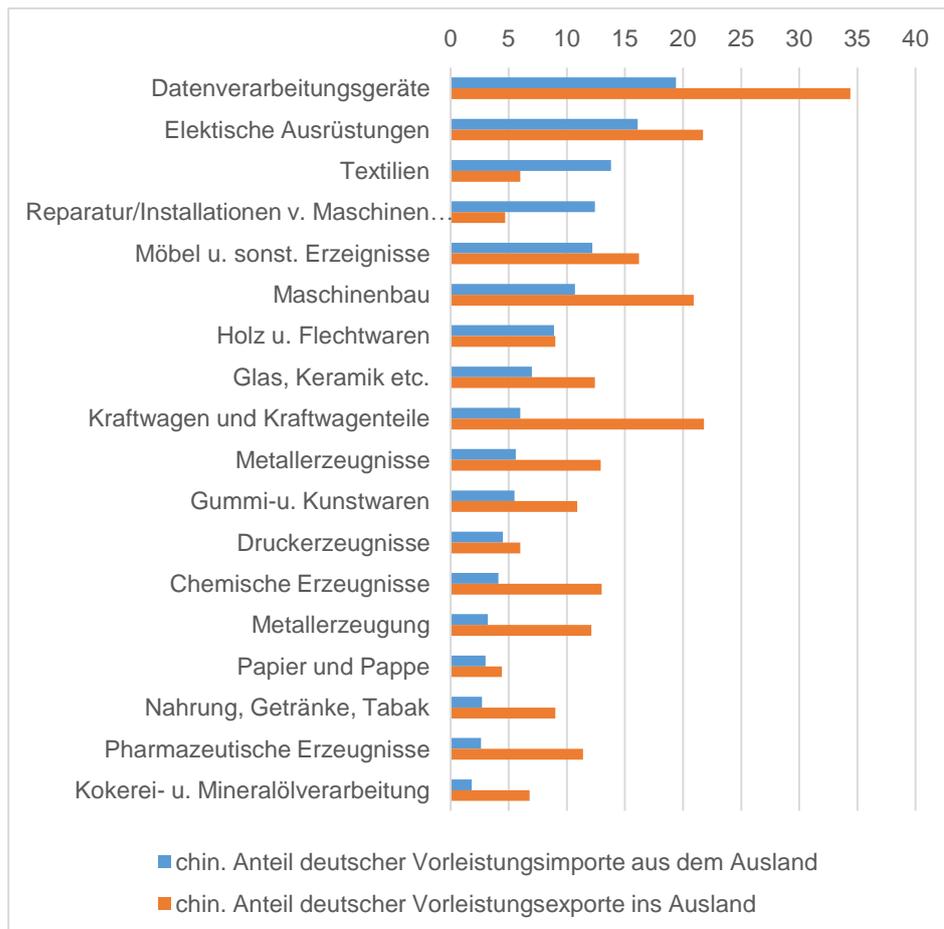


Quelle: Sandkamp et al. 2023, S. 15, eigene Darstellung

Ein grober Überblick verdeutlicht, dass in vielen Wirtschaftszweigen, in denen die deutsche Industrie erhebliche Vorleistungen aus China importiert, sie sogar mehr exportiert. Diese wechselseitige Belieferung innerhalb derselben Wirtschaftsbranche ist ein charakteristisches Merkmal der deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen. Deutschland kommt hier do-

minant die Rolle zu, Chinas Fertigungsindustrie mit Maschinen zu beliefern (vgl. Hauschild et al. 2015, S. 23).

Abbildung 17: Anteil direkter Vorleistungen von und für China der verarbeitenden deutschen Wirtschaftsbranchen am gesamten Ausland (Wertschöpfung in Prozent ohne Endverbrauch)



Quelle: Busch/Matthes/Sultan 2023, eigene Darstellung

Deutsche Industriesektoren mit technologisch anspruchsvollen Vorprodukten schöpfen dadurch hohe Werte aus der Versorgung der chinesischen Produktion. Im Gegenzug bleibt China für die deutsche Manufaktur weiterhin im Import arbeitsintensiver und weniger komplexer Vorleistungen wichtig.

Während Textilien beim deutschen Konsum eine große Rolle spielen, führt die deutsche Computerindustrie (Datenverarbeitungsgeräte) das

Ranking der abhängigsten deutschen verarbeitenden Industrien im Handel mit China an.

Mit über 34 Prozent aller Ausfuhren im Vergleich zu 19 Prozent aller Einfuhren von Vorleistungen ist China für die deutsche Computerindustrie ein bedeutenderer Export- als Importpartner. Dies zeigt sich auch in einem hohen Anteil von 23 Prozent an Wertschöpfung, den die gesamte heimische deutsche Computerindustrie durch Exporte von Vorleistungen nach China generiert.

Dieselbe Dynamik findet sich auch in Deutschlands umsatz- und exportstarken Industrien der elektrischen Ausrüstung, des Maschinenbaus und der Automobilindustrie, die in der Rangfolge folgen. Mit jeweils über einem Fünftel der Exporte von Vorleistungen nach China übersteigen diese Wirtschaftszweige Importe von chinesischen Vorprodukten. Der einzelne Anteil an der gesamten inländischen Wertschöpfung dieser Wirtschaftssektoren liegt zwischen über 8 Prozent in der Automobilindustrie und über 11 Prozent bei elektrischer Ausrüstung.

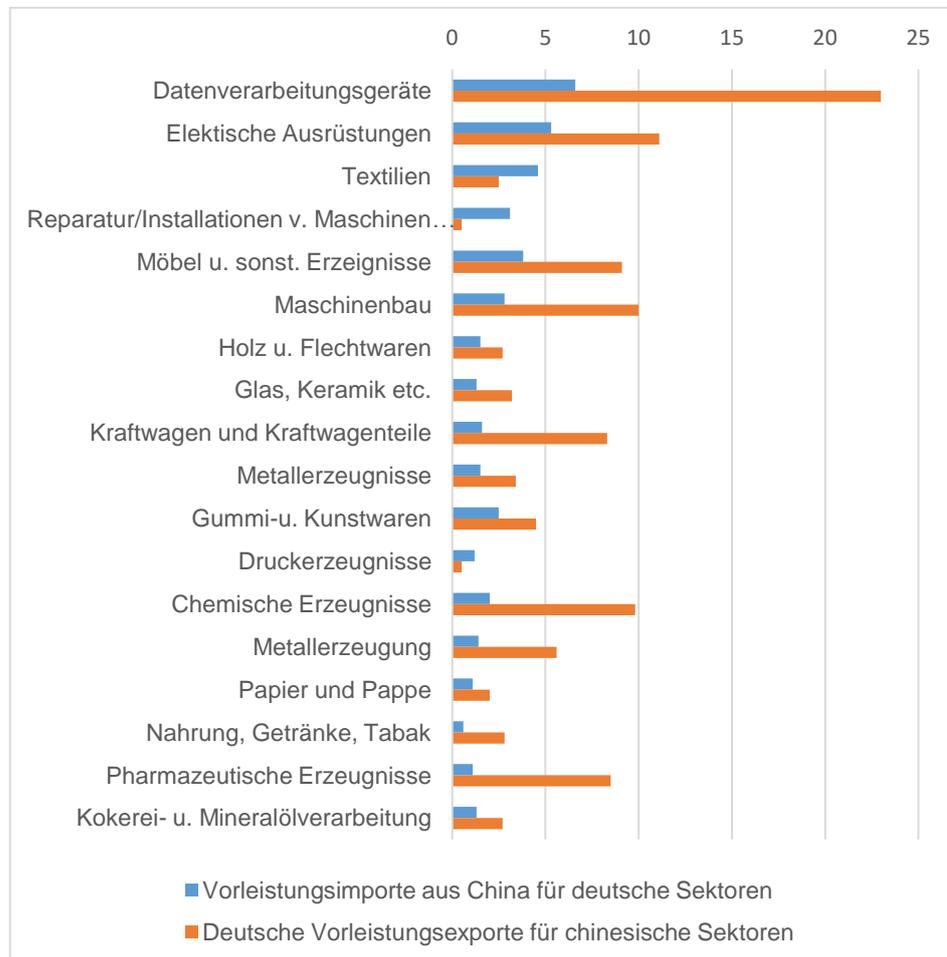
Zwar zeigt eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung (Grimm/Pfaff 2022, S. 6), dass der Input von ausländischen Vorleistungen allgemein für die Autoindustrie am deutschen Standort zugenommen hat, während China mehr auf heimische zurückgreift. Die deutsche Autoindustrie allein exportiert aber nach wie vor mehr als das Dreifache an Vorleistungen nach China, als sie importiert.

Zum Rückgang deutscher Exporte nach China in der Autoindustrie ist wichtig anzumerken, dass insbesondere die deutsche Automobil- und Maschinenbauindustrie in China stark mit eigenen Produktionsstandorten vertreten ist. Hierbei fehlen jedoch Handelsdaten darüber, wie viel chinesische Importe und Exporte auf den Intra-Handel zwischen heimischen und ausländischen Produktionsstandorten zurückgehen.

Zusätzlich zu kostengünstigen Zwischen- und Endprodukten für den deutschen Markt bedienen deutsche Niederlassungen vor Ort die Besonderheiten des chinesischen Marktes besser. Sowohl die Abnahme deutscher Exporte für Chinas Konsum als auch eine stärkere Unabhängigkeit der chinesischen Industrie in den letzten Jahren geht teils auf die lokale Produktion für den lokalen Absatz zurück.

Diese Entwicklung mag die Gewinne deutscher Industrieunternehmen steigern und ist auch ressourcen- und umweltschonender. Sie hat jedoch Auswirkungen auf Arbeitsplätze in Deutschland, insbesondere wenn kostengünstigere Produkte auf den deutschen Markt re-importiert werden. Es soll daher im Folgenden ein genauerer Blick auf die Bedeutung chinesischer Nachfrage und chinesischer Produktionsstandorte für die deutsche Automobilindustrie und den Maschinenbau geworfen werden.

Abbildung 18: Anteil Chinas an direkten Importen und Exporten von Vorleistungen der gesamten inländischen Wertschöpfung einzelner deutscher Sektoren (in Prozent)



Quelle: Busch/Matthes/Sultan 2023, eigene Darstellung

Allgemein übersteigen chinesische Vorleistungsimporte nur in den Wirtschaftssektoren Textilien und Reparatur/Installation von Maschinen die deutschen Exporte in diesen Bereichen. Der heimische Wertschöpfungsanteil, der in diesen Branchen auf China entfällt, ist mit 5 Prozent bzw. 3 Prozent im Vergleich zu den großen deutschen Exportindustrien gering.

Können die wichtigsten chinesischen Vorprodukte für die deutsche Produktion und den Konsum ersetzt werden?

Der Handel der wichtigsten Waren zwischen Deutschland und China ist eng mit gemeinsamen Wertschöpfungsketten verwoben, wie bereits zu-

vor erwähnt wurde. Deutschland leistet vor allem Vorleistungsexporte zur chinesischen Produktion eines Guts, das es dann wiederum als Endprodukt importiert.

Da beide Länder in erster Linie unterschiedliche Produktionsstufen zur Herstellung einer Ware beitragen, haben Importreduzierungen Deutschlands direkte Auswirkungen auf sein Exportvolumen. Eine geringere Nachfrage in Deutschland nach diesen Produkten bedeutet auch einen geringeren Bedarf an deutschen Vorleistungen zur Herstellung dieser Produkte in China.

Somit zeigt sich, dass die deutsche Industrie weniger von Vorprodukten aus China abhängig ist als vielmehr vom Absatz dieser in Chinas Fertigungsprozessen. Die Suche nach neuen Absatzmärkten für beispielsweise 34 Prozent der Exporte der deutschen Computerindustrie außerhalb Chinas wäre eine erhebliche Herausforderung. Dies ist insbesondere deshalb der Fall, da China mittlerweile als dominanter weltweiter Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten fungiert. In anderen Ländern besteht daher bislang weniger Bedarf. Ebenso gestaltet es sich schwierig, Ersatz für das Importvolumen von chinesischen Datenverarbeitungsgeräten für den deutschen Konsum zu finden.

Im Jahr 2021 bezog Deutschland im Bereich der Computerindustrie technische Geräte wie Laptops (über 80 Prozent), Computereinheiten (über 70 Prozent) und Mobiltelefone (beinahe 70 Prozent) hauptsächlich aus China. Das Land ist bei der Produktinnovation als auch Fertigung in diesen Produktparten global konkurrenzlos (Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE 2020, S. 16). Der Importanteil Deutschlands liegt hierbei etwas höher als Chinas gesamter globaler Exportanteil (siehe Sandkamp et al. 2023, S. 7–11).

Taiwan spielt zwar in diesen Bereichen auf dem globalen Absatzmarkt eine kleinere, aber dennoch nicht unbedeutende Rolle, als dies bisher von den Importen in Deutschland genutzt wird. Eine verstärkte Diversifizierung der Zulieferung dieser Produkte durch Taiwan wäre denkbar. Allerdings stellt der drohende militärische Konflikt zwischen Taiwan und dem Festlandchina die Frage in den Raum, ob dadurch das Versorgungsrisiko tatsächlich minimiert werden kann (vgl. ebd.).

Die Abhängigkeit der deutschen Endnachfrage von chinesischen Textilprodukten könnte leicht reduziert werden. Es gestaltet sich einfacher, neue Lieferanten für arbeitsintensive, weniger komplexe Fertigungsprozesse wie die Textilindustrie zu finden als für technologisch anspruchsvollere Produkte. Der Wegfall deutscher Vorleistungen von Maschinen, auch in der Textilindustrie, würde sich wiederum stark auf Chinas eigene Produktionskapazitäten auswirken (vgl. Hauschild et al. 2015, S. 23).

4.4.7 Die Bedeutung chinesischer Nachfrage am Fall der deutschen Automobilindustrie

2022 verkaufte die deutsche Automobilindustrie, wie oben erwähnt, Kraftwagen und Kraftwagenteile im Wert von 246 Milliarden Euro ins Ausland (vgl. Abbildung 14). 77 Prozent der produzierten Pkw waren für den Export bestimmt, ein Anstieg um einen Prozentpunkt im Vergleich zum Vorjahr (VDA 2022, S. 71). Sie ist damit wiederholt Deutschlands größter Exporteur.

Die Abhängigkeit der deutschen Automobilindustrie von internationalen Märkten spiegelt sich auch in ihrer Umsatzverteilung wider. Im Jahr 2021 entfielen 56 Prozent auf den Inlandsmarkt und 46 Prozent auf den Auslandsmarkt. Der Anteil des Umsatzes auf dem Binnenmarkt ist in den letzten Jahren massiv gesunken, während der ausländische wächst, allein im Jahr 2021 um 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Bei der heimischen Autozuliefer-Industrie ist der Umsatz aus ausländischem Absatz noch höher. 51 Prozent stammen aus dem Inland und 49 Prozent aus dem Ausland. Auch hier wachsen die Einnahmen aus ausländischen Absatzmärkten schneller als aus dem inländischen Vertrieb (VDA 2022, S. 72).

2021 wurden 3,1 Millionen Fahrzeuge in Deutschland produziert, über 12,5 Millionen im Ausland (VDA 2023). Die Industrie produzierte damit mittlerweile mehr als drei Viertel ihrer Pkw im Ausland.

China spielt sowohl in der ausländischen Produktion wie im Absatz deutscher Pkw eine entscheidende Rolle. Mit einem Anteil von 45 Prozent der Auslandsfertigung fungiert es als größter ausländischer Produktionsstandort für die Automobilbranche (siehe VDA 2022, S. 68f.). Der chinesische Produktionsstandort wird von der deutschen Automobilindustrie als Export-Hub für seine internationalen Geschäfte aufgebaut (vgl. Sebastian 2022). Dennoch ging die deutsche Pkw-Produktion in China im Jahre 2021 um 11 Prozent auf rund 4,4 Millionen Einheiten zurück, in Europa um 2 Prozent auf abgerundet 3 Millionen (siehe VDA 2022, S. 68).

Gleichzeitig ist China der größte Absatzmarkt für Pkw. Knapp 30 Prozent aller Autos weltweit werden in China verkauft, Tendenz steigend (siehe VDA 2022, S. 53). Mit 4,3 Millionen verkauften deutschen Autos 2021 geht ein Fünftel des gesamten chinesischen Marktanteils auf deutsche Automobilhersteller zurück. 2020 betrug er aber noch knapp ein Viertel. Im Vergleich dazu wurden in Deutschland 2022 1,8 Millionen Pkw heimischer Marken verkauft (siehe VDA o.J. a). Recherchen, wie hoch der chinesische Anteil am gesamten nationalen und internationalen Absatz der deutschen Autoindustrie ist, verliefen ergebnislos.

Nicht nur die Produktionskapazitätseinbußen infolge der Pandemie-maßnahmen, sondern auch die steigende Nachfrage nach elektro-betriebenen Fahrzeugen führten zu einem Rückgang der deutschen Anteile am chinesischen Automarkt. Nur 6,5 Prozent der gesamten verkauften E-Autos, Tendenz fallend, stammen von deutschen Automobilherstellern (siehe VDA 2022, S. 53).

Die deutsche Automobilindustrie stieg spät in die Entwicklung und Fertigung von E-Autos ein. Chinas heimische Batteriehersteller für Autos investierten hingegen auch motiviert durch staatliche Förderungen frühzeitig in F&E.

Zusätzlich haben die deutschen Hersteller verabsäumt, die chinesische Nachfrage nach smarten, also technisch mit individuellen Präferenzen hochgradig vernetzten Autos der jungen Generation zu bedenken. Tesla und chinesische Automarken bedienen die Vorlieben der lokalen Kunden treffsicherer (vgl. Sebastian 2022).

Heute dominiert China die globalen Wertschöpfungsketten im E-Automobilsektor. Das gelang ihm auch durch seine Lokalisierungsstrategie, ausländische Unternehmen in Schlüsselsektoren der „Made in China 2025“-Industriepolitik im Inland zu halten. Unter dem Motto einer „autonomen und kontrollierbaren Fertigungsindustrie“ (制造业自主可控) sucht die Politik, industrielle Wertschöpfungsketten gesamtheitlich im Binnenland zu etablieren und unabhängiger vom Druck auf niedrige Arbeitskosten und Politik des Auslands zu machen. Gleichzeitig stärkt sie damit die staatliche Einfluss-sphäre auf die Entwicklung der heimischen Industrie (vgl. Jungbluth et al. 2023, S. 34 f.).

China lockt mit einer staatlich geförderten Innovationsumgebung und den fortschrittlichsten elektrischen Autobatterieherstellern auch deutsche Direktinvestitionen in der Automobilindustrie an. Gleichzeitig erhöhen Chinas Fortschritte in der Elektromobilität den Wettbewerbsdruck auf deutsche Hersteller. Der chinesische Auto-Marktanteil seiner heimischen E-Auto-Produzierenden ist in den letzten Jahren massiv gestiegen.

Die starke Marktposition deutscher Automobilhersteller erfährt dadurch eine sukzessive Schwächung. Deutsche Unternehmen geraten unter Druck, mit den chinesischen Herstellern im E-Auto-Sektor national wie global mithalten (Sebastian 2022, Jungbluth et al. 2023, S. 31–33).

Gleichzeitig profitieren auch deutsche Hersteller von staatlichen Subventionen und Technologietransfers durch Kooperationen mit chinesischen Unternehmen bei F&E. Mit der Elektromobilität hat sich die Richtung des Wissensaustausches umgedreht.

Im untenstehenden Kapitel zu ausländischen Direktinvestitionen wird ein genauerer Blick auf die Rolle Chinas für die deutsche Automobilindustrie geworfen.

Vor-Ort-Produktion reduziert Herstellung für Exporte aus Deutschland: Deutsche Arbeitsplätze gehen zurück

Der Trend der deutschen Vor-Ort Produktion im Ausland wirkt sich negativ auf deutsche Exporte aus. Die deutsche Vor-Ort-Fertigung beliefert lokale ausländische Märkte mittlerweile mit vier Mal mehr Fahrzeugen als aus Deutschland exportiert werden (VDA 2022, S. 70).

Europa ist zwar weiterhin der größte Absatzmarkt für deutsche Exporte, hat aber allein 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 18 Prozent auf 1,3 Millionen Pkw eingebüßt.

Die zweitgrößte Exportregion Asien verzeichnete insgesamt im selben Vergleichszeitraum mit 587.000 Fahrzeugen ein leichtes Plus von einem Prozent. Unter den asiatischen Ländern stieg der Export nach China mit sechs Prozent Plus am stärksten an.

Im drittgrößten Absatzmarkt auf dem Kontinent Amerika verzeichnete die deutsche Automobilindustrie mit Exporten von 378.000 Pkw ein Plus von drei Prozent. Allerdings sank sie in den Vereinigten Staaten um ein Prozent. Aufgrund der Vor-Ort-Produktion in den USA nahmen die deutschen Exporte in die Vereinigten Staaten verglichen mit 2015 um mehr als die Hälfte ab.

Die Verlagerung der Produktion ins Ausland beeinflusst nicht nur die Exporte, sondern auch die Beschäftigungszahlen in der deutschen Automobilindustrie. Mitte des Jahres 2021 waren rund drei Prozent weniger Arbeitnehmer:innen in der Zulieferindustrie beschäftigt als 2020 (VDA 2022, S. 127). Im Vergleich zum Rekordjahr 2018 hat die Zahl der Arbeitsplätze 2022 im deutschen Automobilsektor insgesamt um beinahe 59.600 abgenommen (VDA o. J. b).

Die deutschen Automobilzulieferer verzeichneten zwar 2021 einen Umsatz von rund 80 Milliarden Euro, ein Plus von 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr, bauten aber allein im Jahre 2022 17.000 Stellen ab (ebd.). Der VDA bezieht diesen Beschäftigungsrückgang auf Veränderungen hin zu mehr elektrobetriebenen Fahrzeugen und auf zu hohe Arbeitskosten in Deutschland (VDA 2022, S. 68 und S. 75).

Über 90 Prozent der in China verkauften deutschen Autos werden allerdings schon heute „local for local“ produziert. Am chinesischen Absatzmarkt hängen also direkt mehr chinesische als deutsche Arbeitsplätze (Dittmer 2022). Wie viele kostengünstiger in China hergestellte deutsche Automarken auf dem deutschen und globalen Markt importiert werden, darüber gibt es keine offiziellen Zahlen. Produziert die deutsche Automobilindustrie als größte nationale Exportbranche aber seine Ausfuhrwaren weiterhin und zunehmend im Ausland, nimmt die deutsche Industriebasis keinen Anteil an Produktionssteigerungen.

Gesamtwirtschaftlich betrachtet hat der Trend der deutschen Automobilindustrie zur Vor-Ort-Produktion im Ausland und insbesondere in China einen langfristigen Rückgang von Investitionen und Arbeitsplätzen sowie Druck auf Löhne am deutschen Standort zur Folge. Vor diesem Hintergrund sieht Gregor Sebastian (2022) die deutsche Regierung ihre „Automobil-Außenpolitik“ hinterfragen. Auch aus gewerkschaftlicher Perspektive stellt sich die Frage, wie die Vorteile der Arbeitnehmer:innen vor diesen Entwicklungen zu bewerten sind.

Was die Profitabilität der deutschen Automobilindustrie steigert, fließt nicht zwangsläufig in die deutsche Wirtschaft zurück. Um Risiken zu minimieren, plant die deutsche Autoindustrie, ihr Chinageschäft vom deutschen Standort abzukoppeln. Bisher zeigen sich aber keine Tendenzen, dass sie dabei ihre Produktion wieder stärker nach Deutschland zurückverlagern will (Heymann 2021, S. 5 f.).

Produktionsstätten vor Ort in Deutschland, die von ausländischen Automobilherstellern betrieben werden – darunter auch chinesische Unternehmen mit Blick auf Elektrofahrzeuge –, um den spezifischen Anforderungen der deutschen Verbraucher gerecht zu werden, könnten ihrerseits wieder zu einer Erhöhung der Beschäftigung in dieser Branche führen und durch Konkurrenz Anreize für verstärkte Investitionen am deutschen Standort schaffen. „Local for local“-Produktion im jeweils anderen Land hat auch den Vorteil, Ressourcen zu schonen und zu einer klimaneutralen heimischen Industrie beizutragen.

Die Gewerkschaften sind gefragt, Ausbildungsprogramme für Fachkräfte mit dem nötigen Know-how in den neuen aufstrebenden Industrien mitzugestalten. Zugleich bedarf es solider Tarifverträge, damit höherer globaler und nationaler Wettbewerb nicht zu Lasten von Arbeitsbedingungen und Löhnen geht.

4.4.8 Die Bedeutung chinesischer Nachfrage am Fall der deutschen Industrie des Maschinenbaus

Deutschlands zweitgrößter Exporteur ist der Maschinenbau. 2022 erzielte die Branche ein Exportvolumen von 210 Milliarden Euro. Auf sie folgt mit einem Exportwert von 164 Milliarden Euro die Chemieindustrie.

2021 lag der Exportanteil an der heimischen Produktion des Maschinenbaus bei 82 Prozent, damit höher als der der Automobilindustrie. Im internationalen Vergleich fällt die Exportquote der Maschinenbauindustrie aller Mitgliedstaaten der EU 27 gemeinsam mit 35 Prozent wesentlich niedriger aus. Komplementär zur deutschen Produktion, die größtenteils für den Export bestimmt ist, wird die heimische Nachfrage durch auslän-

dische Importe ergänzt. Dies wird auch durch eine Importquote von 68 Prozent im Jahr 2022 deutlich (Wiechers/Scholl/Paul 2022, S. 15).

Innerhalb der Branche verzeichnet die Werkzeugmaschinenherstellung einen etwas niedrigeren Exportanteil von 68 Prozent ihrer Produktion. Wobei China mit einem Anteil von 18 Prozent am gesamten deutschen Exportabsatz von Werkzeugmaschinen nach wie vor der bedeutendste ausländische Absatzmarkt ist (VDW 2023, S. 13 f.).

Während die Nachfrage aus China stagnierte, führten politische Maßnahmen der Vereinigten Staaten zum „Reshoring“ der Produktion ins eigene Land zu einem Rekordanstieg an amerikanischen Aufträgen für die deutsche Werkzeugmaschinenherstellung. Das Wachstum der stark exportabhängigen Branche ist aber eng an die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung vor allem Chinas aber auch Asiens insgesamt gebunden.

Chinas rascher Aufstieg in den technologisch herausfordernden Branchen in den letzten Jahren ist bemerkenswert. Auch im Maschinenbau ist China mittlerweile der größte Produzent und Exporteur weltweit. Im Jahr 2021 gingen mehr als ein Drittel des globalen Produktionswertes von geschätzt drei Billionen Euro auf das Land der Mitte zurück, gefolgt von den USA mit einem kleinen Vorsprung vor Deutschland (Wiechers/Scholl/Paul 2022, S. 37). Für die EU ist Deutschland weiterhin der größte Anbieter von Maschinenbauprodukten, China der größte ausländische (Wiechers/Scholl/Paul 2022, S. 12).

Werden die nationalen Exporte in diesem Sektor weltweit verglichen, konnte China erst 2020 mit schnellerem Hochfahren seiner durch Pandemiemaßnahmen beschränkten Produktion und Lieferfähigkeit den deutschen Exportweltmeister in der Branche knapp überholen. In diesem Jahr fielen 15,6 Prozent des weltweiten Exports auf China, 15,4 Prozent auf Deutschland (Wiechers/Scholl/Paul 2022, S. 32).

Wie in der Automobilindustrie haben auch deutsche Unternehmen im Maschinenbau vermehrt Produktionsstätten in China etabliert. Die genaue Anzahl dieser Standorte und ihr Beitrag zum chinesischen Verbrauch, zu deutschen Importen und weltweiten Exporten ist nicht vollständig transparent. Dennoch lässt sich die Bedeutung deutscher Auslandsproduktion in China indirekt einschätzen.

900 von den insgesamt 3700 Mitgliedern des industriellen Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) betreiben Standorte in China (Gusbeth 2023). Die IG Metall (2016, S. 29) beruft sich in ihrem Bericht zu „Chinas Maschinen- und Anlagenbau“ auf Umfragen des VDMA, bei denen 45 Prozent der deutschen Maschinenbauer in China investieren. Die Außenwirtschaftsagentur der Bundesrepublik, Deutschland German Trade and Invest, geht davon aus, dass jede dritte produ-

zierte Maschine in China auf ausländische Investitionen zurückgeht (Viklenko 2022).

Allerdings kommen aktuellere Umfragen des VDMA zum Ergebnis, dass deutsche Maschinenbauer in China aufgrund der geopolitischen Spannungen und zunehmender „Buy local“-Forderungen der Lokalregierungen stärker in die USA und Indien investieren wollen (vgl. ebd.; Factory 2023).

In den letzten Jahren ist auch im deutschen Maschinenbau ein Rückgang der Arbeitsplätze zu beobachten. Nach einem deutlichen Einbruch in den 1990er Jahren nahmen die Beschäftigungszahlen allmählich bis 2018 auf etwas über eine Million zu. Im Dezember 2022 waren es jedoch nur noch 950.000 Arbeitnehmer:innen in der Branche. (Statistisches Bundesamt 2023d)

Die Industriepolitik Chinas birgt auch Vorteile für die deutsche Industrie

Amerikas „Reshoring“-Politik hat positive Auswirkungen auf die deutsche Auftragslage in der Maschinenwerkzeugherstellung. Der Aufbau nationaler Fertigungskompetenzen auch in China löst einen erhöhten Bedarf nach qualitativen und technologisch fortschrittlichen Maschinen aus, die das Land noch nicht selbst produzieren kann. Baut die deutsche Maschinenbauindustrie ihren technologischen Vorsprung weiter aus, kann sie von nationalen wie internationalen Modernisierungsbestrebungen der Industrie profitieren.

Der VDMA betont, dass die deutsche Binnenwirtschaft allein nicht ausreicht, um das Wachstum in der Maschinenbauindustrie anzutreiben. Ein Drittel der deutschen Maschinenbauer bewertet Chinas „Made in China 2025“-Strategie positiv, da sie die Modernisierung der großen lokalen Produktionsstätten fördert und den Bedarf an intelligenten Fertigungssystemen steigert.

Zeitigte die chinesische Strategie bei Technologiefortschritten bei Antriebsbatterien, Energietechnik oder Elektroautos Erfolge, blieben sie in Bereichen wie Halbleitern und Medizintechnik bislang aus (Swissmem/VDMA 2021, S. 2). China macht dem deutschen Maschinenbau nur begrenzt Konkurrenz und lässt Spielraum für Spezialisierung.

Der VDMA (2022, S. 2 und S. 4) befürwortet weiterhin staatliche Unterstützung für die Expansion des deutschen Maschinenbaus in China und eine Offenheit für chinesische Investitionen in Deutschland, solange kritische Infrastrukturen nicht unmittelbar beeinträchtigt werden. Wie der VDA sieht auch der VDMA die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands durch hohe Inlandsarbeitskosten gefährdet und appelliert für staatliche Maßnah-

men zur Senkung von Steuern, Flexibilisierung von Löhnen und Arbeitsverträgen und Förderungen der Automatisierung (VDMA 2022, S. 6f.).

Bereits 2016 stellte die IG Metall in einer Studie fest, dass chinesische Beteiligungen und Übernahmen im Maschinenbau durchaus vorteilhaft für die Arbeitnehmer:innen waren. Ähnlich wie deutsche Unternehmen mit Standorten in China streben sie nach Integration in den lokalen Markt und anvisieren Technologietransfers. Unter Einhaltung angemessener Regulierungen und Berücksichtigung der Arbeitnehmer:inneninteressen könnte die staatliche Förderung von Chinas Auslandsinvestitionen sich gesamtwirtschaftlich positiv auf den deutschen Produktionsstandort auswirken.

4.5 Wie kritisch sind ADI nach und aus China für den Wirtschaftsraum Europa?

Die Öffnung der chinesischen Wirtschaft zur Welt sah die politische Elite Chinas als Möglichkeit, um Wissen, neue Technologie und Kapital ins Land zu holen. Dafür sind ausländische Direktinvestitionen (ADI) eine wichtige Quelle. Um Technologie- und Wissenstransfer zu garantieren, erlaubten chinesische Gesetze zu Beginn ausländische Direktinvestitionen nur in Jointventures mit Unternehmen mit einer chinesischen Eigentümer:in. Ausnahmen bildeten die Sonderwirtschaftszonen. Erst 1996 wurde das gesamte Land für Unternehmen mit gänzlicher ausländischer Eigentümerschaft geöffnet (Tseng/Zebregs 2002, S. 6 und 11).

Mit der oben erwähnten chinesischen Strategie von „Going Out“ zielt die Regierung auf ergänzenden Technologie- und Wissenstransfer und auf verbesserten Marktzugang durch inländische Kapitalbeteiligungen und lokale Produktionsstätten im Ausland ab. Insbesondere internationale Investitionen in Schlüsselsektoren der „Made in China 2025“- Strategie sollen China in seiner Entwicklung zu einem der technologisch führenden Produktionsländer unterstützen.

Mit seiner Strategie der Belt-and-Road-Initiative (BRI) im Rahmen der „Neuen Seidenstraße“ vergibt das Land hauptsächlich Investitionskredite in Infrastrukturprojekte. Durch den Aufbau von Handelsrouten verstärkt das Land seine Vernetzung mit Wirtschaftspartnern vor allem in seiner Region, aber auch in Afrika und Europa. Mittlerweile ist China der größte Kreditgeber der Welt. Im globalen Süden nimmt es eine unangefochtene Position ein (siehe Brautigam/Huang 2023, S. 2 und 22).

In der Einleitung wurde bereits auf die Absicherung des Zugangs zu wichtigen Rohstoffen durch die BRI in Entwicklungsländern hingewiesen. Das an Bestand bzw. Abbau von Rohstoffen arme Europa plant für seine

eigene grüne Transformation mehr alternative Ressourcen zu importieren. Dabei gerät die EU mit China in einen Konkurrenzkampf um Rohstoffe in Entwicklungsländern.

Im vergangenen Jahrzehnt nahmen ADI Chinas im Ausland massiv zu. Das Land nimmt dabei eine historische Sonderrolle ein. Es ist das erste Entwicklungsland, das nicht nur aus etablierten Industriestaaten Investitionen empfängt, sondern auch selbst Kapital in sie investiert. Als ausländischer Direktinvestor in Länder des globalen Nordens wie Südens tritt China auch zunehmend in Konkurrenz mit den USA und der EU um wirtschaftspolitischen Machteinfluss im Inland und Ausland.

Vor dem Hintergrund von Chinas wirtschafts- und geopolitischer Machtzunahme stoßen sowohl deutsche Direktinvestitionen in China als auch umgekehrt chinesisches Kapital, das in den deutschen Standort fließt, auf Skepsis in der Politik und Gesellschaft.

Unbehagen löst aus, dass deutsche Finanzströme in das ostasiatische Land seinen technologischen Fortschritt und damit seine Unabhängigkeit von und seine Konkurrenzfähigkeit mit der EU finanzieren könnten. Ausländische Beteiligung an und Lokalisierung von Produktionsstätten erzielen kurzfristige Gewinne, riskieren aber durch Technologietransfers die eigenhändige Heranzucht der Konkurrenz von morgen.

So lagern deutsche Automobilhersteller ihre zukunftsgerichteten Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten im Bereich Elektromobilität, Software und autonomes Fahren mit hoher Wertschöpfung zunehmend nach China aus. VW, BMW und Daimler haben mittlerweile eigene Zentren und Kooperationen mit chinesischen Unternehmen für F&E etabliert. Sie setzen auf deutsche Direktinvestitionen in Chinas Elektromobilitäts-Sektor (vgl. Sebastian 2022). Das spart Kosten und erleichtert den Zugang zu F&E auf dem neuesten Stand. Andererseits erhöht dies die Abhängigkeit der deutschen Automobilindustrie von chinesischen Wertschöpfungsketten im E-Automobil-Sektor.

Wie bereits erwähnt, ist dabei auch zu befürchten, dass deutsche und europäische Unternehmen staatliche Subventionen Chinas nutzen, um dort lokal kostengünstiger hergestellte Produkte in die EU und nach Deutschland zu exportieren. Das könnte die Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze des deutschen und europäischen Produktionsstandorts gefährden.

Gleichzeitig bergen die geopolitischen Spannungen mit China hohe Risiken, dass staatliche Beschränkungen Kapitalrückflüsse oder Exporte hemmen. Negative Auswirkungen auf die Profitabilität und Produktionskapazität der Tochterunternehmen im Ausland hätten zumindest kurzfristig Konsequenzen für die großen europäischen und deutschen Mutterun-

ternehmen und für ihren heimischen Standort (vgl. Jungbluth et al. 2023, S. 17).

Umgekehrt lösen auch chinesische Investitionen in Deutschland und in der EU Unbehagen aus. Die Übernahme des deutschen Industrie-Roboterherstellers Kuka durch die chinesische Midea Group war aufgrund des Zugriffs auf deutsche Hochtechnologie und von ungleichen Marktzugangsbedingungen umstritten (siehe FAZ 2016). Kritische Stimmen sehen Chinas Beteiligungen und Übernahmen als Einfallstor für politische Einflussnahme der stärker staatlich gelenkten chinesischen Volkswirtschaft im Ausland.

Die EU ergreift, wie oben erwähnt, Maßnahmen, die chinesische ADI in heimische Märkte beschränken oder blockieren. Kritische Infrastrukturen sollen vor chinesischem Einfluss geschützt werden. Der Fall des Hamburger Hafens zeigt jedoch, dass es dafür keine klaren Kriterien gibt.

Im Folgenden werden empirische Daten zu den Finanzströmen zwischen Deutschland und der EU mit China herangezogen, um die reale Basis dieser Befürchtungen zu überprüfen.

Ausländische Direktinvestitionen

Ausländische Direktinvestitionen (ADI) bezeichnen Kapitalinvestitionen, die von einer ausländischen Entität, sei es ein Unternehmen oder eine Einzelperson, in einem anderen Land getätigt werden. Diese Investitionen umfassen den Erwerb von Unternehmensbeteiligungen (Aktien), Immobilien, Zweigniederlassungen, Produktionsstätten oder anderen langfristigen Vermögenswerten in einem ausländischen Staat. Im Kern zielen ADI darauf ab, eine bedeutende Einflussnahme oder Kontrolle über die betreffende ausländische Geschäftstätigkeit zu erlangen (vgl. Weltbank, o. J. b).

Gemessen werden sie in gängigen Außenhandelsstatistiken ab einem Beteiligungswert von zehn Prozent, der von einer ausländischen Entität in ein Land fließt. Erst ab dieser Grenze kann von einem Einfluss auf das Management eines Unternehmens ausgegangen werden.

ADI können in Form von direkten Beteiligungen, wie z. B. Fusionen und Übernahmen (Mergers & Acquisitions, M&A) oder Joint Ventures, bei denen zwei oder mehr Unternehmen gemeinsam eine neue Unternehmenseinheit gründen, erfolgen. Eine weitere Form sind Greenfield Investments, wobei ein ausländisches Unternehmen eine neue lokale Tochtergesellschaft oder einen Produktionsstandort errichtet, meist um den lokalen Markt zu bedienen.

Diese Investitionen dienen dazu, von Vorteilen ausländischer Märkte, Policies, Ressourcen oder Technologien zu profitieren. Sie

können dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen, Wissen und Technologien zu übertragen, lokale Wirtschaften zu stärken und den internationalen Handel zu vergrößern.
(vgl. Deutsche Bundesbank 2023, S. 125; Weltbank, o. J.)

4.6 Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen in China

Der Zufluss von ADI wird in China bis heute strategisch in Wirtschaftsbe-
reiche gelenkt, die die nationalen wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele
fördern. Mit Kategorien, in denen Auslandsinvestitionen entweder geför-
dert, erlaubt, eingeschränkt oder verboten sind (Nationale Planungskom-
mission / Nationale Wirtschaftshandelskommission / Nationales Außen-
handelsbüro der VR China 1995; Staatsrat 2002, Verordnung Nr. 346),
steuert die Regierung Fremdkapital vor allem in den Transfer neuer Tech-
nologien und zur Entwicklung Chinas wirtschaftlich abgehängter zentraler
und westlicher Regionen.

Beschränkt sind sie u. a. in Industrien, in denen staatliche Unterneh-
men dominieren, und verboten bei Gefährdung der nationalen Sicherheit
und Umwelt sowie in Fällen knapper Bodenschätze. Die Nationale Ent-
wicklungs- und Reformkommission als auch andere relevante Abteilun-
gen des Staatsrates veröffentlichen regelmäßig ein Update der Negativ-
und Förderliste für Auslandsinvestitionen, um sie an gegenwärtigen Wirt-
schaftsstrategien auszurichten.

Bei westlichen Regierungen und Unternehmen führen Auflagen für
Technologietransfers, der schwache Schutz von geistigen Eigentums-
rechten und die geopolitischen Spannungen mittlerweile zu Unsicherhei-
ten, ob die Nachteile, in China zu investieren, die Vorteile überwiegen
(siehe Kapitel 1 und 2; vgl. Jungbluth et al. 2023, S. 32).

China reagiert mit Aufweichungen der Beschränkungen von Auslands-
investitionen und einer Stärkung ihres Rechtsschutzes. Gleichbehand-
lung von ausländischen und inländischen Investoren (Nationaler Volks-
kongress 2019) ist gesetzlich mittlerweile auch bei der öffentlichen Be-
schaffung verankert (Staatsrat 2019, Verordnung Nr. 723). Gleichzeitig
werden die Verbote und Beschränkungen für Auslandsinvestitionen zu-
rückgeschraubt. Zwischen 2017 und 2021 wurden die Sektoren, für die
sie gelten, mehr als halbiert. Insbesondere ausländische Investoren im
Automobilsektor konnten von Lockerungen profitieren (siehe Jungbluth
et al. 2023, S. 33)

China bewegt sich auf Forderungen der EU zu, ausländische Unter-
nehmen insbesondere im öffentlichen Beschaffungssektor gleichzustel-

len. Damit hofft das Land, weiterhin Investitionen ausländischer Unternehmen anzulocken, die ihr Know-how auch bei der Schulung der chinesischen Zuliefernden und Ausbildung von Fachkräften einsetzen (vgl. ebd.; Wübbecke 2015).

Während China seinen Markt formell für ausländische Investoren öffnet, werden Marktbeschränkungen durch die Hintertür wieder eingeführt. Unternehmen, deren Leistungen wenig zu Chinas wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen beitragen, finden es zunehmend schwer, rasch Marktlicenzen zu erhalten (siehe Jungbluth et al. 2023, S. 33).

Lenkung ausländischer Direktinvestitionen in die Entwicklung von chinesischen Schlüsseltechnologien

Die oben erwähnte „Bringing In“-Strategie Chinas lenkt bewusst ausländische Direktinvestitionen in wirtschaftspolitische Ziele. In Verbindung mit der „Made in China 2025“-Strategie zielt sie darauf ab, kurz- und mittelfristig finanzielle Mittel ins Land zu ziehen und dort zu halten. Dies soll die nationale Entwicklung von intelligenten Fertigungssystemen und industriellen Innovationen in Schlüsselbereichen wie Informationstechnologien, Werkzeugmaschinen, Robotik, erneuerbaren Energien und alternativen Antrieben für Fahrzeuge vorantreiben.

China sucht, ausländische, kapitalstarke Unternehmen mit technologischer Produktions-Expertise anzuziehen und im Inland zu halten, um den Fortschritt seiner eigenen Industrien zu fördern. Dabei setzt die Regierung auf etablierte staatliche Subventionsmaßnahmen (siehe Kapitel 3). Sie gewährt Steuerabschreibungen bis zu 100 Prozent und individuelle Mietminderungen für Investitionen in F&E. Lokalregierungen locken mit Zuschüssen von bis zu 30 Prozent für Kapital, das in die F&E von Schlüsseltechnologien fließt (siehe Jungbluth et al. 2023, S. 31–32).

Langfristig will China durch diese Strategie stärker auf inländische Produktion setzen und mit technologisch fortschrittlichen, qualitativen Produkten den Aufstieg in globalen Wertschöpfungsketten schaffen. Damit könnte das Wirtschaftsmodell Chinas unabhängiger von Importen und Exporten werden und seinen Binnenkonsum als Hauptantrieb für das Wirtschaftswachstum stärken. Wie in der EU und den USA würde Chinas Wirtschaft damit unabhängiger von anderen Volkswirtschaften und geopolitischen Spannungen sein.

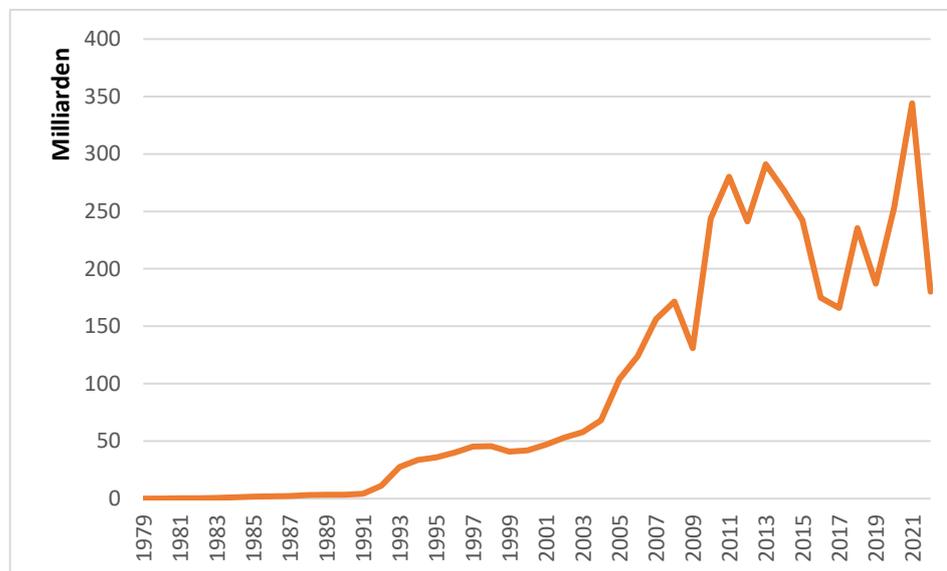
Wie groß ist die Attraktivität Chinas für ADI? Die nachstehende Analyse beleuchtet die zeitliche Entwicklung von ausländischen Kapitalzuflüssen im Zeitraum von 1979 bis 2022 (Abbildung 19) im internationalen Vergleich (Abbildung 20).

1979 zieht die Öffnung von Chinas Märkten für die Welt nur 80.000 US-Dollar aus dem Ausland an. Während der 1990er Jahre und insbe-

sondere nach Chinas Beitritt zur WTO kam es zu einem auffälligen Anstieg, der jedoch seit der Finanzkrise von Rückschlägen begleitet war. Im Jahr 2021 erreichten die ADI mit 344 Milliarden US-Dollar einen Gipfelpunkt, der auf ein Erholungsjahr nach dem Ausbruch der ersten Corona-Welle zurückzuführen ist. Hingegen sanken die Investitionen im Jahr 2022 wieder auf 180 Milliarden US-Dollar.

Im internationalen Vergleich (Abbildung 20) zeigt sich, dass Chinas Anteil an den weltweiten Nettozuflüssen von ADI³ im Zeitraum von 2000 bis 2013 von 3 auf 13 Prozent deutlich anstieg. Seit 2015 jedoch ist eine hohe Schwankungsbreite zu beobachten.

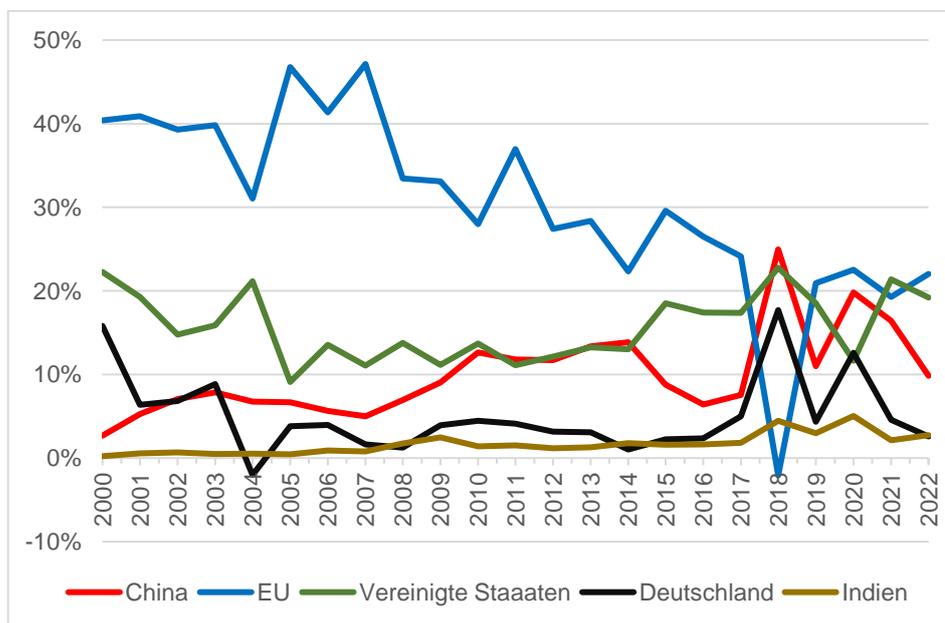
Abbildung 19: Entwicklung Nettozuflüsse von ADI in China (in US-Dollar)



Quelle: Weltbank DataBank o. J. h (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung

3 Der Nettozufluss gibt die Differenz zwischen allen eingehenden und ausgehenden ausländischen Kapitalinvestitionen in einem Land an. Minuswerte zeigen Jahre an, in denen mehr inländisches Kapital ins Ausland abgeflossen als ausländisches in das Inland eingegangen ist.

Abbildung 20: Anteil weltweiter ADI-Zuflüsse



Quelle: Weltbank DataBank o. J. h (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung und Berechnung

Den Höchststand erreichte China im Jahr 2018 mit einem Anteil von 25 Prozent. Im Gegensatz dazu bewegte sich Indien, ebenfalls ein aufstrebendes Schwellenland, während dieser Zeit zwischen bescheidenen jährlichen ADI-Anteilen von null bis fünf Prozent.

China ragt im globalen Kontext als attraktiver Standort für ausländische Investitionen weit über andere Entwicklungsökonomien heraus. Zwar fließen in die EU, abgesehen vom Einbruchsjahr 2018, mehr ADI als nach China und im Großteil der Vergleichsjahre als in die USA. Wird allerdings rein die nationale Ebene betrachtet, nimmt China hinter den USA den zweiten Rang ein. Zwischen 2021 und 2022 konnte es den Abstand zu den Vereinigten Staaten sogar verringern.

In den Top Twenty der weltweiten ADI-Zielländer finden sich in der EU die Mitgliedstaaten Schweden auf dem neunten und Frankreich auf dem zehnten Platz. Auch Spanien, Polen und Italien finden sich auf der Liste. Deutschland ist nicht dabei (UNCTAD 2023b, S. 5).

Der Anteil der EU als Zielort für ADI ist allgemein höher als Chinas. Dennoch halbierte sich der Nettozufluss in die EU in den vergangenen zwei Jahrzehnten nahezu. Während er im Jahr 2000 noch 40 Prozent der weltweiten ADI ausmachte, reduzierte sich dieser Anteil bis 2022 auf 22 Prozent.

Auch die Vereinigten Staaten vermochten in den meisten Jahren weltweit mehr ADI anzuziehen als China. Doch im Zeitverlauf ließ ihre Attraktivität für ADI nach. Lag der Anteil im Jahr 2000 bei 22 Prozent, näherte sich erst das Jahr 2019 mit 19 Prozent wieder diesem Wert an.

Deutschland hingegen verzeichnete einen markanten Rückgang als Ziel für ADI. Von 16 Prozent der globalen Nettozuflüsse im Jahr 2000 rutschte es auf zwei Prozent im Jahr 2004. Abgesehen von den starken Jahren 2018 und 2020 bewegte sich der jährliche Anteil zwischen ein und fünf Prozent und lag somit unterhalb der chinesischen Werte und näherte sich denen Indiens an. Deutschland ist im Vergleich zu China und den USA ein weniger attraktiver Standort für ausländische Direktinvestitionen.

Internationaler Vergleich der wichtigsten ausländischen Direktinvestoren für China: Deutschland ist größter Investor Europas, aber nicht zentral

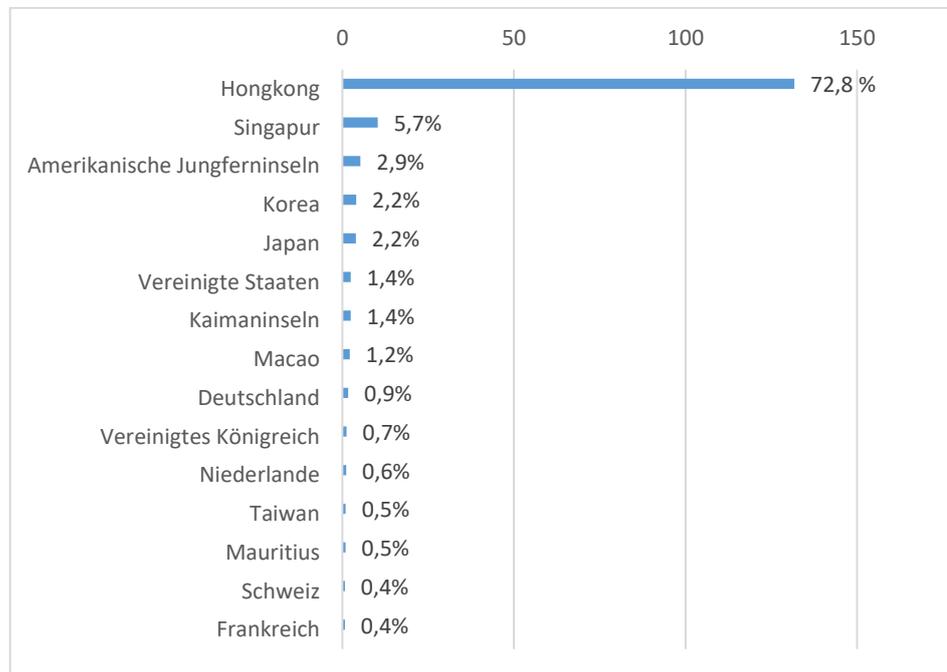
Abbildung 21 zeigt die 15 wichtigsten ausländischen Direktinvestoren für China nach Investitionsvolumen und nationalem Ursprung, die im Jahr 2021 realisiert wurden. Insgesamt verzeichnet das Nationale Statistikbüro der VR China 181 Milliarden US-Dollar. Davon flossen 77 Prozent aus Hongkong nach China.

Mit beträchtlichem Abstand folgt der regionale Partner Singapur, wobei die asiatischen Nachbarn allgemein zu den bedeutendsten Investoren zählen. Korea und Japan belegen die Ränge vier und fünf. Chinas Top 15 an ausländischen Investoren inkludiert auch die chinesische Region Macao und Taiwan.

Den dritten Platz nimmt die Steueroase der amerikanischen Jungferninseln ein, die zu den führenden ausländischen Kapitalgebern für China gehört. Sie investieren sogar mehr als die Vereinigten Staaten, die im Jahr 2021 lediglich 1,4 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen für China beisteuerten.

Hinter dem großen Anteil Hongkongs verbirgt sich größtenteils ein Kapitalfluss aus dem chinesischen Festland. Chinesische Unternehmen leiten Gelder nach Hongkong, um sie als ausländische Direktinvestitionen zurückfließen zu lassen. Dadurch können sie von den finanziellen Vorteilen profitieren, die die chinesische Regierung ausländischen Investoren gewährt. Dies verzerrt die Bedeutung der anderen Auslandsinvestoren, die bei der Interpretation der Daten zu bedenken ist.

Abbildung 21: Wichtigste ausländische Direktinvestoren Chinas 2021

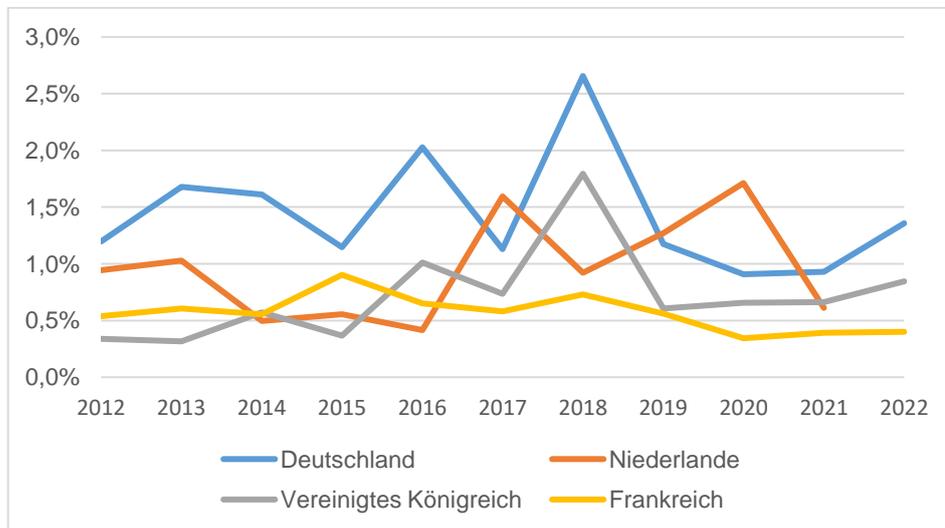


Quelle: Nationales Statistikbüro der VR China o. J. a (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung und Berechnung

Weltweit war Deutschland 2021 gemessen an seinen Finanzabflüssen der drittgrößte ausländische Direktinvestor der Welt, hinter den USA und China (vgl. UNCTAD 2023b, S. 7). Für das Land der Mitte spielt Deutschland als Investor eine vergleichsweise geringere Rolle. Mit einem Investitionsvolumen im selben Jahr von 1,7 Milliarden US-Dollar oder einem Gesamtanteil von weniger als einem Prozent liegt Deutschland auf Rang neun. Sein Anteil am gesamten Investitionsbestand des Auslands ist jedoch im Verhältnis zu anderen europäischen Staaten wichtiger (vgl. Abbildung 22).

Mit Ausnahme der Jahre 2017, 2019 und 2020 investierte Deutschland in den letzten zehn Jahren jeweils mehr als die Niederlande. Es übertraf jährlich das Vereinigte Königreich und Frankreich. An seinem Höhepunkt 2018 waren es sogar knapp drei Prozent, die deutsche Direktinvestitionen zu Chinas ausländischen Kapitalflüssen beitrugen. Im Zehnjahresdurchschnitt sind es jährlich 1,4 Prozent. Bei den Niederlanden sind es durchschnittlich mit 1,0, dem Vereinigten Königreich mit 0,7 und Frankreich mit 0,6 Prozent weniger.

Abbildung 22: Bedeutung deutscher ADI für China im europäischen Vergleich



Quelle: UNCTAD 2023b, S. 7, eigene Darstellung und Berechnung

Mit Blick auf die ADI der EU in China ist hervorzuheben, dass sie sich auf hohe Summen weniger großer Unternehmen in fünf Wirtschaftssektoren aus den eben genannten Mitgliedstaaten konzentrieren. Das sind allen voran die Automobil-, Lebensmittel-, Pharma-, Chemie-, und Konsumwarenindustrie (Kratz/Barkin/Dudley 2022) – also gleichzeitig diejenigen Industrien, die die wichtigsten Waren im Handel zwischen Deutschland und China produzieren.

Zusammenfassend ist Deutschland der größte ausländische Direktinvestor der EU und Europas in China. Es ist mit großen kapitalstarken Unternehmen mit lokalen Produktionsstätten und technisch führender Expertise in der Fertigungsindustrie der ideale ausländische Kapitalgeber für Chinas industriepolitische Strategien. Daher spielen die Investitionen aus Deutschland für Chinas Wirtschaftspolitik eine bedeutsame, jedoch im globalen Vergleich für das Land eine nachrangige Rolle.

China ist eines der Top-Zielländer für deutsche Direktinvestitionen, jedoch weit hinter den USA

Die deutsche Bundesbank gibt zwei Werte an, um ADI aus Deutschland über einen Zeitraum und in Zielländern zu vergleichen. Der erste, der „Direktinvestitionsbestand“, gibt Aufschluss über den gesamten Bestand der durch direkte Auslandsinvestitionen erworbenen Vermögenswerte in einem Land zu einem bestimmten Zeitpunkt. Er gibt daher die gesamten

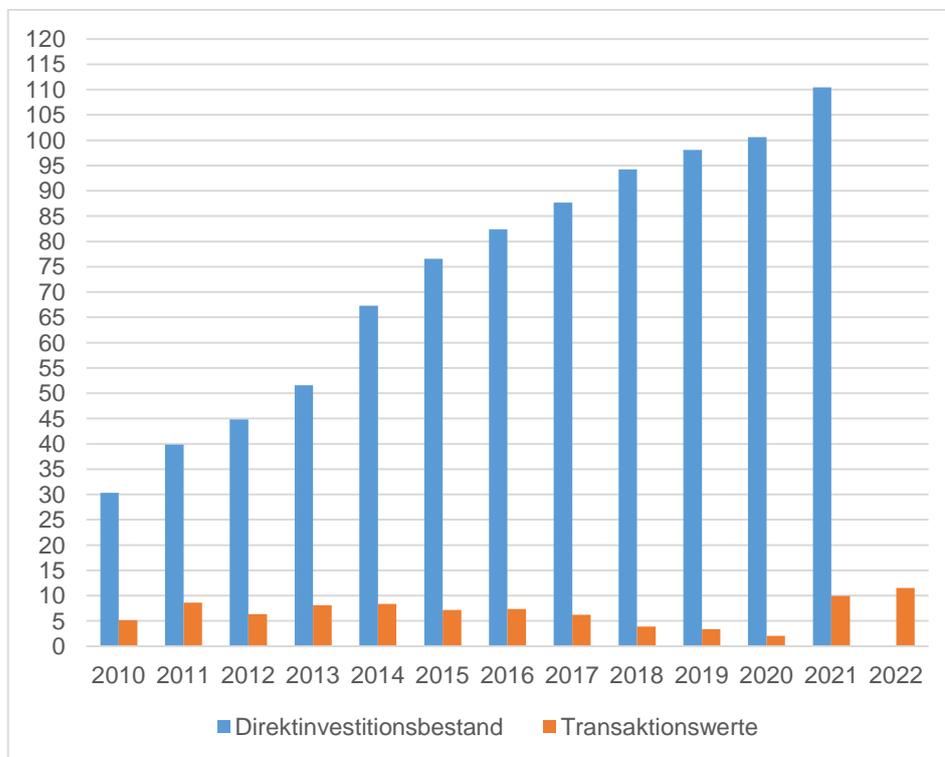
ausländischen Vermögenswerte an, die im Laufe der Jahre durch Direktinvestitionen generiert wurden, und lässt vergleichen, ob diese in einem bestimmten Jahr zu- oder abgenommen haben.

Wird die Entwicklung der mittelbaren und unmittelbaren⁴ deutschen Direktinvestitionsbestände an chinesischen Unternehmen in den letzten Jahren betrachtet, zeigt sich ein kontinuierlich starker Anstieg (Deutsche Bundesbank 2023, S. 56). 2010 waren es rund 30 Milliarden Euro an Vermögensbeständen, die auf deutsche Direktinvestitionen in China zurückgehen, 2021 rund 110 Milliarden Euro. Das sind beinahe viermal so viel (vgl. Abbildung 23.)

Ein etwas anderes Bild zeigt sich, wenn ausschließlich die getätigten Kapitalflüsse von ADI, die innerhalb eines Jahres von Deutschland nach China fließen, gemessen werden. Im Unterschied zu einem über Zeit akkumulierten Vermögenswert, der zu einem bestimmten Zeitpunkt gemessen wird, geht es hier um die tatsächliche Kapitalsumme, die während eines Jahres in China investiert wurde. Der jährliche sogenannte „Transaktionswert“ von ADI aus Deutschland nach China ist daher wesentlich geringer.

4 Bei mittelbaren Direktinvestitionen handelt es sich um Kapitalbeteiligungen, die Teil von Finanzinstrumenten sind oder über Dritte gehalten werden, z. B. Aktien bei einem Unternehmen über eine Bank. Mittelbare Direktinvestoren haben keinen direkten Einfluss auf die Unternehmenstätigkeit.

Abbildung 23: Entwicklung deutscher ADI in China als Direktinvestitionsbestand und Transaktionswert (in Milliarden Euro)



Quelle: Deutsche Bundesbank 2023, S. 56 und S. 10 (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung

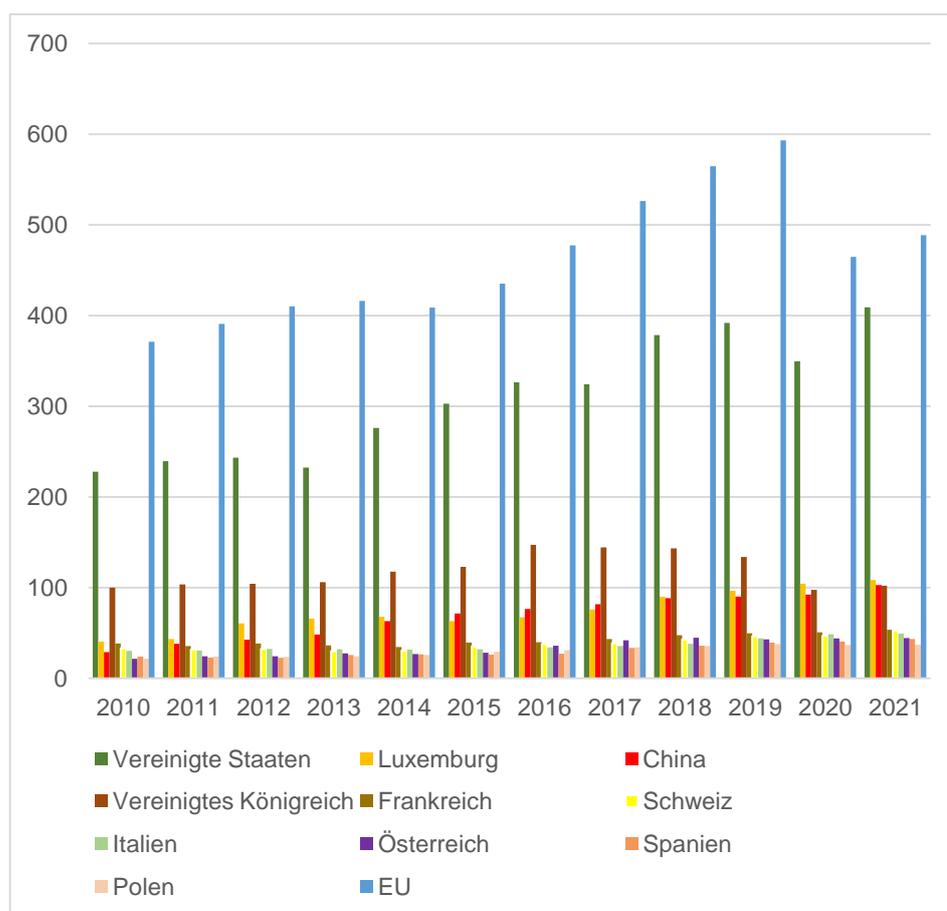
Er verzeichnet eine Volatilität, jedoch auch eine steigende Tendenz. 2010 lag der Transaktionswert deutscher Direktinvestitionen in China bei rund fünf Milliarden Euro, 2021 bei rund zehn Milliarden Euro. Im Jahr 2022 erreichten die jährlichen deutschen Direktinvestitionen in China mit 11,5 Milliarden Euro ihren Rekordwert (Deutsche Bundesbank 2023, S. 10).⁵

Mit dem Transaktionswert lassen sich die jährlichen internationalen Finanzströme in den Blick nehmen. Im Unterschied dazu stellen Direktinvestitionsbestände den gesamten Bestand ausländischen Vermögens durch Direktinvestitionen zu einem bestimmten Zeitpunkt dar. Sie zeigen

⁵ Das Nationale Statistikbüro der VR China und die OECD (2023, S. 126) verzeichnen wesentlich geringere Transaktionswerte für deutsche ADI in China als die deutsche Bundesbank. Dies hängt einerseits damit zusammen, dass Länder Investitionen unterschiedlichen Jahren zuschreiben und China ausschließlich die umgesetzten Kapitalflüsse pro Jahr in Betracht zieht, daher die in Verträgen vereinbarten aus der Berechnung ausschließt.

daher gesamtwirtschaftliche Verflechtungen zweier Länder an. Wir ziehen daher Direktinvestitionsbestände heran, um im internationalen Vergleich Chinas Bedeutung als Zielland von deutschen Direktinvestitionen zu identifizieren.

Abbildung 24: Top-Ten-Ziele deutscher Nettodirektinvestitionen (mittelbare und unmittelbare Bestandswerte in Milliarden Euro)



Quelle: Deutsche Bundesbank 2023, S. 46–56, eigene Darstellung

China ist verglichen mit anderen Ländern ein wichtiger Empfänger deutscher ADI (Abbildung 24). Im Vergleichszeitraum von 2010 bis 2021 zählte es konstant zur Top Ten deutscher Zielländer. Das Land der Mitte konnte seine Bedeutung für Deutschland stetig steigern. 2010 nahm es mit einem Anteil von knapp 3,5 Prozent an den gesamten deutschen Direktinvestitionsbeständen im Ausland den siebenten Rang ein. Nachdem der Brexit auch zu Rückgängen deutscher Direktinvestitionen im Verei-

nigten Königreich führte, ist China 2021 mit rund sieben Prozent Anteil Deutschlands dritt wichtigstes Zielland, knapp vor letztgenanntem und hinter Luxemburg.

Alle Mitgliedstaaten zusammengenommen, ist die EU der größte Raum für deutsche Direktinvestitionsbestände. Auf nationaler Ebene sind die USA mit Abstand das wichtigste Zielland für deutsche ADI. 2021 lag ihr Anteil bei 29 Prozent. Obwohl Chinas im selben Jahr nur bei sieben Prozent lag, sind seine Rückflüsse nach Deutschland aus seinen Vermögenswerten auch über die Zeit etwa gleich hoch wie die aus den Vereinigten Staaten.

Im Verhältnis profitieren deutsche Unternehmen folglich wesentlich mehr aus Kapitalbeteiligungen in China als aus den USA (siehe Jungbluth et al. 2023, S. 63). Das lässt vermuten, dass Direktinvestitionen in die vergleichsweise kostengünstige chinesische Lokalproduktion von Waren und ihr Export in und Verkauf im zahlungskräftigeren globalen Norden höhere Gewinnspannen zulassen.

Wichtigste Kenngrößen deutscher Unternehmen in China im internationalen Vergleich

Parallel zu den deutschen Direktinvestitionsbeständen steigen auch die Jahresumsätze deutscher Tochterunternehmen in China jährlich an. Im Zeitraum zwischen 2010 und 2021 (siehe Tabelle 1) erhöhten sich diese von 123 Milliarden auf 382 Milliarden.

Die Anzahl der deutschen Unternehmen in China und ihrer dort beschäftigten Mitarbeiter:innen zeigt im gleichen Zeitraum eine steigende Tendenz. Jedoch verzeichnete die Zahl der Unternehmen zwischen 2020 und 2021 einen leichten Rückgang, während die Mitarbeiterzahl seit 2018 leicht gesunken war. Im Jahr 2021 nahm die Anzahl der Beschäftigten wieder leicht zu, erreichte aber nicht den Höchststand von 2018.

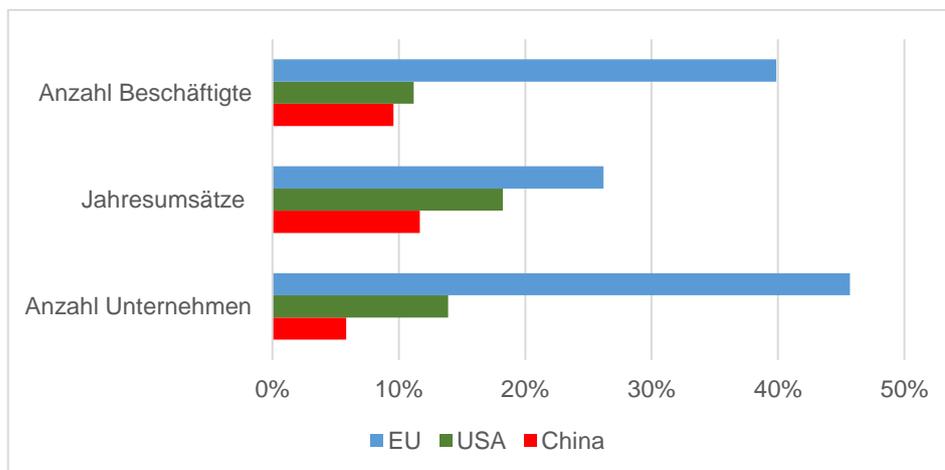
Verglichen mit den USA und insbesondere der EU sind deutsche Tochterunternehmen in China um einiges weniger vertreten (vgl. Abbildung 25). 2021 ist fast die Hälfte der gesamten deutschen Tochtergesellschaften im Ausland in der EU angesiedelt. In den Vereinigten Staaten sind es 14 Prozent. Rund sechs Prozent deutscher Tochterunternehmen mit ausländischer Niederlassung befinden sich in China. Das sind weniger als ein Siebentel als in der EU und weniger als die Hälfte als in den Vereinigten Staaten angesiedelt sind.

Tabelle 1: Kenngrößen deutscher Unternehmen in China

Jahr	Anzahl Unternehmen	Anzahl Beschäftigte	Umsätze in Milliarden Euro
2010	1451	463.000	123
2017	2253	772.000	302
2018	2321	774.000	322
2019	2406	768.000	330
2020	2447	752.000	334
2021	2429	759.000	382

Quelle: Deutsche Bundesbank 2023, S. 56 (Datenstand von September 2023)

Abbildung 25: Vergleich wichtigster Kenngrößen von deutschen Tochterunternehmen in China, den USA und der EU 2021 als Anteil am gesamten Ausland



Quelle: Deutsche Bundesbank 2023, S. 46–56, eigene Darstellung und Berechnung

Bei den deutschen Jahresumsätzen fällt der Unterschied insbesondere im Vergleich zur EU deutlich niedriger, aber dennoch markant aus. 26 Prozent ihrer Einkünfte im Ausland generieren deutsche Tochterfirmen in der

EU. Nur 12 Prozent sind es in China. Die Vereinigten Staaten liegen mit 18 Prozent der Auslandsumsätze dazwischen.

Auch bei den Beschäftigtenzahlen liegt die EU mit einem Anteil von 40 Prozent weit vorne. Rund ein Zehntel der Mitarbeiter:innen deutscher Tochterunternehmen kommen jeweils aus den USA oder China.

Von einer geringeren Unternehmens- bei etwa gleicher Mitarbeiterzahl lässt sich ableiten, dass die einzelnen deutschen Tochterunternehmen in China größer sind als in den USA. Wird mitbedacht, dass die Differenz zwischen der Firmenanzahl und Beschäftigten der EU und China wesentlich höher ausfällt als die des Jahresumsatzes, sind deutsche Tochterunternehmen in China verhältnismäßig profitabler als in der EU.

Dennoch spielt die EU eine insgesamt wesentlich wichtigere Rolle für deutsche Auslandsumsätze. Deutsche Unternehmenseinkünfte durch ADI im Land der Mitte sind verhältnismäßig hoch, sollten jedoch gesamtwirtschaftlich nicht überbewertet werden.

Automobilsektor mit größtem Bestand an deutschen ADI in China

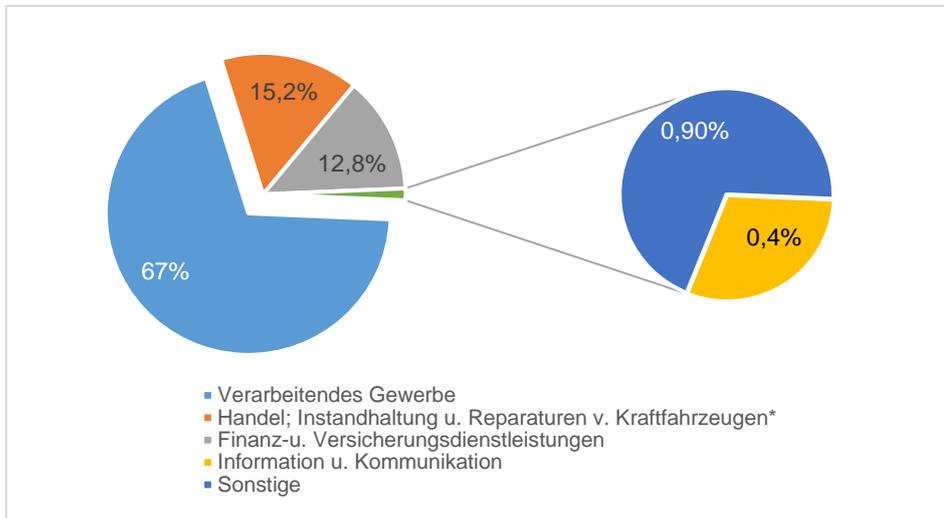
Das verarbeitende Gewerbe ist Deutschlands größter Wirtschaftssektor für ADI. Im Jahre 2021 betrug der unmittelbare und mittelbare Vermögensbestand des Sektors im gesamten Ausland abzüglich der Gewinnrückflüsse nach Deutschland über 490 Milliarden Euro. Mit 349 Milliarden Euro folgt der Finanzsektor und mit 236 Milliarden Euro der Handel mit Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (Deutsche Bundesbank 2023, S. 66–71).

Diese Struktur findet sich auch mit leichter Abweichung in China. Das verarbeitende Gewerbe ist mit großem Abstand der wichtigste Sektor für deutsche ADI (Abbildung 26 und 27). 2021 betrug der Anteil des deutschen Direktinvestitionsbestands an allen Wirtschaftssektoren 69 Milliarden Euro oder 67 Prozent. Auf ihn folgen mit einem Anteil von jeweils 15 bzw. 13 Prozent der Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen sowie der Finanz- u. Versicherungsdienstleistungssektor.

Darunter nimmt die Herstellung von Kraftwagen- und -teilen den größten Anteil im verarbeitenden Gewerbe ein, gefolgt von der Industrie für chemische Erzeugnisse, dem Maschinenbau und für elektrische Ausrüstungen. Der deutsche Automobilsektor mit Produktion, Handel und Instandhaltung von Fahrzeugen vereint damit beinahe drei Viertel aller deutschen Direktinvestitionen in China.

Im internationalen Vergleich relativiert sich Chinas Anteil an deutschen ADI auch in den wichtigsten Wirtschaftssektoren (Abbildung 28). Im verarbeitenden Gewerbe insgesamt sind 2021 die deutschen Kapitalflüsse mit 29 Prozent in die USA am größten, mit geringem Abstand zur EU. In China sind sie um etwa die Hälfte geringer.

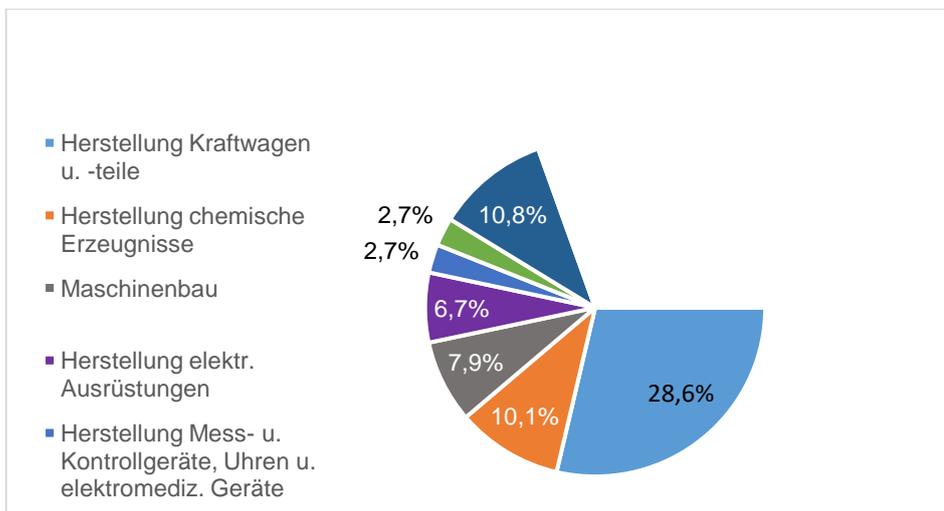
Abbildung 26: Stand deutscher Direktinvestitionen in China nach Wirtschaftssectoren 2021



Anmerkung: * Werte im Jahr 2018

Quelle: Deutsche Bundesbank 2023, S. 83f. (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung und Berechnung

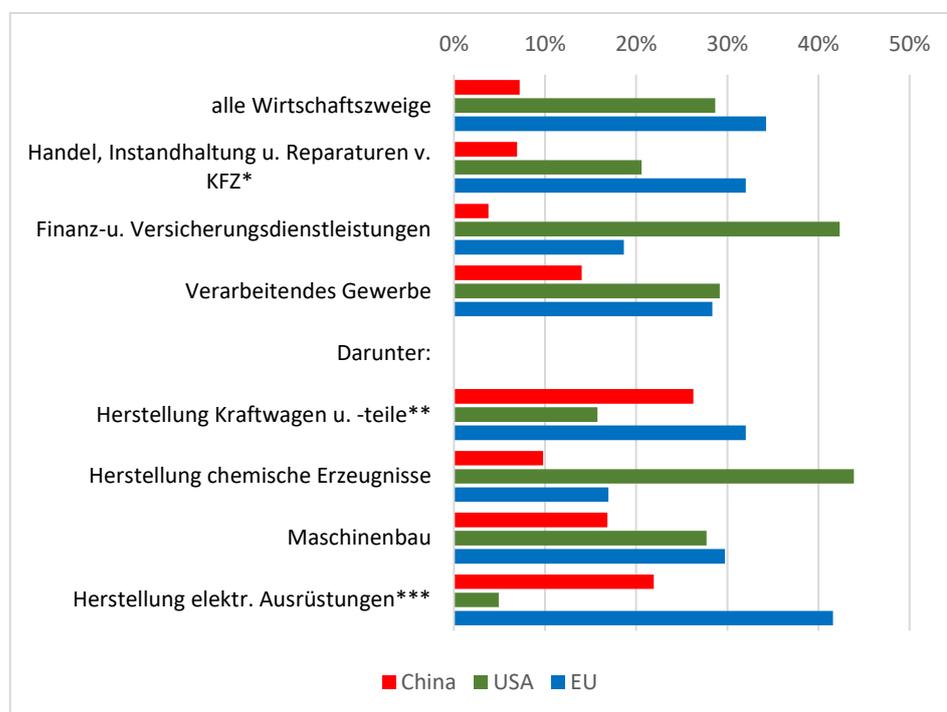
Abbildung 27: Stand deutscher Direktinvestitionen in China im verarbeitenden Gewerbe 2021



Quelle: Deutsche Bundesbank 2023, S. 83f. (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung und Berechnung

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen des verarbeitenden Gewerbes liegt China jeweils hinter der EU. Nur bei der Fahrzeugproduktion und Herstellung von elektrischen Ausrüstungen ist China mit großem Abstand ein attraktiveres Direktinvestitionsziel für deutsche Unternehmen als die Vereinigten Staaten. Wird allerdings nur die nationale Ebene ohne EU verglichen, hält China die größten deutschen Direktinvestitionsbestände der Automobilindustrie im gesamten Ausland.

Abbildung 28: Anteile Chinas Wirtschaftssectoren an den deutschen ADI im Ausland und im Vergleich zu den USA und der EU 2021



Anmerkung: * China 2018, ** USA 2019, *** USA 2020

Quelle: Deutsche Bundesbank 2023, S. 66–84 (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung und Berechnung

Die USA wiederum dominiert mit einem Anteil von 42 Prozent deutsche Investitionen im Finanz- und Versicherungssektor. Die EU kann in diesem Bereich weniger als die Hälfte, China weniger als ein Zehntel des Kapitals auf sich ziehen. Knapp ein Drittel und gut ein Fünftel der deutschen Direktinvestitionsbestände beim Handel mit Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen hält jeweils die EU und die USA. China liegt mit einem Anteil von sieben Prozent weit dahinter.

Investitionen in F&E weist die deutsche Bundesbank für deutsche ADI in den einzelnen Ländern nicht aus. Laut Pressemitteilungen investierte Mercedes 2022 über 160 Millionen Euro in ein F&E-Zentrum für smarte Elektromobilität in Shanghai. 2023 folgte VW seinem Konkurrenten mit einer Ankündigung von beinahe einer Milliarde Euro. BMW betreibt in China sein größtes F&E-Zentrum außerhalb Deutschlands mit 3200 Entwickler:innen und Ingenieur:innen (vgl. China Daily 2022 u. 2023; Reuters 2022; BMW Group 2023).

Bedeutung von ADI in den einzelnen chinesischen Wirtschaftssektoren

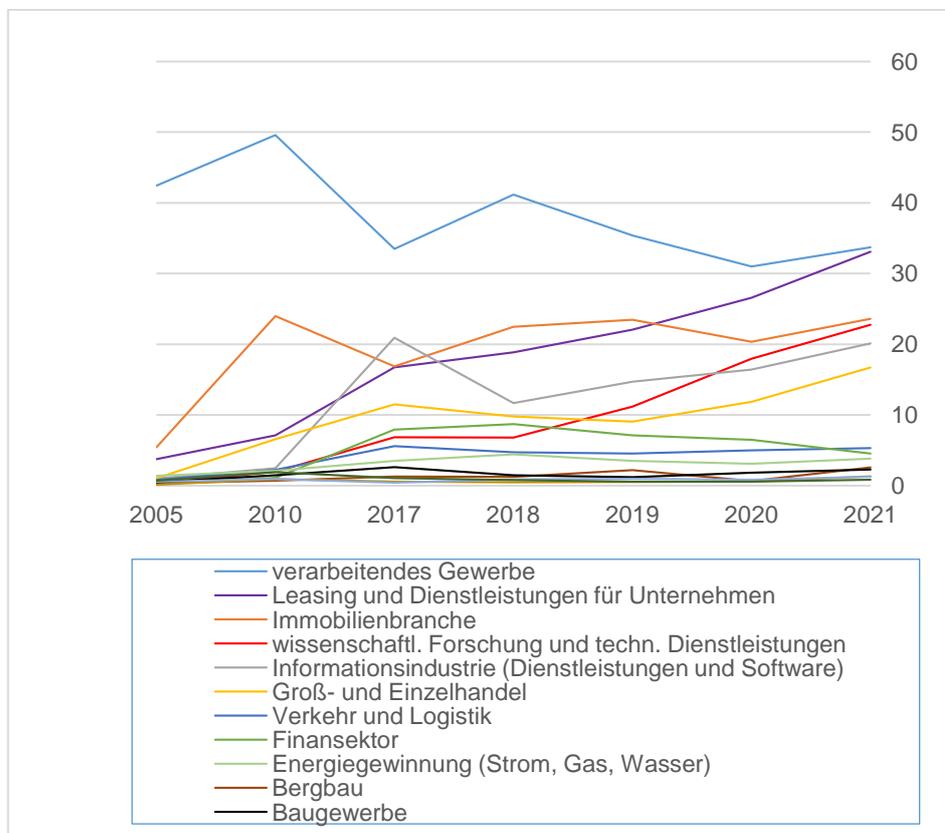
Leitet die chinesische Regierung ADI erfolgreich in die Förderung seiner „Made in China 2025“ Strategie, müsste ein verhältnismäßiger Anstieg ausländische Investitionen in das verarbeitende Gewerbe und F&E zu beobachten sein. Rollt China tatsächlich den „roten Teppich“ für ausländische Investoren in strategischen Schlüsselbereichen aus (siehe Jungbluth et al. 2023, S. 32 und Zenglein 2020, S. 9)?

Wird der Beitrag der ADI in unterschiedlichen Wirtschaftssektoren von 2005 bis 2021 verglichen, zeigt sich, dass in das verarbeitende Gewerbe knapp die meisten Investitionen fließen. Seine Bedeutung hat jedoch über die Zeit abgenommen (Abbildung 29). Stieg das jährlich realisierte Investitionsvolumen ins verarbeitende Gewerbe Chinas zwischen 2005 und 2010 stetig an, bricht es danach bis 2017 ein.

Die 2015 veröffentlichte „Made in China 2025“-Strategie kann als Reaktion auf den Rückgang ausländischer Investitionen in Chinas Fertigungssektor betrachtet werden. Kurz nach ihrer Ankündigung staatlicher Investitionsanreize für die Fertigungsindustrie stiegen die ADI in den Jahren 2017 und 2018 wieder an, bevor sie erneut zurückgingen.

Zahlen zu den einzelnen Unter-Branchen der jeweiligen Wirtschaftssektoren veröffentlichen Chinas Behörden nicht. Wohin die Investitionen im verarbeitenden Gewerbe fließen, lässt sich daher nicht im Detail abschätzen. Das Handelsministerium publiziert in seinen Jahresberichten zu ADI-Statistiken und Daten für Investitionen in Hochtechnologien für den sekundären (Industrie und Gewerbe) und tertiären Sektor (Dienstleistungen). Dies lässt abschätzen, wie hoch der Anteil von ADI in komplexen und fortschrittlichen Technologien ist und ob er eine steigende oder fallende Tendenz aufweist (Tabelle 2).

Abbildung 29: Sektorale Entwicklung von ADI in China in Milliarden US-Dollar



Quelle: Nationales Statistkbüro der VR China o. J. a (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung

Tabelle 2: Anteil Hochtechnologie an gesamten ADI

Jahr	sekundärer Sektor	tertiärer Sektor
2017	7,3 %	19,1 %
2019	9,5 %	18,2 %
2020	6,9 %	21,7 %
2021	6,7 %	22,2 %

Quelle: Handelsministerium der VR China 2022, S. 3; Handelsministerium der VR China 2021, S. 4; Handelsministerium der VR China 2020, S. 20; Handelsministerium der VR China 2018, S. 20 f.

121 Milliarden US-Dollar oder knapp sieben Prozent aller ADI flossen 2021 in Hochtechnologien im sekundären Sektor. Verglichen mit dem Jahr 2019, sinkt das Kapitalvolumen und sein Anteil an gesamten ADI. Dienstleistungen im Bereich Hochtechnologie ziehen hingegen im Vergleichsjahr 2021 mit 401 Milliarden US-Dollar mehr als drei Mal so viel ausländisches Kapital auf sich. Auf ihn fallen beinahe ein Viertel der gesamten ADI in China. Ausländische Finanzierung von chinesischer Hochtechnologie in der Industrie nimmt damit hingegen den Regierungsplänen tendenziell ab, nicht zu (vgl. Handelsministerium der VR China 2022).

Ob die chinesische Regierung erfolgreich ADI in Schlüsseltechnologien von erneuerbaren Energien lenken konnte, ist schwer abzuschätzen. Die Auslandsinvestitions-Statistiken des Handelsministerium subsumieren erneuerbare Energien unter dem Energiesektor. Dieser verzeichnet getrübtten Erfolg. 2021 liegt sein Investitionsvolumen auf dem neunten Rang, hinter Chinas eingeschränktem Finanzsektor (siehe Abbildung 29). Im Vergleich zu 2010 verdreifacht sich das Volumen 2018 beinahe, geht dann aber wieder zurück.

Starke Zuflüsse verzeichnen ADI im Sektor mit F&E (wissenschaftliche Forschung und technische Dienstleistungen). 2021 konnte er sich mit 23 Milliarden gegenüber 2017 mehr als verdreifachen. Hier zeigt die „Bringing In“-Strategie in Verbindung mit Chinas industriepolitischer Förderung von Innovation Erfolg.

Der enorme Anstieg von ADI im Sektor Leasing und Dienstleistungen für Unternehmen, der im Begriff ist, das verarbeitende Gewerbe einzuholen, ist ein Indiz für einen erhöhten chinesischen Bedarf der Nutzung und Wartung von Software und Maschinen in der Digitalisierung seiner Fertigungsanlagen.

Die damit verbundene Informationsindustrie wird nach einem starken Einbruch 2018 wieder verstärkt durch ADI finanziert.

Im Gesamtblick hat der Einfluss ausländischen Kapitals auf die Finanzierung von Chinas Energiesektor und seiner Fertigungsindustrie, inklusive Hochtechnologien, nach einem Anstieg in den letzten Jahren wieder abgenommen. Bei ausländischen Direktinvestitionen in F&E zeigt Chinas Industrie- und Anreizpolitik für Innovation hingegen große und kontinuierliche Erfolge.

4.7 Chinesische Direktinvestitionen in Deutschland und der EU

Chinesische ADI in Europa und Deutschland lösen seit einigen Jahren Unbehagen aus. Kritische Stimmen sehen Chinas Investitionen als Ein-

fallstor für politische Einflussnahme einer stärker staatlich gelenkten Volkswirtschaft aus dem Ausland. Insbesondere Direktinvestitionen von Chinas staatseigenen Unternehmen erregen diesbezügliche Besorgnis.

Diesen Befürchtungen zum Trotz sind, wie im Folgenden gezeigt wird, die Anzahl von chinesischen Unternehmen und das Volumen von chinesischen Investitionen in der EU gering. Der Anteil an Direktinvestitionen von privaten chinesischen Unternehmen ist gegenüber staatlichen stark gestiegen. Regulative Barrieren im europäischen Raum führen zu einem weiteren Rückgang chinesischer ADI.

Auch wenig chinesisches Kapital fließt im Rahmen der „Neuen Seidenstraße“ in die EU. „Greenfield Investments“, wie die Errichtung einer Produktionsstätte in Deutschland durch den chinesischen Batteriehersteller CATL im Wert von knapp zwei Milliarden Euro (vgl. Zenglein 2020, S. 5), steigen aber anteilmäßig stark an.

4.7.1 Entwicklung von ADI aus China

Chinas Rolle als einer der wichtigsten Direktinvestoren der Welt ist jung. 2005 waren Chinas ADI-Flüsse noch vernachlässigbar (vgl. Felbermayr/Goldbeck/Sandkamp 2019, S. 5). Mit Investitionen von insgesamt 12 Milliarden Euro weltweit nahm China im selben Jahr den siebzehnten Rang ein (siehe Handelsministerium der VR China 2022, S. 7).

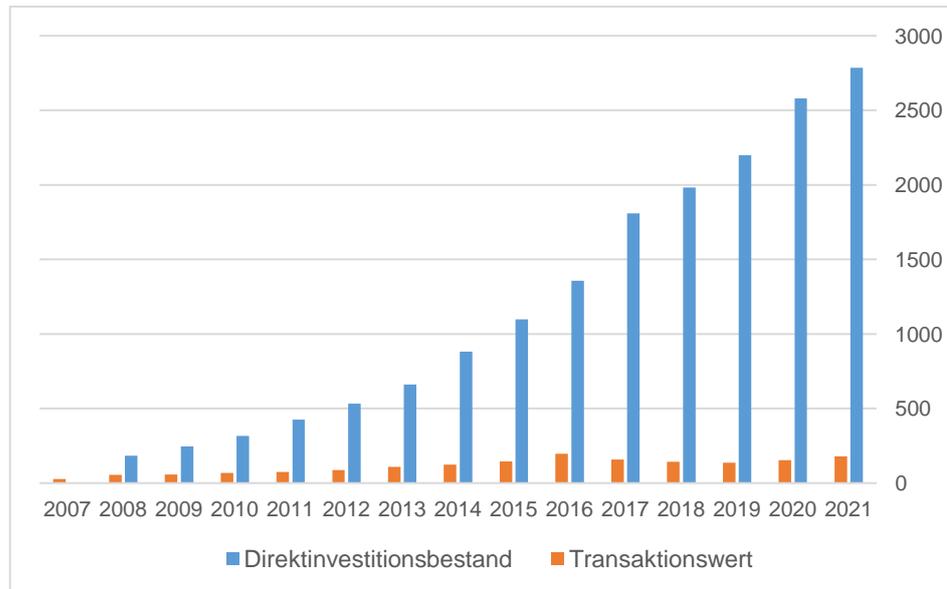
Mit einem Anstieg auf 179 Milliarden ist das Land 2021 hinter den USA weltweit zum zweitgrößten Direktinvestor aufgestiegen. 2022 fällt es knapp hinter Japan auf den dritten Rang zurück. Dicht gefolgt wird es im letzten Jahr 2023 von Deutschland, das den vierten Platz einnimmt. (vgl. UNCTAD 2023b, S. 7). Als junger Direktinvestor sind Chinas weltweite Investitionsbestände demgegenüber gering. 2020 kommen sie nur auf einen globalen Anteil von sechs Prozent (vgl. Molnar/Yan/Li 2021, S. 9).

Laut Nationalem Statistikbüro der VR China stiegen die Direktinvestitionen im gesamten Ausland insbesondere zwischen 2013 und 2016 enorm an (Abbildung 30). Dieser Anstieg fällt zeitlich mit dem Beginn von Chinas BRI im Rahmen seiner „Going Global“-Strategie zusammen. Sie zielt darauf ab, eine engere wirtschaftliche Verbindung zwischen China, asiatischen Ländern, Europa und Afrika durch Infrastrukturprojekte entlang der „Neuen Seidenstraße“ herzustellen und Transportkosten zu reduzieren.

Dabei sichert sich China Zugang zu Ressourcen zur heimischen Energieversorgung und Einfluss auf nationale Infrastrukturen im Ausland. Gleichzeitig half die Entsendung von chinesischen Arbeiter:innen für Bau-

projekte in andere Länder den Überschuss an Arbeitskräften am heimischen Arbeitsmarkt in China zu entspannen.

Abbildung 30: Entwicklung chinesischer ADI in Milliarden US-Dollar



Quelle: Nationales Statistikkbüro der VR China o. J. b (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung

In den letzten Jahren haben ADI global wiederholt enorme Einbrüche erfahren (UNCTAD 2023c). Bereits 2017 werden starke Rückgänge deutlich. Die Pandemie und Russlands Invasion in der Ukraine in den folgenden Jahren führten zu weiteren Rückgängen bei Kapitalanlagen. Auch in China brachen 2017 Direktinvestitionen ins Ausland enorm ein. Seitdem können sie ihren Rekord im Jahr 2016 von einem Transaktionswert von 196 Milliarden US-Dollar nicht mehr erreichen.

Infolge nahm 2018 auch das Investitionsvolumen Chinas BRI-Projekte ab. Jedoch nur um 12 Prozent, während es bei Nicht-BRI-Infrastrukturprojekten um 54 Prozent zurückging (siehe Felbermayr/Goldbeck/Sandkamp 2019, S. 5–8).

Chinesische ADI gehen in der EU und Deutschland stark zurück

Der globale Rückgang von Chinas Direktinvestitionsvolumen macht sich auch in der EU und Deutschland bemerkbar. 2021 gingen im Vergleich zu 2016 Chinas strategische nicht-finanzielle Direktinvestitionen (s. u.) in Europa um 83 Prozent auf 7,9 Milliarden Euro zurück (siehe Kratz et al.

2023, S. 5). Dennoch ist China für Deutschland im Jahre 2022 mit einem Transaktionswert von 3,4 Milliarden Euro der sechsgrößte Direktinvestor (vgl. Deutsche Bundesbank 2023, S. 23 f.). Umgekehrt ist Deutschland nur die neunt-größte für China (vgl. Abbildung 21). Die wichtigste, die Vereinigten Staaten, investierten aber mehr als vier Mal so viel (vgl. Deutsche Bundesbank 2023, S. 23 f.).

Nichtfinanzielle Direktinvestitionen im Ausland beziehen sich auf Investitionen von Unternehmen oder Organisationen aus einem Land in ausländische Unternehmen, die nicht in erster Linie auf die Generierung von finanziellen Renditen (z. B. Aktienbeteiligung oder Anleihen) ausgerichtet sind. Diese Investitionen verfolgen stattdessen andere Ziele, wie den Zugang zu neuen Märkten, die Erweiterung von Geschäftstätigkeiten oder den Aufbau von Partnerschaften im Ausland.

Typische Beispiele sind Investitionen in Forschung und Entwicklung, Technologieübertragung, Unternehmenskooperationen (Joint-ventures) oder die Schaffung von Produktionskapazitäten im Ausland, um regionale Märkte besser zu bedienen. Im Gegensatz zu finanziellen Direktinvestitionen, bei denen finanzielle Renditen im Vordergrund stehen, zielen nicht-finanzielle Direktinvestitionen auf langfristige strategische Vorteile ab.

Die chinesischen Investitionszahlen der letzten Jahre könnten aber noch viel stärker gesunken sein. Der China Global Investment Tracker (CGIT) des American Enterprise Institutes registriert die Veröffentlichungen von internationalen Unternehmen, die Auslandsinvestitionen aus China erhalten. Bis 2019 zeigten sich nur sehr geringe Abweichungen zu den Ergebnissen von Chinas Statistikbehörden.

Seit 2020 ist der Unterschied jedoch enorm. Während Chinas Nationales Statistikbüro für das Jahr 2021 ein Direktinvestitionsvolumen ins gesamte Ausland von 179 Milliarden US-Dollar angibt (siehe Abbildung 31), verzeichnet der CGIT nur 50 Milliarden (siehe Scissors 2023, S. 4).

Scissors nimmt an, dass die Zahlen nach oben korrigiert werden, um Chinas wirtschaftspolitischen Bedeutungsverlust in den letzten Jahren aufgrund seiner strikten Coronamaßnahmen und Beschränkungen der westlichen Welt zu verbergen. Das erste Halbjahr 2023 verzeichnet allerdings wieder einen stärkeren Anstieg bei Chinas Investitionstätigkeiten.

Die Gründe für den Rückgang chinesischer Direktinvestitionen im Ausland sind vielschichtig. Chinas „Going Out“-Strategie ließ einige chinesische Unternehmen zu große Risiken bei Kapitaleinlagen im Ausland eingehen, die zu hohen Verschuldungen führten. Gleichzeitig nutzten andere

die Gelegenheit, mit ausländische Direktinvestitionen Steuern zu hinterziehen oder Geldwäsche zu betreiben (vgl. Molnar/Yan/Li 2021, S. 6f.). Die chinesische Regierung reagierte mit stärkerer Regulierung von Kapitalabflüssen ins Ausland und hemmte dadurch Chinas Wachstum von ADI.

Chinas Investitionstätigkeit bei Unternehmensbeteiligungen, -zusammenschlüssen und -übernahmen fokussiert, wie wir sehen werden, auf entwickelte Länder in Nordamerika und Westeuropa. Handelskonflikte zwischen den USA, China und Europa führen zu einem unsicheren politischen Umfeld für Investitionen. Während die chinesische Regierung mit Restriktionen Wirtschaftsbereiche von wirtschaftspolitischem Einfluss des Auslands abschirmt, greift der Westen zu Maßnahmen erhöhter staatlicher Investitionsprüfung.

Im Fall des staatlichen Unternehmens China General Nuclear Power Group setzte die USA zusätzlich Investitions- und Handelsverbotslisten ein. Die Regierung des Vereinigten Königreichs erzwang nachträglich die Rückabwicklung seiner Beteiligung in den Bau eines neuen Atomkraftwerks (Pickard 2022).

Erhöhte Maßnahmen zur Überprüfung von chinesischen Investitionen in den USA und der EU reduzieren die globalen Anreize für chinesische Kapitalgebende (vgl. Pickard 2022, S. 6). Eine Studie von Kratz et al. (2023, S. 5 und S. 14) zeigt, dass mit einer starken Erhöhung der staatlich überprüften Fälle von Investitionen in Deutschland auch die chinesischen Direktinvestitionen massiv zurückgingen.

Neben stärkerer inländischer und ausländischer Regulierung von Direktinvestitionen trägt auch Chinas endogene sozioökonomische Entwicklung zu einem Rückgang von Direktinvestitionen im Ausland bei.

Der chinesische Leistungsbilanzüberschuss, der bisher Investitionen begünstigte, schrumpft seit 2015. Seine globalen Güterhandelsüberschüsse gehen zurück und das chinesische Defizit im Dienstleistungshandel steigt. Gleichzeitig altert Chinas Bevölkerung und ein Arbeitskräftemangel droht. Ausländische Projekte werden nicht mehr gebraucht, um Arbeitskräfteüberschüsse zu kompensieren. Chinas Inlandsverbrauch nimmt zu.

Kapitalüberschüsse werden einerseits geringer und können andererseits erfolgsversprechend im Inland investiert werden. Diese Entwicklungen deuten auch in Zukunft auf weniger chinesisches Engagement im Ausland hin (vgl. Felbermayr/Goldbeck/Sandkamp 2019, S. 5–8).

4.7.2 Strukturen von Chinas Investitionen

Zu den Besonderheiten bei Chinas Investitionen im Ausland zählt, dass ein großer Teil ihrer Kapitalflüsse in Bauprojekte im Rahmen der BRI fließt. 53 Prozent des gesamten chinesischen Investitionsvolumens zwischen 2014 und 2019 waren BRI-Projekte (siehe Felbermayr/Goldbeck/Sandkamp 2019, S. 8).

Öffentliche Investitionsstatistiken des Landes unterscheiden daher zwischen auswärts-gewandten Direktinvestitionen und Bauprojekten. Dieser Unterschied ist wichtig. Direktinvestitionen beziehen sich auf Beteiligungen, Zusammenschlüsse mit und Übernahmen von ausländischen Unternehmen oder Projekten (Mergers & Acquisitions). Ziel ist hier, wie oben erklärt, heimisches Eigenkapital einzusetzen, um Einfluss auf Managemententscheidungen im Ausland zu nehmen oder von besseren Bedingungen am lokalen Markt zu profitieren.

Im Unterschied dazu werden bei Infrastrukturprojekten vordergründig Kredite vergeben. Eine Beteiligung des chinesischen Managements ist nicht zwangsläufig erforderlich. Sind die Infrastrukturprojekte fertiggestellt, bleiben die Investoren auch nicht im Land. Können die Kreditnehmer ihre Schulden allerdings nicht bedienen, fallen sie in das Eigentum und damit unter die Kontrolle des Kreditgebers (vgl. Felbermayr/Goldbeck/Sandkamp 2019, S. 4). Da im Rahmen der BRI auch risikoreiche Kredite an Entwicklungsländer mit geringer Bonität vergeben werden, tritt dieser Fall öfters ein.

Belt-and-Road-Initiative:

Kleinere Investitionsbeträge in vielen Entwicklungsländern weltweit
Die BRI-Projekte sind stark im Transport-, Energie- und Telekommunikationssektor vertreten. In China sind diese von staatseigenen Unternehmen dominiert, die den Großteil der Darlehen im Ausland vergeben. Der chinesische Staat ist damit der wichtigste Investor in BRI-Projekten (vgl. Europäischer Rechnungshof 2020, S. 61–63).

Bis 2019 hat China 207 Milliarden US-Dollar in BRI-Projekte investiert und Bauaufträge im Wert von 406 Milliarden US-Dollar abgeschlossen. Die Initiative hat einen besonders großen Einfluss auf Infrastrukturprojekte in den BRI-Ländern, die 66 Prozent aller Finanztransaktionen Chinas mit ihnen ausmachen (siehe Felbermayr/Goldbeck/Sandkamp 2019, S. 5–8).

Chinas von staatlichen Unternehmen finanzierte Infrastrukturprojekte sind großteils in Entwicklungs- und Schwellenländer in Asien und Afrika angesiedelt. Das große Volumen bei Baukontrakten chinesischer Investitionen geht auf kleinere Summen in mittlerweile 152 Ländern zurück (vgl.

Belt and Road Portal 2023; Scissors 2019, S. 5). Nur fünf Prozent seines Bauprojektvolumens zwischen 2008 und 2018 fiel auf Europa (siehe Felbermayr/Goldbeck/Sandkamp 2019, S. 16). China ist damit zu dem wichtigsten ausländischen Kapitalgeber und Direktinvestor des globalen Südens aufgestiegen (vgl. Molnar/Yan/Li 2021, S. 16; Brautigam/Huang 2023, S. 2 und 22).

Im Unterschied zu Chinas Infrastrukturprojekten werden seine Direktinvestitionen von privaten Unternehmen dominiert und zielen auf wohlhabende Länder in Nordamerika, Asien, Westeuropa und auf Australien ab. Im globalen Norden fließen sie in wenige, gezielte M&A oder Greenfield Investments mit hohen Summen (vgl. Scissors 2019, S. 5–8).

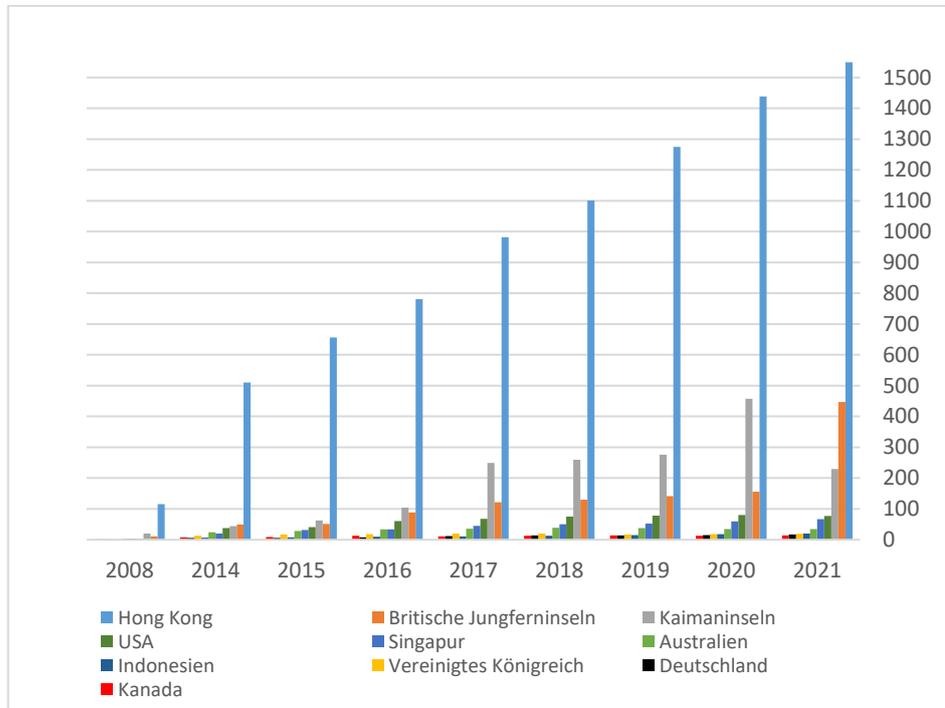
Top-Ten-Zielländer für Chinas Direktinvestitionen

Chinas Motivation, Direktinvestitionen im globalen Norden zu verankern, zeigt sich auch in den Top Ten seiner Zielländer. Nach chinesischen Direktinvestitionsbeständen im Ausland von 2021 listet das nationale Statistikbüro der VR China die chinesische Region Hong Kong auf Rang eins. Daneben zählen nur das wohlhabende Singapur und das rohstoff-reiche Indonesien jeweils auf Platz fünf und sieben zum asiatischen Raum. Hinter den Steueroasen der Britischen Jungfern- und Kaimaninseln folgt Nordamerika mit den USA auf dem vierten und Kanada auf dem zehnten Rang.

Europa ist jeweils mit 19 Milliarden und 17 Milliarden an chinesischen Direktinvestitionsbeständen mit dem Vereinigten Königreich auf Platz acht und mit Deutschland auf Platz neun vertreten (vgl. Abbildung 31).

Wie bereits erwähnt, kommt der CGIT zu anderen Ergebnissen. Anhand des Datensatzes identifiziert Scissors die USA 2021 als wichtigstes Zielland für chinesische Direktinvestitionen noch vor Hong Kong. Die britischen Jungfern- und Kaimaninseln erhalten zwar beträchtliche Kapitalflüsse aus China, diese werden aber auch in fast gleicher Höhe zurückgesendet, werden also nicht investiert. Nordamerika und Westeuropa sind folglich für Chinas Direktinvestitionen bedeutsamer als es offizielle Zahlen erscheinen lassen.

Abbildung 31: Top-Ten-Zielländer Chinas nach Direktinvestitionsbestand im Ausland in Milliarden US-Dollar



Quelle: Nationales Statistikküro der VR China o. J. b (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung

Bis 2018 wenige chinesische Greenfield Investments im globalen Norden

Greenfield-Investitionen, bei denen ausländische Unternehmen neue Geschäftseinheiten in einem Zielland gründen, sind ein aussagekräftiger Indikator für die Auswirkungen von ADI.

Sie bieten für beide Seiten erhebliche Vorteile gegenüber Mergers and Acquisitions (M&A). Im Vergleich zu M&A führen Greenfield-Investitionen häufig zur Schaffung einer Vielzahl neuer Arbeitsplätze im Zielland und ermöglichen einen umfassenden Technologietransfer. Dies fördert die lokale Beschäftigung und steigert die Innovationskraft des Ziellandes. Zudem behält der ausländische Investor bei Greenfield-Investitionen die Kontrolle über die Unternehmensstruktur und verfolgt langfristige Ziele, während M&A oft kurzfristiger und finanziell orientiert sind.

Insgesamt ermöglicht die Betrachtung des Anteils an Greenfield-Investitionen einen ganzheitlichen Blick auf den Mehrwert von ADI für ein Zielland.

Öffentliche chinesische Statistiken zu Direktinvestitionen unterscheiden nicht zwischen M&A und Greenfield-Investitionen. Sie geben auch keine Auskunft über die Investitionssumme der einzelnen Transaktionen.

Zur Analyse werden deswegen im Folgenden mehrere Studien herangezogen, die auf private Datenbanken ausweichen. Molnar, Yan und Li (2021) weichen auf Daten von FDI Markets der Financial Times und von Dealogic aus. Die Studie von Felbermayr, Goldbeck und Sandkamp (2019) nutzt die Informationen des oben erwähnten CGIT. Kratz et al. (2023) beziehen sich auf Recherchen der Rhodium Group. Die unterschiedlichen Daten und Vergleichszeiträume führen zu kleineren Abweichungen bei den detaillierten Ergebnissen. Daher soll sich im Weiteren auf die größeren Entwicklungstrends konzentriert werden.

Global gesehen, haben chinesische Greenfield-Investitionen im Vergleich zu Mergers and Acquisitions (M&A) bis 2018 eine untergeordnete Rolle gespielt (vgl. Molnar/Yan/Li 2021, S. 10 f.).

Zwischen den Jahren 2005 und 2018 lag der durchschnittliche Anteil von Greenfield-Investitionen an Chinas gesamten ADI weltweit bei knapp einem Viertel. Dieser Anteil erreichte im Jahr 2014 seinen Höchstwert mit beinahe 40 Prozent, was auf eine starke Präsenz chinesischer Unternehmen bei der Gründung neuer Geschäftseinheiten hinweist. Im Gegensatz dazu fiel der Anteil auf seinen Tiefstwert im Jahr 2017, während einer Phase allgemeiner Rückgänge in den Investitionen, und erreichte nur noch 11 Prozent (siehe Felbermayr/Goldbeck/Sandkamp 2019, S. 9 f.).

Die zwei verschiedenen Direktinvestitionsformen weisen auch eine unterschiedliche geografische Dimension der Zielländer auf. Chinas Greenfield-Investitionen zielten auf ressourcenreiche Staaten und inkludieren Entwicklungs- und Schwellenländer. Chinas Top Ten im Jahr 2017 listet zwar die USA auf Platz eins. Das Vereinigte Königreich und Australien finden sich jeweils auf dem siebenten und zehnten Rang. Der Großteil der Zielländer von chinesischen Greenfield-Investitionen sind jedoch Entwicklungs- und Schwellenländer. Auf Platz zwei bis sechs finden sich Indonesien, Indien, Russland, Malaysia und Ägypten. Pakistan und Brasilien nehmen jeweils den achten und neunten Rang ein.

Bei chinesischen Investitionen für M&A spielen wohlhabende Länder die wichtigste Rolle. Die Top-Ten-Zielländer 2017 bei dieser Investitionsform inkludiert auf Platz sechs mit Brasilien nur ein einziges Schwellenland. Die USA zieht auch bei M&A die meisten chinesischen Auslandsinvestitionen auf sich, gefolgt von der chinesischen Region Hong Kong, dem Vereinigten Königreich, Australien und der Schweiz. Mit Singapur auf dem achten Rang findet sich nur ein einziger asiatischer Staat auf der Liste. Die EU ist mit den Mitgliedern Deutschland und Frankreich jeweils auf Platz neun und zehn vertreten (vgl. Molnar/Yan/Li 2021, S. 10 f.).

4.7.2 Chinesische Direktinvestitionen in Europa im Wandel

Das Gesamtvolumen an chinesischen Direktinvestitionen in Europa ist enorm gesunken. Insbesondere die Anzahl und das Volumen von chinesischen M&A ist massiv gefallen. Vor diesem Hintergrund übertrafen Greenfield-Investitionen erstmals mit einem signifikanten Anteil von 57 Prozent die etablierten M&A-Transaktionen (siehe Kratz et al. 2023, S. 5 u. 7). Diese Entwicklung markiert einen tiefgreifenden Wandel chinesischer Direktinvestitionen.

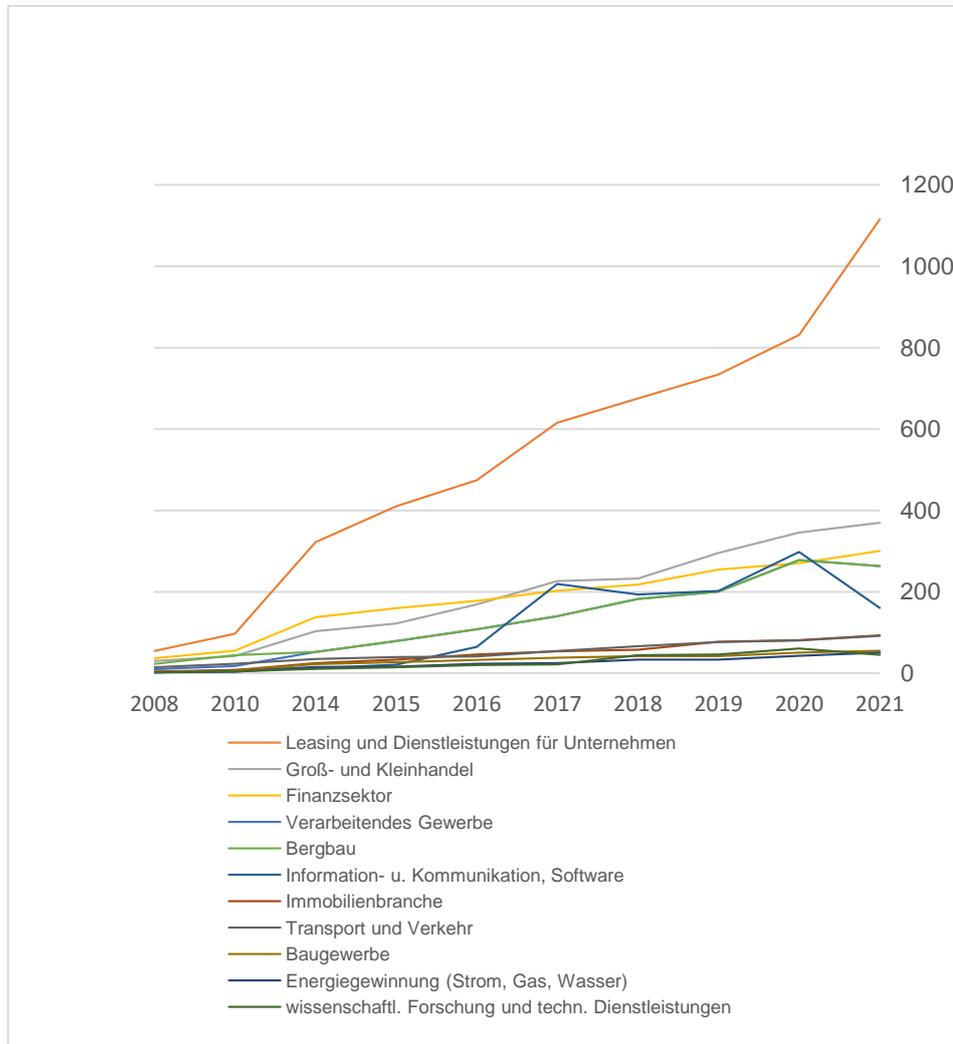
Nicht nur auf globaler Ebene, sondern auch in Deutschland zeichnet sich dieser Paradigmenwechsel ab. Zwischen 2005 und 2018 machten M&A-Deals 96 Prozent aller chinesischen Investitionen in Deutschland aus (siehe Felbermayr/Goldbeck/Sandkamp 2019, S. 9f.). Seit 2019 flossen über 13,5 Milliarden Euro aus China in die deutsche Wirtschaft, wovon mehr als 4 Milliarden Euro auf Greenfield-Investitionen entfielen – beinahe ein Drittel des gesamten Betrags (eigene Berechnung auf Grundlage des CGIT, siehe Anhang mit einer Liste aller chinesischen Direktinvestitionen in Deutschland seit 2007).

Deutschland, Frankreich und England, die Schwergewichte Europas, bleiben nach wie vor die traditionellen Ziele chinesischer Direktinvestitionen. Im Jahr 2022 erreichen diese Investitionen jedoch ein neues Hoch, da nahezu 68 Prozent aller chinesischen Investitionen in Europa in diese drei Wirtschaftsgiganten fließen. Dieser Aufstieg geht zentral auf fünf der mächtigsten chinesischen Konzerne wie CATL und Tencent zurück (vgl. Kratz et al. 2023, S. 8).

Zur traditionellen Konzentration auf die drei Länder Europas tritt Ungarn hinzu. Im Jahr 2022 sicherte es sich 20 Prozent des gesamten chinesischen Investitionskapitals in Europa. Dieser Aufstieg ist vor allem großen chinesischen Batterieproduzierenden wie CATL zu verdanken, die Europa ins Visier genommen haben. Tatsächlich flossen im Jahr 2022 53 Prozent der chinesischen Investitionen in Europa in die Automobilindustrie, wobei der E-Automobil-Sektor als zentraler Treiber chinesischer Direktinvestitionen in Europa hervortritt.

Ungarn rückt somit in den Fokus und wird zum Epizentrum der chinesischen Elektromobilität für den europäischen Markt. CATL plant beispielsweise, 7,6 Milliarden Euro in einen neuen Produktionsstandort in Ungarn zu investieren. Andere chinesische Auto-Batterie-Konzerne wie EVE erwägen ebenfalls die Expansion nach Ungarn, während SEMCORP bereits mit der Produktion im Land begonnen hat (ebd.).

Abbildung 32: Chinesische Direktinvestitionsbestände im Ausland nach Wirtschaftssectoren in Mrd. US-Dollar



Quelle: Nationales Statistikbüro der VR China o. J. b (Datenstand von September 2023), eigene Darstellung

Die dominierende Präsenz chinesischer Investoren in der europäischen Automobilindustrie führt zu einer Veränderung in der Wirtschaftsstruktur chinesischer Direktinvestitionen in Europa. Offiziellen chinesischen Statistiken zufolge steht der Sektor für Leasing und Dienstleistungen für Unternehmen unangefochten an erster Stelle, gefolgt von Groß- und Einzelhandel sowie dem Finanzsektor. Das verarbeitende Gewerbe belegt hingegen den vierten Platz (vgl. Abbildung 32).

Daten aus den Zielländern der chinesischen Direktinvestitionen zeichnen ein anderes Bild. Bis 2018 dominierte vor allem der Rohstoffsektor mit einem starken Fokus auf Energie, vor allem Öl, Koks und Wasserkraft. Diesem Sektor folgte der Transport- und Infrastruktursektor mit dem Schwerpunkt auf der Automobilindustrie und dem Ausbau von Bahnstrecken (Molnar/Yan/Li 2021, S. 9 und S. 16; Felbermayr/Goldbeck/Sandkamp 2019, S. 11–13).

Obwohl die Sektoren Technologie, Versorgung und Finanzwesen in westlichen Ländern oft als potenziell bedenklich angesehen werden, spielten sie in den chinesischen Direktinvestitionen eine eher untergeordnete Rolle. Einige große Deals, wie beispielsweise die Übernahme von Kuka durch Midea in Deutschland (vgl. Felbermayr/Goldbeck/Sandkamp 2019, S. 12), fallen hier zwar ins Auge, dennoch sollte die Bedeutung dieser Sektoren nicht überschätzt werden.

Die zunehmende Konzentration chinesischer Investoren auf die Automobil- und Konsumgüterindustrie hat zur Folge, dass die Bedeutung von Sektoren wie Energie, Infrastruktur, Immobilien und Finanzwesen abnimmt (Kratz et al. 2023, S. 10). Diese Entwicklung verstärkt den Trend von rückläufigen chinesischen Investitionen staatseigener Unternehmen.

Während der Großteil der chinesischen Automobilindustrie in privater Hand liegt, wird der Energie- und Infrastruktursektor von staatlichen Unternehmen dominiert. Diese verfügen über langjährige Erfahrung auch in ökonomisch und politisch unsicherer Umgebung. Die staatliche Haftung ermöglicht es ihnen, kostspielige Investitionen in Energie und Infrastruktur zu tätigen, die ein hohes Risiko bergen oder erst langfristig rentabel sind.

Mit dem Rückgang chinesischer Investitionen in diesen Sektoren sinkt auch der Anteil der staatlichen Beteiligung. Laut offiziellen chinesischen Statistiken übertrafen private Unternehmen im Jahr 2017 erstmals staatliche mit einem Anteil von 51 Prozent an den Direktinvestitionen. Über den Zeitraum von 2003 bis 2017 gingen die meisten chinesischen Investitionsabkommen weltweit von börsennotierten Unternehmen aus, gefolgt von privaten und staatlichen Betrieben. Gemessen am Investitionsvolumen übertrafen börsennotierte Unternehmen staatliche Unternehmen jedoch nur in den Jahren 2013, 2015 und 2016 (Molnar/Yan/Li 2021, S. 9 u. 16; Felbermayr/Goldbeck/Sandkamp 2019, S. 13).

In den letzten Jahren haben die Investitionssummen chinesischer staatseigener Unternehmen in Europa im Allgemeinen abgenommen. Ihr Hauptaugenmerk liegt nun auf Südeuropa, wie etwa ihre Investition von 560 Millionen Euro in erneuerbare Energien in Spanien im Jahr 2022 verdeutlicht (Kratz et al. 2023, S. 8–10).

Der Wandel bei Chinas Direktinvestitionen in Europa, insbesondere der Aufstieg von Greenfield-Investitionen, signalisiert eine Verschiebung

in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China und Europa. Die EU, insbesondere Deutschland und Ungarn, profitieren zunehmend von chinesischen Greenfield-Investitionen, die in den Schlüsselsektor Elektromobilität fließen.

Greenfield-Investitionen, die einen höheren Mehrwert für das Zielland bieten, sind aufgrund ihrer potenziell geringeren regulatorischen Hürden für China mittlerweile besonders attraktiv. Dies kann eine Chance sein, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen China und Europa auf neue und innovative Weisen zu vertiefen. Doch gleichzeitig erfordert dies eine vorausschauende Planung und Regulierung, um nationale Interessen und Sicherheitsbelange zu wahren.

5. Diskussion der Ergebnisse: Herausforderungen und Synergien für Gewerkschaften bei der Restrukturierung globaler Wertschöpfungsketten

Die wachsende wirtschaftliche und geopolitische Bedeutung Chinas, gepaart mit seiner Konkurrenz im Bereich der grünen Technologieführerschaft, steht derzeit im Fokus der EU-Politik.

Die EU und Deutschland haben in den letzten Jahren politische Maßnahmen ergriffen, um ihre Abhängigkeiten von China durch Diversifizierung der Lieferantenbasis und teilweise Rückverlagerung von Industrien zu verringern. Dies soll ihre politische Handlungsfähigkeit stärken und ihre Position in globalen Wertschöpfungsketten am oberen Ende festigen.

Gewerkschaften in Europa und Deutschland begrüßen größtenteils diese neue China-Strategie, befürchten aber bei einer Entflechtung der Volkswirtschaften negative Auswirkungen auf Arbeitsplätze.

Dies wirft wichtige Fragen auf: Wie abhängig sind die EU und Deutschland tatsächlich von Vorleistungen und Nachfrage aus China? In welchen Wirtschaftsbereichen ist die Abhängigkeit am stärksten, und welche Alternativen gibt es? Welche wirtschaftlichen Auswirkungen hätte eine schrittweise Entkopplung von Chinas Wirtschaft auf die europäische und deutsche Volkswirtschaft?

Diese Literaturstudie leistete eine systematische Analyse der wirtschaftlichen Verflechtungen mit China und setzte sie in den Kontext historischer Entwicklungen, wirtschafts- und sozialpolitischer Ziele und der ergriffenen Maßnahmen der jeweiligen Volkswirtschaften. Im Folgenden werden die Ergebnisse zusammengefasst und aus einer Gewerkschaftsperspektive diskutiert.

Komplementäre Wirtschaftsverflechtung

Die Auslagerung vieler Produktionsstätten des globalen Nordens nach China hat eine enge wirtschaftliche Verflechtung geschaffen, bei der China die Wirtschaft des globalen Nordens mit industriellen Vorleistungen und Konsumgütern von geringem Mehrwert ergänzt. Dadurch haben Chinas nationale wirtschaftliche Entwicklungen heute Auswirkungen auf die Versorgung entwickelter Länder. Die nationale Spezialisierung Chinas auf die kostengünstige Produktion für einfache Konsumgüter des globalen Nordens schuf viele Arbeitsplätze und machte China gleichzeitig von Exporten abhängig.

Verschiedene Faktoren setzten den Einparteienstaat in China unter Druck, von seinem export-getriebenen Wirtschaftsmodell als Motor des Wirtschaftswachstums abzurücken: Die weltweite Finanzkrise führte zu einem Rückgang der Nachfrage nach chinesischen Exporten. Gleichzeitig brachen gewaltsame Aufstände in der chinesischen Bevölkerung aus, die sich gegen niedrige Löhne, katastrophale Arbeitsbedingungen und erhebliche Umweltauswirkungen richteten.

Chinas Industriepolitik zielt auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen:

Politischer Rückenwind für die chinesische Gewerkschaft

Infolgedessen beschleunigte die politische Führung ihren wirtschaftspolitischen Kurswechsel von einem Fokus auf den komparativen Kostenvorteil hin zu einer Wettbewerbsfähigkeit, die auf innovativen, qualitativ hochwertigen und technologisch fortschrittlichen Produkten basiert.

Der Klimawandel, den China verstärkt spürt, wurde vom chinesischen Staat als sozial-ökonomische Chance erkannt. Durch die Entwicklung zukunftsweisender grüner Technologien und die Modernisierung seiner Industrie, plante die Regierung neue und qualifizierte Arbeitsplätze mit besseren Bedingungen im Inland zu schaffen, den Binnenkonsum anzukurbeln und die Umweltbedingungen zu verbessern.

Der GCGB bekommt politischen Rückenwind und wird zum zentralen Akteur, um in Unternehmen steigende Löhne und bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Die chinesische Gewerkschaft wurde zwar wieder stark an die Parteilinie zurückgebunden und ist keine freie und auch keine demokratische Organisation. In Hongkong wurden die Gewerkschaften in den letzten Jahren auch starken Repressionen unterworfen.

Dennoch zeigen Untersuchungen, dass sich die Integration des GCGB in Unternehmen positiv auf Löhne, Arbeitszeiten und soziale Leistungen auswirkt (Yao/Zhong 2013; Ge 2013). Ihren Kampf für die Interessen der Arbeitnehmer:innen muss sie weniger mit dem chinesischen Staat als mit Unternehmen führen (Wu 2010).

Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Spannungsfeld

Die Legitimität des Einparteienstaats beruht schließlich auf der Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen und Absicherung eines breiten Wohlstands. Chinas Primat der Politik über den Markt versetzt den Staat in die Position und nimmt ihn in die Verantwortung, sozialpolitische Ziele über Profite von Unternehmen zu stellen. Das macht er im Unterschied zur sozialen Marktwirtschaft in Europa nicht durch Entkoppelung sozialer Bereiche wie Bildung und Gesundheit vom Markt, sondern als dominanter Marktakteur in strategischen Bereichen.

Dieses Spannungsfeld zwischen autoritärem, undemokratischem politischem System bei vergleichbaren sozio-ökonomischen Zielen stellt die internationale Gewerkschaftsbewegung vor eine Herausforderung im Umgang mit China. Die Entschärfung des Lohndrucks auf Chinas Arbeitnehmer:innen durch qualifizierte Jobs am oberen Ende der Wertschöpfungskette ist aus Gewerkschaftsperspektive zu begrüßen. Wirtschaftliche Konkurrenz durch chinesische Technologieführerschaft im Bereich Solarpaneele und Elektromobilität könnte sich wiederum negativ auf Arbeitsplätze in Deutschland auswirken.

China bleibt weiterhin bei einfachen Konsumgütern dominant

Chinas Technologieführerschaft bleibt auf wenige grüne Produkte begrenzt. Seine Dominanz in globalen Wertschöpfungsketten beruht weiterhin auf Konsumgütern, insbesondere Datenverarbeitungsgeräte, mit geringem Mehrwert. China konnte sie in den letzten zwei Jahrzehnten weiter ausbauen (Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE / Merics 2020, S. 30). Während Chinas Exportvolumen im letzten Jahrzehnt sich nur leicht steigerte, sank seine Nachfrage nach Importen der EU und Deutschlands stark. Damit nahm die Bedeutung Chinas für die Volkswirtschaft der EU und Deutschland zu, während ihre umgekehrt abnahm.

Die EU profitiert (noch) mehr von den Handelsbeziehungen mit China als umgekehrt

Eine Input- und Wertschöpfungsperspektive, die den gesamten Aufwand aller beteiligten Länder für die Herstellung eines Produkts, einer Dienst- oder Vorleistung berücksichtigt, zeigt dennoch: werden Dienstleistungen in den internationalen Warenverkehr einbezogen, ist das globale Exportvolumen der EU beinahe doppelt so hoch wie das Chinas.

Gesamtwirtschaftlich betrachtet hat die EU eine größere Bedeutung für China als umgekehrt. Im Jahr 2018 trug die EU 1,5 Prozent zu Chinas Vorleistungen in seiner Fertigungsindustrie bei, während 2,2 Prozent der chinesischen Endnachfrage auf die EU zurückgingen. Umgekehrt entfielen nur 1 Prozent der Vorleistungen für die Produktion und 2 Prozent für den Konsum der EU auf China. Chinas Produktion ist volkswirtschaftlich abhängiger von der EU als umgekehrt.

China schöpft aus den Handelsbeziehungen mit Deutschland insgesamt einen größeren Wert als sein Handelspartner. Während China bei Vorleistungen für die deutsche Produktion ein Prozent und beim Konsum 2,7 Prozent zur heimischen Wertschöpfung beiträgt, gehen aus chinesischer Sicht nur 0,5 Prozent der industriellen Vorleistungen und 0,6 Prozent des Konsums auf deutsche Importe zurück. Chinas gesamtwirt-

schaftliche Bedeutung ist damit für den deutschen Endkonsum wesentlich wichtiger als für Vorprodukte in der deutschen Fertigung.

Die herausragende Bedeutung Chinas im deutschen Konsum ist auch auf Deutschlands exportorientiertes Wirtschaftsmodell zurückzuführen, bei dem die führenden Unternehmen auf die Produktion für den Export spezialisiert sind. Ergänzend werden Konsumbedürfnisse nach Produkten mit geringerem Mehrwert durch Importe gedeckt.

Der Rückgang Chinas Importe und Anstieg seiner Exporte nach Deutschland sind zum Teil auch auf Produktionsstätten der größten deutschen Unternehmen in China zurückzuführen, die vor Ort für den lokalen und auch zentral für den globalen Markt produzieren.

Insgesamt tragen die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU, Deutschland und China jeweils nur in begrenztem Maße zur Gesamtleistung der jeweiligen Volkswirtschaft bei, wobei die Beiträge zwischen 0 und 3 Prozent variieren.

Deutsch-chinesische Handelsbeziehungen: Komplexe gegenseitige Abhängigkeiten

In einzelnen Wirtschaftssektoren sind chinesische Importe jedoch für Deutschland von größerer Bedeutung. In der deutschen Endnachfrage sind sie vor allem im Handel von Textilien, Datenverarbeitungsgeräten und elektrischer Ausrüstung wichtig. Chinesische Vorleistungen für die deutsche Produktion stechen bei Datenverarbeitungsgeräten, elektrischer Ausrüstung, im Maschinenbau und in der Automobilindustrie besonders hervor. Dennoch übertreffen die exportierten Vorleistungen der deutschen Industrie für die chinesische Fertigung in jedem dieser Wirtschaftsbereiche bei weitem die Importe aus China.

Die Import-Export-Beziehung von Vorleistungen und Endprodukten in den gleichen Produktsparten ist charakteristisch für die deutsch-chinesische Handelsbeziehung. Dies hat Auswirkungen auf die heimische Wertschöpfung und die strategische Bedeutung der Handelsbeziehung für beide Seiten. Deutschland stellt in vielen Fällen die Maschinen zur chinesischen Fertigung von Produkten bereit, die wiederum für den deutschen Konsum aus China importiert werden.

Eine Reduktion der deutschen Importe aus China würde unmittelbare Auswirkungen auf die chinesische Nachfrage nach deutschen Vorleistungen haben. Der Absatz in China ist ein Haupttreiber des Wachstums der umsatzstärksten deutschen Unternehmen, insbesondere in der Automobilindustrie und im Maschinenbau.

Gleichzeitig könnten einige chinesische Konsumprodukte, deren Herstellung zwar arbeitsintensiv, aber verhältnismäßig einfach ist, durch andere Handelspartner ersetzt werden.

Bei Datenverarbeitungsgeräten, wie Laptops und Smartphones, hat China jedoch sowohl bei der Produktinnovation als auch bei der Herstellung eine globale Dominanz erreicht, die nicht kurzfristig von anderen Ländern ersetzt werden kann. Umgekehrt würde eine Reduzierung der deutschen Exporte von Maschinen nach China direkte Auswirkungen auf dessen Produktionskapazitäten haben.

Chinas Industriepolitik bringt Chancen für den Maschinenbau und Konkurrenz für die Automobilindustrie Deutschlands

Obwohl China mittlerweile der größte Hersteller und Exporteur von Maschinenbauprodukten weltweit ist, geht ein nicht unerheblicher Teil seines Produktionsvolumens auf deutsche Beteiligungen und Niederlassungen zurück. Zusätzlich liegt der Schwerpunkt dieser Produkte auf dem Heimgebrauch und findet nur begrenzte industrielle Anwendung. Der deutsche Maschinenbau profitiert stark von der Bereitstellung komplexer Maschinen für die chinesische Fertigungsindustrie. Die industriepolitischen Maßnahmen zur Modernisierung der chinesischen Fertigung haben die Nachfrage nach deutschen Maschinen weiter erhöht.

Auch für die deutsche Autoindustrie ist China ein wichtiger Motor seiner Wirtschaftsaktivitäten. Im Gegensatz zum deutschen Maschinenbau sieht sie sich jedoch zunehmend dem Wettbewerbsdruck durch Chinas führende Position bei der Elektromobilität ausgesetzt. Während niedrige Produktionskosten diese Branche einst nach China lockten, sind es heute die Integration in Chinas F&E im Bereich elektrischer Autobatterien und die hohe Nachfrage auf dem weltweit größten Markt für Pkw.

Angesichts dieser Entwicklung steht insbesondere die deutsche Autoindustrie unter öffentlicher Kritik, kurzfristig von der Finanzierung des technologischen Fortschritts ihrer Konkurrenz zu profitieren, was langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Standorts beeinträchtigen könnte.

Tatsächlich konnte die Studie zeigen, dass die chinesische Regierung in den letzten Jahren erfolgreich Anreize und Regulierungen implementiert hat, um ausländische Direktinvestitionen in Chinas F&E zu lenken. Gleichzeitig nahmen allgemein ausländische Kapitalflüsse, insbesondere im Hochtechnologiesektor und im Bereich erneuerbare Energien, in Chinas Industrie ab.

Obwohl keine genauen Zahlen zu ausländischen Anteilen an Direktinvestitionen in chinesische F&E veröffentlicht werden, ist die Autoindustrie der größte deutsche Investor China. Auf nationaler Ebene ist Deutschland der größte Kapitalgeber Chinas in Europa. Im internationalen Vergleich spielt Deutschland für China eine wichtige, aber nicht zentrale Rolle bei ADI. Umgekehrt ist China für Deutschland als ausländischer Direktinves-

tor bedeutsamer. Es gehört neben Frankreich und Großbritannien zu den drei Ländern, auf die sich Chinas Investitionen in Europa konzentrieren.

Chinas Direktinvestitionen in der EU und Deutschland gehen stark zurück, während Greenfield-Investitionen dominieren

Befürchtungen, dass China durch Direktinvestitionen in den Bereichen Technologie, Finanzen und Versorgung in der EU und Deutschland politischen Einfluss nimmt, erweisen sich in der Empirie als wenig begründet. Abgesehen von einzelnen großen Deals in diesen Sektoren sind Chinas Direktinvestitionen im Laufe der Zeit am stärksten im Energiesektor und im Transportsektor, einschließlich der Automobilindustrie.

Während Chinas Investitionen in Infrastruktur hauptsächlich auf Entwicklungsländer abzielten, richteten sie im globalen Norden, einschließlich der EU, ihr Augenmerk auf M&A. In den letzten Jahren nahmen chinesische Direktinvestitionen sowohl weltweit als auch in Europa erheblich ab. Im Vergleich dazu gewannen Greenfield-Investitionen an Bedeutung und sind mittlerweile die häufigste Form der chinesischen Kapitalinvestitionen in der EU.

Treiber dieser Entwicklung ist insbesondere Chinas Elektrosektor seiner Automobilindustrie. Chinesische Unternehmen dieser Branche suchen verstärkt nach Möglichkeiten, lokale Produktionsstätten für den Absatz in der EU zu etablieren, wobei CATL, ein führender Entwickler und Produzent von Batterien für Elektroautos, zu den größten Investoren gehört.

Die Handelsbeziehungen zwischen China und Deutschland sind durch ihre enge Verwobenheit von gegenseitigen Vorleistungen und Nachfrage komplex. Die Auswirkungen industriepolitischer Maßnahmen müssen daher für einzelne Sektoren bewertet werden. Während die deutsche Automobilindustrie mehr chinesische Konkurrenz erfährt, profitieren andere Sektoren wie der deutsche Maschinenbau von stärkerer Nachfrage aufgrund Chinas industriellem Upgrading.

Globale gewerkschaftliche Synergien könnten Arbeitnehmer:innen weltweit schützen und fairen Wettbewerb fördern

Die aktuelle Debatte über Strafzölle gegen einen stark staatlich subventionierten chinesischen E-Auto-Sektor zum Schutz der europäischen bzw. deutschen Automobilindustrie vernachlässigt: auch deutsche Unternehmen profitierten in ihrer Vor-Ort-Produktion in China von staatlichen Zuschüssen (vgl. Jungbluth et al. 2023, S. 31). Von den Strafzöllen sind, wie bereits oben erwähnt, auch deutsche Hersteller mit Produktionsstätten in China betroffen, die den deutschen E-Auto-Markt auch mit Importen aus China bedienen (vgl. VDA 2024).

Die Debatte um Marktverzerrungen der E-Auto-Industrie durch den chinesischen Staat sollte auch Maßnahmen der lokalen Klimapolitik erwägen. Die chinesische Regierung schaffte ökonomische und administrative Anreize, damit konventionelle Unternehmen sich sukzessive an grünen Produkten orientieren. Benzinmotoren sollen so langfristig zum Auslaufmodell werden (vgl. Thurbon et al. 2023, v. a. S. 125).

Das hat negative Auswirkungen auf lokale wie ausländische Beinautohersteller auf dem chinesischen Markt. Angesichts des aktuellen Booms grüner Technologien reduziert der chinesische Staat seine Subventionen für Elektromobilität und erneuerbare Energien bereits sukzessive (vgl. Sebastian 2022; Sandalow et al. 2022, S. 61).

Was für die Gewinne deutscher Unternehmen in der Autoindustrie vorteilhaft ist, bedeutet nicht zwangsläufig einen Vorteil für den deutschen Standort. Arbeitsplätze, die in den letzten Jahren in Deutschland aufgrund deutscher Produktionsstätten in China und den USA verloren gingen, könnten möglicherweise durch chinesische Greenfield-Investitionen im Bereich Elektromobilität ausgeglichen werden. Dies könnte auch der EU durch chinesische Technologietransfers zugutekommen. Die Konkurrenz am deutschen Standort könnte, ähnlich wie in China, die inländischen Automobilhersteller dazu anregen, wieder verstärkt in F&E in Deutschland zu investieren.

Strafzölle scheinen Unternehmen (noch) keine Anreize in diese Richtung zu geben. Der chinesische E-Autohersteller BYD hat vor Kurzem bekanntgegeben, knapp eine Milliarde Euro in eine neue Produktionsstätte in der Türkei zu investieren (vgl. He 2024). Die Türkei ist Mitglied der EU-Zollunion. Ausländische Autohersteller auf ihrem Hoheitsgebiet sind damit von Zöllen für Importe in die EU ausgenommen.

Zudem ist „der Markt“ im Bereich von grünen Technologien nicht das effizienteste Anreizsystem. Das United Nations Environment Programme (UNEP) hat bereits im Jahr 2003 festgestellt, dass es für die rasche Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft, umfangreiche staatliche Investitionen und Subventionen bedarf. Diese treten in Konflikt mit Marktprinzipien. Die sozialen und ökonomischen Auswirkungen einer globalen Klimakrise rechtfertigen jedoch staatliche Interventionen.

Drittens könnten die Preisvorteile chinesischer E-Autos weniger auf Subventionen als auf geringe Arbeitskosten zurückgehen. Während staatliche Unternehmen und solche mit ausländischer Beteiligung der Branche in China relativ gute Löhne zahlen, fallen private chinesische Produzierende mit unterdurchschnittlich schlechten Löhnen, wenig sozialer Absicherung und hoher Flexibilisierung der Arbeitszeiten auf. Bei Letzteren ist der Organisationsgrad des GCGB gering (vgl. Lüthje/Zhao/Wu 2023, S. 142f.).

Sowohl das Lieferkettengesetz als auch internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit könnten unmittelbar gegen schlechte Arbeitsbedingungen wirken und dabei gleichzeitig unfairen Marktwettbewerb in der Autoindustrie der EU beschränken. Das Lieferkettengesetz könnte für China mit Blick auf seine sozio-ökonomischen Ziele und seine globale Wettbewerbsfähigkeit sogar von Vorteil sein.

Steigende Löhne haben Chinas komparativen Kostenvorteil verringert. Multinationale und chinesische Unternehmen verlagern ihre Produktion sukzessive in Länder wie Vietnam und Bangladesch mit geringeren Arbeitskosten und Arbeitsrechten und mit wenig Umweltschutz (vgl. Tan 2023; LaRocco 2022). Können unter diesen menschenrechtsverletzenden Bedingungen Produkte nicht mehr in die EU eingeführt werden, kann China von seiner Verstärkung der Arbeitsrechte und des Umweltschutzes der letzten beiden Jahrzehnte profitieren.

China reagiert mit weiterer Öffnung und Autonomiebestrebung seiner Wirtschaft

Die chinesische Gewerkschaft schweigt zur Strategie der EU und Deutschlands. Diesbezügliche Recherchen brachten keine Ergebnisse. Xi Jinping sichert der EU zu, dass China kein Interesse habe, sein politisches System zu exportieren und friedliche Lösungen suche (Zentralregierung der VR China 2022). Er geht auf Forderungen der EU ein und bekräftigt die Absicht, die Wirtschaft weiter für ausländische Unternehmen zu öffnen.

Eine breitere Debatte findet in China in akademischen Diskursen (vgl. Wang 2022 und vgl. Cheng 2023) unter dem Schlagwort „Ent-Sinisierung“ (去中国化) von globalen Wertschöpfungsketten statt. Dort werden die wirtschaftspolitischen Strategien der USA und der EU mit Blick auf China als Reaktion kapitalistischer Staaten auf stärkere wirtschaftliche Konkurrenz zwischen Nationen verstanden, die die neo-liberale Weltwirtschaftsordnung förderte.

Die wertbasierte Gemeinschaft dieser Staaten richte sich gegen Chinas Ziel, seine Wettbewerbsfähigkeit von einem komparativen Kostenvorteil bei Produkten von geringem Mehrwert hin zu qualitativ und technologisch fortschrittlichen Produkten zu entwickeln.

Bedroht fühlt sich China auch von Militärabkommen, die die USA und auch die EU in den letzten Jahren mit Nachbarländern rund um China abgeschlossen haben. Chinas Intellektuelle raten dazu, dass die chinesische Regierung zugleich den Binnenmarkt weiter für ausländische Unternehmen öffnet und die Autonomie der nationalen Wirtschaft fördert.

Eine geopolitische Aufspaltung der Welt stößt auf Kritik

Rückendeckung bekommt China von ungewöhnlicher Seite. Okonjo-Iweala (WTO 2022), die Direktorin der WTO, zeigt in einer Rede zwar Verständnis dafür, dass unfaire Marktpraktiken zu Konflikten zwischen Ländern führen. Sie äußert aber Bedenken an der Umgehung von Schlichtungsmaßnahmen der WTO durch ein „friend-shoring“ der USA und der EU. Dieses zielt darauf ab, die globalen Wertschöpfungsketten neu zu organisieren, indem politisch kohärente Handelsblöcke geschaffen werden (Maihold 2022, S. 4).

Das wäre eine Abkehr vom multilateralen System der Weltwirtschaftsordnung. Forderungen an Entwicklungsländer, sich beim Handel auf eine Seite zu schlagen, schmälern deren Chancen zur wirtschaftlichen Entwicklung. Tatsächlich sprechen sich Entwicklungsländer gegen ein solches „friend-shoring“ aus (vgl. Rajan 2022).

Stattdessen schlägt Okonjo-Iweale vor, lokale Verlierer der Globalisierung durch soziale Absicherungen besser zu schützen und warnt davor, den Handel mit China zum „Sündenbock“ für nationale Herausforderungen zu machen.

Die Liberalisierung des Warenverkehrs und der Kapitalflüsse in den letzten Jahrzehnten hat eine „Rückkehr sozialer Ungleichheit“ sowohl im globalen Norden als auch globalen Süden gefördert, die nur aus aristokratischen Zeiten bekannt ist (Savage 2021). Diese Entwicklung hat auch zur gesellschaftlichen Spaltung in entwickelten Ländern beigetragen und zu einem Vertrauensverlust in demokratische Systeme geführt.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (2022b) fordert eine stärkere „soziale Agenda“ in der „offenen, strategischen Autonomie“ der EU. Schließlich argumentiert auch der DGB, dass sozialer Zusammenhalt politischer Systemkonkurrenz keinen Boden bietet (Botsch 2019).

Vor diesem Hintergrund muss die politische Diskussion um Verschiebungen von globalen Lieferketten zugunsten Chinas ein komplexes Spannungsfeld berücksichtigen, damit es die nationalen und die globalen Vor- und Nachteile für Wirtschaft und Gesellschaft abschätzen kann.

Literatur

Alle im Folgenden genannten Webseiten wurden zuletzt am 19.9.2024 abgerufen, soweit nicht anders angegeben.

- Adachi, Aya / Brown, Alexander / Zenglein, Max (2022): Fasten your seatbelts: How to manage China's economic coercion. 25.8.2022, Mercator Institute for China Studies, <https://merics.org/en/report/fasten-your-seatbelts-how-manage-chinas-economic-coercion>.
- AFL-CIO – American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations (2018): AFL-CIO and ETUC Support Fair Trade Practices, 15.6.2018, <https://aflcio.org/2018/6/15/afl-cio-and-etuc-support-fair-trade-practices>.
- Aglietta, Michel / Bai, Guo (2013): China's Development. Capitalism and Empire. London: Routledge.
- Allgemeine Zollverwaltung der VR China (2022): Tabelle der Gesamtwerte der importierten und exportierten Waren nach wichtigen Ländern und Regionen (Werte in US-Dollar) (2022年12月进出口商品主要国别(地区)总值表 (美元值)), www.customs.gov.cn/customs/302249/zfxxgk/2799825/302274/302275/4794352/index.html.
- Allison, Graham (2017): Destined for war? Can America and China escape Thucydide's Trap? Boston: Houghton Mifflin Harcourt.
- American Enterprise Institute (2023): China Global Investment Tracker [Datenstand von September 2023], www.aei.org/china-global-investment-tracker
- Ankenbrand, Hendrik / Preuss, Susanne (2017): IG Metall fordert Schutz vor China. In: Frankfurter Allgemeine, 31.3.2017, www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ttip-und-freihandel/angst-vor-uebernahmen-ig-metall-fordert-schutz-vor-china-14950183.html.
- Barrientos, Stephanie / Gereffi, Gary / Rossi, Arianna (2011): Economic and Social Upgrading in Global Production Networks: A New Paradigm for a Changing World. In: International Labour Review 150, H. 3–4, S. 319–340, <http://dx.doi.org/10.1111/j.1564-913X.2011.00119.x>.
- Baur, Andreas / Flach, Lisandra (2022): Deutsch-chinesische Handelsbeziehungen: Wie abhängig ist Deutschland vom Reich der Mitte? In: ifo Schnelldienst 75, H. 4, S. 56–65, www.ifo.de/DocDL/sd-2022-04-baur-flach-deutsch-chinesische-handelsbeziehungen_0.pdf.

- Bayerlein, Michael (2023): Knappe Arzneimittel: Diversifizierung der Lieferketten als oberstes Ziel. Stiftung Wissenschaft und Politik. Kurz gesagt, 15.5.2023, www.swp-berlin.org/publikation/knappe-arzneimittel-diversifizierung-der-lieferketten-als-oberstes-ziel.
- Belt and Road Portal (中国一带一路网) (2023): Liste der Länder, die mit China Kooperationsverträge für den Bau der „Belt and Road“ unterzeichnet haben (已同中国签订共建“一带一路”合作文件的国家一览), <http://web.archive.org/web/20230822023953/www.yidaiyilu.gov.cn/p/77298.html>.
- Bickelmann, Jonas (2019): Siemens, VW und BASF in Xinjiang: „Unternehmen müssen sich Chinas repressiver Politik widersetzen.“ In: Tagesspiegel, 23.8.2019, www.tagesspiegel.de/politik/unternehmen-muessen-sich-chinas-repressiver-politik-widersetzen-4658143.html.
- BMW Group (2023): BMW Opens New Shanghai R&D Center. China R&D Strategy Upgraded for Next-level Digital User Experiences. Pressemitteilung, 21.7. 2023, <http://web.archive.org/web/20240618202058/www.press.bmwgroup.com/global/article/detail/T0425038EN/bmw-opens-new-shanghai-r-d-center-china-r-d-strategy-upgraded-for-next-level-digital-user-experiences?language=en>.
- Botsch, Andreas (2019): China: Eine neue Systemkonkurrenz zwischen Ost und West. 19.9.2019, DGB, <http://web.archive.org/web/20200926052804/www.dgb.de/themen/++co++be5b9e0c-d881-11e9-8d8b-52540088cada>.
- Boyer, Robert (2011): The Chinese growth regime and the world economy. In: Boyer, Robert / Uemura, Hiroyasu / Isogai, Akinori (Hrsg.): Diversity and transformations of Asian capitalisms. London: Routledge, <https://research.cbs.dk/en/publications/the-chinese-growth-regime-and-the-world-economy>.
- Brautigam, Deborah / Huang, Yufan (2023): Integrating China into Multilateral Debt Relief: Progress and Problems in the G20 DSSI. China*Africa Research Initiative, Briefing Paper 9, <https://static1.squarespace.com/static/5652847de4b033f56d2bdc29/t/64303cd252cc4045dafc811f/1680882899126/Briefing+Paper+9+-+China+and+DSSI+-+April+2023+-+V5.pdf>.

- Brophy, David (2021): Sanctions only escalate tensions. It's time to tackle the Uyghurs' plight differently. In: The Guardian, 5.4.2021, www.theguardian.com/commentisfree/2021/apr/05/sanctions-uyghurs-plight-china-policies.
- Bundesregierung (2023): China-Strategie der Bundesregierung, www.auswaertiges-amt.de/blob/2608578/810fdade376b1467f20bdb697b2acd58/china-strategie-data.pdf.
- Busch, Berthold / Matthes, Jürgen / Sultan, Samina (2023): Zur Abhängigkeit einzelner Industriezweige von China. IW-Report Nr. 5, www.iwkoeln.de/studien/berthold-busch-juergen-matthes-samina-sultan-zur-abhaengigkeit-einzeller-industriezweige-von-china.html.
- Carry, Inga / Godehardt, Nadine / Müller, Melanie (2023): Die Zukunft europäisch-chinesischer Rohstofflieferketten. Drei Szenarien für das Jahr 2030 – und was sich daraus ergibt, SWP-Aktuell 2023/A 15, www.swp-berlin.org/10.18449/2023A15/.
- Chan, Anita (2001): China's Workers under Assault. The Exploitation of Labor in a Globalizing Economy. New York: ME Sharpe.
- Chen, Laurie / Zhang, Albee (2023): China suspends youth jobless data after record high readings. In: Reuters, 15.8.2023, www.reuters.com/world/china/china-stop-releasing-youth-jobless-rate-data-aug-says-stats-bureau-2023-08-15/.
- Cheng, Xi (陈玺) (2023): Wie soll China auf das Update und die Entwicklung der EU-China Wirtschaftsstrategie reagieren? (中国当如何应对欧盟对华经济战略的升级和演变). Chinas Informationsnetz zu handelspolitischen Maßnahmen des Handelsministeriums der VR China, cacs.mofcom.gov.cn/article/flfwpt/jydy/cgal/202307/177113.html.
- China Daily (2022): Mercedes-Benz strengthens local innovation with R&D Center Shanghai, 21.3.2022, www.chinadaily.com.cn/a/202203/21/WS6237d58da310fd2b29e52253.html.
- China Daily (2023): Global carmakers accelerate R&D in China, 9.5.2023, <https://global.chinadaily.com.cn/a/202305/09/WS6459eb45a310b6054fad1ee0.html>.
- China Labour Bulletin (2023): Workers' rights and labour relations in China, 10.7.2023, <https://clb.org.hk/en/content/workers%E2%80%99-rights-and-labour-relations-china>.

- Chu, Yun-han (2013): Sources of Regime Legitimacy and the Debate over the Chinese Model. In: *The China Review* 13, H. 1, S. 1–42, www.jstor.org/stable/23462227.
- del Rey, Salvador / Mignin, Robert (2018): *Labor and Employment Compliance in China*. 5. Auflage. Alphen aan den Rijn: Wolters Kluwer.
- Deng, Yanhua / Yang, Guobin (2013): Pollution and Protest in China: Environmental Mobilization in Context. In: *The China Quarterly* 214, S. 321–336, www.jstor.org/stable/23509600.
- Deng, Yong (2022): *China's Strategic Opportunity. Change and Revisionism in Chinese Foreign Policy*. Cambridge: Cambridge University Press, <https://doi.org/10.1017/9781009105095>.
- Der Standard (2023): Niederlande begrenzen Export von Hardware zur Chipfertigung, China erbost, 2.7.2023, www.derstandard.at/story/3000000177199/niederlande-begrenzen-export-von-hardware-zur-chipfertigung-china-erbost.
- Deutsche Bundesbank (2023): Direktinvestitionsstatistiken. Aktualisierte Ausgabe [Datenstand von September 2023], www.bundesbank.de/resource/blob/804078/89c7b7a95fea7677a13b9e730cc3eb1d/mL/0-direktinvestitionen-data.pdf.
- Dittmer, Diana (2022): Interview Gregor Sebastian. „Deutsche Autobauer werden ihr China-Geschäft vom Weltmarkt abspalten“. In: *Capital*, 4.11.2022, www.capital.de/wirtschaft-politik/warum-deutsche-autohersteller-in-china-nur-verlieren-koennen--32879176.html.
- Economist (2023): Taiwan's dominance of the chip industry makes it more important. No industry matters more to Taiwan than chipmaking, 6.3.2023, www.economist.com/special-report/2023/03/06/taiwans-dominance-of-the-chip-industry-makes-it-more-important.
- Economy, Elizabeth (2010): *The river runs black. The environmental challenge to China's future*. Ithaca: Cornell University Press.
- Egger, Georg / Fuchs, Daniel / Immervoll, Thomas / Steinmassl, Lydia (Hrsg.) (2013): *Arbeitskämpfe in China*. Wien: Promedia.
- Elfström, Manfred (2021): *Workers and changes in China. Resistance, repression, responsiveness*. New York: Cambridge University Press.

- ETUC – Europäischer Gewerkschaftsbund (2016): China is not a market economy, and should not enjoy the privileges, www.etuc.org/en/pressrelease/china-not-market-economy-and-should-not-enjoy-privileges.
- ETUC – Europäischer Gewerkschaftsbund (2021): ETUC joins call for stronger human rights safeguards in EU-China Comprehensive Agreement on Investment, <https://etuc.org/en/pressrelease/etuc-joins-call-stronger-human-rights-safeguards-eu-china-comprehensive-agreement>.
- ETUC – Europäischer Gewerkschaftsbund (2022a): ETUC letter to EU leaders on the 30th anniversary of the Maastricht Treaty, <https://etuc.org/en/document/etuc-letter-eu-leaders-30th-anniversary-maastricht-treaty>.
- ETUC – Europäischer Gewerkschaftsbund (2022b): Positioning the ETUC for an EU open strategic autonomy with a strong social agenda, www.etuc.org/en/document/positioning-etuc-eu-open-strategic-autonomy-strong-social-agenda.
- Europäische Kommission (2013): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Überprüfung der Liste kritischer Rohstoffe für die EU und die Umsetzung der Rohstoffinitiative. COM/2014/0297 final, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52014DC0297>.
- Europäische Kommission (2019): EU-China – Strategische Perspektiven. Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und den Rat, 12.3.2019, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52019JC0005>.
- Europäische Kommission (2023a): Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen und zur Änderung der Verordnungen (EU) 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1724 und (EU) 2019/1020, 16.3.2023, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52023PC0160>.

- Europäische Kommission (2023b): Kritische Rohstoffe: Sichere und nachhaltige Lieferketten für die grüne und die digitale Zukunft der EU gewährleisten. Pressemitteilung, 16.3.2023, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_1661.
- Europäische Kommission (2023c): A Green Deal Industrial Plan for the Net-Zero-Age, 1.2.2023, http://web.archive.org/web/20240218171938/https://commission.europa.eu/system/files/2023-02/COM_2023_62_2_EN_ACT_A%20Green%20Deal%20Industrial%20Plan%20for%20the%20Net-Zero%20Age.pdf.
- Europäische Kommission (2023d): Ein EU-Konzept zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherheit. Pressemitteilung, 20.6.2023, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_3358.
- Europäische Kommission (o. J.): Globale Gateway overview, https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/global-gateway/global-gateway-overview_en.
- Europäische Kommission / Generaldirektion Justiz und Verbraucher (2022): Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937, 23.2.2022, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52022PC0071>.
- Europäischer Rat (2023): Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zu China, 30. Juni 2023, www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/30/european-council-conclusions-on-china-30-june-2023/.
- Europäischer Rechnungshof (2020): Die Reaktion der EU auf Chinas staatlich gelenkte Investitionsstrategie. Analyse 03, www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/RW20_03/RW_EU_response_to_China_DE.pdf.
- Eurostat (2023): Share of European Union EU27 (from 2020) in the World Trade [Datenstand von September 2023], https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ext_lt_introeu27_2020/default/table?lang=en.
- Eurostat (2024): China-EU – International Trade in Goods Statistics, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=China-EU_-_international_trade_in_goods_statistics#EU_and_China_in_world_trade_in_goods.

- Factory (2023): Deutsche Maschinenbauer finden Indien attraktiver als China, 17.7.2023,
<https://factorynet.at/branche/deutsche-maschinenbauer-finden-indien-attraktiver-als-china/>.
- FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung (2016): Wirtschaftsministerium genehmigt Übernahme von Kuka, 17.8.2016,
www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/wirtschaftsministerium-genehmigt-uebernahme-von-kuka-durch-midea-14391487.html.
- Felbermayr, Gabriel / Goldbeck, Moritz / Sandkamp, Alexander (2019): Chinas ausländische Direktinvestitionen: Ein Überblick. Kiel Policy Brief 123,
www.ifw-kiel.de/de/publikationen/chinas-auslaendische-direktinvestitionen-ein-ueberblick-27700/.
- Felbermayr, Gabriel / Mahlkow, Hendrik / Sandkamp, Alexander (2023): Cutting through the Value Chain: The Long-Run Effects of Decoupling the East from the West. In: *Empirica* 50, H. 1, S. 75–108,
<https://link.springer.com/article/10.1007/s10663-022-09561-w>.
- Friedman, Eli (2014): *Insurgency Trap. Labor Politics in Postsocialist China*. Ithaca: Cornell University Press.
- Fulda, Barbara (2020): *Die neue Komplexität von Wertschöpfung. Warum Wertschöpfung immer globaler und komplexer wird und welche Effekte das auf Beschäftigung in Deutschland hat*. Forschungsförderung Report 7. Düsseldorf: Hans Böckler Stiftung,
www.boeckler.de/fpdf/HBS-007683/p_fofoe_report_007_2020.pdf.
- Fünf-Jahres-Plan, 6. (国民经济和社会发展第六个五年规划纲要) (1983): Bericht des Staatsrates der VR China (中华人民共和国国务院公报), S. 312–410,
www.gov.cn/gongbao/shuju/1983/gwyb198309.pdf.
- Fünf-Jahres-Plan, 11. (国民经济和社会发展第十一个五年规划纲要) (2006): Internetportal der Zentralregierung der VR China,
www.gov.cn/gongbao/content/2006/content_268766.htm.
- Fünf-Jahres-Plan, 12. (国民经济和社会发展第十二个五年规划纲要) (2011): Internetportal der Zentralregierung der VR China,
www.gov.cn/2011lh/content_1825838.htm.
- Fünf-Jahres-Plan, 13. (国民经济和社会发展第十三个五年规划纲要) (2016): Internetportal der Zentralregierung der VR China,
www.gov.cn/xinwen/2016-03/17/content_5054992.htm.

- Fünf-Jahres-Plan, 14. – 14. Fünf-Jahres-Plan und die Vision für 2035 (中华人民共和国国民经济和社会发展第十四个五年规划和2035年远景目标纲要) (2021): Internetportal der Zentralregierung der VR China,
www.gov.cn/xinwen/2021-03/13/content_5592681.htm.
- Fünfter Nationaler Volkskongress der VR China (1982) [letzte Änderungen 2018]: Verfassung der VR China (中华人民共和国宪法). Internetportal Zentralregierung der VR China (中华人民共和国中央人民政府), 22.3.2018,
www.gov.cn/guoqing/2018-03/22/content_5276318.htm.
- Galgóczi, Béla (2019): Two faces of (a) just transition: the coal story and the car story. In: Galgóczi, Béla (Hrsg.): Towards a just transition: coal, cars and the world of work. ETUI,
www.etui.org/sites/default/files/19%20Towards%20a%20just%20transition%20Galgo%CC%81czi%20EN%20Web%20version.pdf.
- Ge, Ying (2013): Do Chinese Unions have „real“ effects on employee compensation? In: Contemporary Economic Policy 32, H. 1, S. 187–202,
<https://doi.org/10.1111/coep.12012>.
- Gesamtchinesischer Gewerkschaftsbund (GCGB) (2021): 14. Fünf-Jahres-Plan für die Entwicklung der Arbeiter:innenbewegung und die Arbeit der Gewerkschaften in China (中国工运事业和工会工作“十四五”发展规划). In: Arbeiterzeitung (工人日报), 20.7.2021,
<https://baijiahao.baidu.com/s?id=1705851447889583754&wfr=spider&for=pc>.
- Gewerkschaftsgesetz (中华人民共和国工会法) (2021): Beschlossene dritte Änderung des Gesetzes bei der 32. Sitzung des Ständigen Ausschusses des Dreizehnten Nationalen Volkskongresses am 24. Dezember 2021 (根据2021年12月24日第十三届全国人民代表大会常务委员会第三十二次会议《关于修改〈中华人民共和国工会法〉的决定》第三次修正). Ministerium für Humanressourcen und Soziale Sicherheit,
www.mohrss.gov.cn/xxgk2020/fdzdgknr/zcfg/fl/202011/t20201102_394624.html.
- Grimm, Anna / Pfaff, Matthias (2022): Transformation der Wertschöpfung in der Automobilbranche. Teilbericht Arbeitspaket 4: Entwicklungen im Regime. Working Paper Forschungsförderung 249. Düsseldorf: Hans Böckler Stiftung,
www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-008335.

- Grohol, Milan / Veeh, Constanze (2023): Study on the Critical Raw Materials for the EU 2023. Final Report, <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/57318397-fdd4-11ed-a05c-01aa75ed71a1>.
- Gusbeth, Sabine (2023): Deutsche Maschinenbauer erwarten deutlich weniger Wachstum in China. In: Handelsblatt, 11.7.2023, www.handelsblatt.com/politik/international/vdma-deutsche-maschinenbauer-erwarten-deutlich-weniger-wachstum-in-china/29251756.html.
- Hage, Simon / Traufetter, Gerald (2022): Bundesregierung verwehrt VW Garantien für Investitionen in China. In: Der Spiegel, 27.5.2022, www.spiegel.de/wirtschaft/vw-in-china-bundesregierung-lehnt-investitions garantie-ab-menschenrechte-a-71be6d36-6b8e-4aed-bb2a-e132c31eb8e9.
- Handelsblatt (2023): Deutschland hält Exportbürgschaften für China offen, 17.6.2023, www.handelsblatt.com/politik/deutschland/kreditgarantien-deutschland-haelt-exportbuergschaften-fuer-china-offen/29212376.html.
- Handelsministerium der VR China (2018): Statistischer Jahresbericht zu Chinas Direktinvestitionen im Ausland 2018 (2018 年度 中国对外直接投资统计公报), <https://images.mofcom.gov.cn/wzs/201811/20181113170135971.pdf>.
- Handelsministerium der VR China (2020): Statistischer Jahresbericht zu Chinas Direktinvestitionen im Ausland 2020 (2020 年度 中国对外直接投资统计公报), <https://images.mofcom.gov.cn/wzs/202012/20201230152644144.pdf>.
- Handelsministerium der VR China (2021): Statistischer Jahresbericht zu Chinas Direktinvestitionen im Ausland 2021 (2021 年度 中国对外直接投资统计公报), <https://images.mofcom.gov.cn/wzs/202111/20211125164038921.pdf>.
- Handelsministerium der VR China (2022): Statistischer Jahresbericht zu Chinas Direktinvestitionen im Ausland 2022 (2022 年度 中国对外直接投资统计公报), <https://images.mofcom.gov.cn/wzs/202211/20221102151438905.pdf>.

- Hauschild, Helmut / Jungbluth, Cora / Gerlach, Sally / Gramke, Kai / Limbers, Jan / Weiß, Johann (2015): China – Partner und Konkurrent. Eine Analyse der deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen. Bertelsmann Stiftung, www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_DA_China-Partner-und-Konkurrent_2015.pdf.
- He, Hongwen / Sun, Fengchun / Wang, Zhenpo / Lin, Cheng / Zhang, Chengning / Xiong, Rui / Deng, Junjun / Zhu, Xiaoqing / Xie, Peng / Zhang, Shuo / Wei, Zhongbao / Cao, Wanke / Zhai, Li (2022): China's battery electric vehicles lead the world: achievements in technology system architecture and technological breakthroughs. In: Green Energy and Intelligent Transportation 1, H. 1, Artikel 22, <https://doi.org/10.1016/j.geits.2022.100020>.
- He, Laura (2024): Chinese EV giant BYD to build \$1 billion plant in Turkey. In: CNN.com, 9.7.2024, <https://edition.cnn.com/2024/07/09/business/china-ev-byd-turkey-plant-intl-hnk/index.html>.
- Heberer, Thomas / Schmidt-Glintzer, Helwig (2023): Jenseits von Hass und Zorn – nach der erfolgreichen Kampagne gegen Terrorismus und Islamismus sollen sich nach dem Willen Pekings die Verhältnisse in Xinjiang wieder normalisieren. In: Neue Zürcher Zeitung, 11.9.2023, www.nzz.ch/meinung/xinjiang-china-kampf-gegen-terrorismus-und-separatismus-ld.1753509.
- Heilmann, Sebastian / Melton, Oliver (2013): The Reinvention of Development Planning in China, 1993–2012. In: Modern China 39, H. 6, S. 580–628, www.jstor.org/stable/24574695.
- Heise Online (2018): Hightech-Übernahmen durch China: IG Metall fordert Gegenstrategie, 3.6.2018, www.heise.de/news/Hightech-Uebernahmen-durch-China-IG-Metall-fordert-Gegenstrategie-4063837.html.
- Herr, Hansjörg / Teipen, Christina / Dünhaupt, Petra / Mehl, Fabian (2020): Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsbedingungen in globalen Wertschöpfungsketten. Working Paper Forschungsförderung 175. Düsseldorf: Hans Böckler Stiftung, www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-007610.

- Heymann, Eric (2021): Zukunft des Automobilstandorts Deutschland. Detroit lässt grüßen. Deutsche Bank Research, www.dbresearch.de/PROD/RPS_DE-PROD/PROD000000000515751/Zukunft_des_Automobilstandorts_Deutschland:_Detroi.pdf?undefined&reaload=HgKsNnZudRpugOguZLBagtY/1ZflgWXwEieDTQZSNNX0todXjBRK6S7KfhNSuWEEd.
- ICCT – International Council on Clean Transportation / China EV100 (2020): Driving a green Future. A retrospective review of China's Electric Vehicle Development and Outlook for the Future, <https://theicct.org/wp-content/uploads/2021/06/China-green-future-ev-jan2021.pdf>.
- IEA – Internationale Energie Agentur (2022): Special Report on Solar PV Global Supply Chains. OECD Publishing, <https://doi.org/10.1787/9e8b0121-en>.
- IG Metall (2016): Chinas Maschinen- und Anlagenbau. Entwicklungstrends und Herausforderungen für Deutschland, www.igmetall.de/download/20160921_16_09_20_Chinas_Maschinen_und_Anlagenbau_6ba677b72aeccd2e1acac028bbbe94a61efac65a.pdf.
- IG Metall (2017): Wenn China nach Deutschland kommt, www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/wirtschaftspolitik/industriepolitik/wenn-china-nach-deutschland-kommt.
- ILO – Internationale Arbeitsorganisation (2022): China ratifies the two ILO Fundamental Conventions on forced labour. Pressemitteilung, 12.8.2022, www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_853575/lang--en/index.htm.
- Internationaler Währungsfond (2021): People's Republic of China: 2021 Article IV Consultation-Press Release; Staff Report; and Statement by the Executive Director for the People's Republic of China, www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2022/01/26/Peoples-Republic-of-China-2021-Article-IV-Consultation-Press-Release-Staff-Report-and-512248.
- ITUC – Internationaler Gewerkschaftsbund (2016): Scandal. Inside the global supply chains of 50 top companies. Frontlines Report 2016, www.ituc-csi.org/frontlines-report-2016-scandal.
- Jungbluth, Cora / Matthes, Jürgen / Beer, Sonja / Sebastian, Gregor / Zenglein, Max / Strack, Friedolin / Schaff, Ferdinand (2023): Gewinne deutscher Investoren in China – eine erste empirische Bestandsaufnahme, https://merics.org/sites/default/files/2023-04/20230419_FDI_Studie_2023_final.pdf.

- Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia (2023): Niedriglohnbeschäftigung 2020. Rückgang des Anteils von Niedriglöhnen in den letzten Jahren. IAQ-Report 2/2023, <https://doi.org/10.17185/duerpublico/77382>.
- Klein, Matthew C. / Pettis, Michael (2021): Trade wars are class wars. How rising inequality distorts the global economy and threatens international peace. New Haven: Yale University Press, <https://doi.org/10.2307/j.ctv10sm96m>.
- Koch, Max (2003): Arbeitsmärkte und Sozialstrukturen in Europa. Wege zum Postfordismus in den Niederlanden, Schweden, Spanien, Großbritannien und Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Kratz, Agatha / Barkin, Noah / Dudley, Lauren (2022): The Chosen Few: A Fresh Look at European FDI in China. Rhodium Group, <https://rhg.com/research/the-chosen-few/>.
- Kratz, Agatha / Zenglein, Max / Sebastian, Gregor / Witze, Mark (2023): EV battery investments cushion drop to decade low: Chinese FDI in Europe 2022 Update, <https://meric.org/en/report/ev-battery-investments-cushion-drop-decade-low-chinese-fdi-europe-2022-update>.
- Kretschmer, Fabian (2021): Hongkong: Amnesty International schließt Büro. In: Frankfurter Rundschau, 25.10.2021, www.fr.de/politik/amnesty-international-schliesst-hongkonger-buero-91073706.html.
- Kucik, Jeffrey (2022): Can the United States really decouple from China? Probably not – but that doesn't mean it won't try. In: Foreign Policy, 11.1.2022, <https://foreignpolicy.com/2022/01/11/us-china-economic-decoupling-trump-biden/>.
- Lang, Graeme / Xu, Ying (2013): Anti-incinerator campaigns and the evolution of protest politics in China. In: Environmental Politics 22, H. 5, S. 832–848, <https://doi.org/10.1080/09644016.2013.765684>.
- LaRocco, Lori (2022): China, "factory of the world," is losing more of its manufacturing and export dominance, latest data shows. In: CNBC.com, 20.10.2022, www.cnbc.com/2022/10/20/china-factory-of-the-world-is-losing-its-manufacturing-dominance.html#:~:text=The%20latest%20data%20in%20the%20CNBC%20Supply%20Chain,minerals%2C%20and%20science%20and%20technology%20are%20all%20declining.com.

- Liu, Yang (2014): China's paradox: unemployment, and a lack of workers. World Economic Forum, 8.9.2014, www.weforum.org/agenda/2014/09/china-jobs-labour-market-unemployment/.
- Lüthje, Boy / Zhao, Wei / Wu, Danielle (2023): Low carbon – low wages? China as a market and manufacturing base of electromobility. In: Galgóczi, Béla (Hrsg.): On the way to electromobility – a green(er) but more unequal future? ETUI, S. 115–146, www.etui.org/publications/way-electromobility-greener-more-unequal-future.
- Macias, Amanda / Tausche, Kayla (2021): U. S. needs to work with Europe to slow China's innovation rate, Raimondo says. In: CNBC.com, 28.9.2021, www.cnbc.com/2021/09/28/us-needs-to-work-with-europe-to-slow-chinas-innovation-rate-raimondo-says.html.
- Maihold, Günther (2022): Die neue Geopolitik der Lieferketten. „Friendshoring“ als Zielvorgabe für den Umbau von Lieferketten. SWP-Aktuell 45, www.swp-berlin.org/publikation/die-neue-geopolitik-der-lieferketten.
- Maihold, Günther / Mühlhöfer, Fabian (2021): Instabile Lieferketten gefährden die Versorgungssicherheit. Handlungsoptionen für Unternehmen und Politik. SWP-Aktuell 80, www.swp-berlin.org/10.18449/2021A80/.
- Matthes, Jürgen (2020): Wie abhängig ist die deutsche Wirtschaft exportseitig von China? In: ifo Schnelldienst 73, H. 2, S. 32–38, www.iwkoeln.de/studien/juergen-matthes-wie-abhaengig-ist-die-deutsche-wirtschaft-exportseitig-von-china.html.
- Matthes, Jürgen (2022): Gegenseitige Abhängigkeit im Handel zwischen China, der EU und Deutschland. Eine empirische Faktensammlung. IW-Report 35, www.iwkoeln.de/studien/juergen-matthes-gegenseitige-abhaengigkeit-im-handel-zwischen-china-der-eu-und-deutschland.html.
- Maull, Hanns / Stanzel, Angela / Thimm, Johannes (2023): USA und China auf Kollisionskurs. Die Bedeutung der Innenpolitik für das bilaterale Verhältnis. SWP-Studie 2. Stiftung Wissenschaft und Politik: Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2023S02_USA_China.pdf.

- Miroudot, Sébastien / Nordström, Håkan (2020): Made in the World? Global Value Chains in the Midst of Rising Protectionism. In: Review of Industrial Organization 57, S. 195–222, <https://doi.org/10.1007/s11151-020-09781-z>.
- Molnar, Margit / Yan, Ting / Li, Yusha (2021): China's outward direct investment and its impact on the domestic economy. OECD Economics Department Working Paper 1685. Paris: OECD Publishing, <https://doi.org/10.1787/1b1eaa9d-en>.
- Monopolkommission (2020): Wettbewerb 2020. XXIII. Hauptgutachten der Monopolkommission gemäß § 44 Abs. 1 Satz 1 GWB, www.monopolkommission.de/images/HG23/HGXXIII_Gesamt.pdf.
- Mortsiefer, Henrik (2023): China Strategie. Autobranche erwartet politische Rückendeckung. In: Tagesspiegel, 20.4.2023, <https://background.tagesspiegel.de/mobilitaet/autobranche-erwartet-politische-rueckendeckung>.
- Musitz, Julia (2023): Chinas Plan zur sozio-ökologischen Wende: Wie macht China Klimapolitik? In: AK Infobrief EU & International, H. 3, S. 2–9, https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/eu/infobrief/IB23_3_Artikel01_Chinas-Plan-zur-sozio-oekologischen-Wend.html.
- Musitz, Julia (2024a, im Erscheinen): Chinas grüne Technologieführerschaft. Wirtschaftspolitische Maßnahmen mit Erfolg. Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien.
- Musitz, Julia (2024b): Chinas grüne Technologieführerschaft: Brauchen grüne Märkte den Staat? A&W blog, 29.7.2024, www.awblog.at/Wirtschaft/Chinas-gruene-Technologiefuehrerschaft.
- Nationale Planungskommission / Nationale Wirtschaftshandelskommission / Nationales Außenhandelsbüro der VR China (1995): Vorläufige Bestimmungen zur Lenkung von Auslandsinvestitionen (指导外商投资方向暂行规定). Bericht des Staatsrats der VR China (中华人民共和国国务院公报), S. 667–670, www.gov.cn/gongbao/shuju/1995/gwyb199517.pdf.

- Nationaler Volkskongress der VR China (2019):
Auslandsinvestitionsgesetz der VR China (中华人民共和国外商投资法). Verabschiedet bei der 2. Sitzung des 3. Nationalen Volkskongresses. Netz des Nationalen Volkskongress der VR China,
www.npc.gov.cn/zgrdw/npc/xinwen/2019-03/15/content_2083532.htm.
- Nationales Statistkbüro der VR China (o. J. a): Nationale (regionale) Analyse der Summe von Auslandsdirektinvestitionen (按国别 (地区) 分实际外商投资额) [Datenstand von September 2023],
<https://data.stats.gov.cn/easyquery.htm?cn=C01>.
- Nationales Statistkbüro (o. J. b): Direktinvestitionen im Ausland nach Wirtschaftssektoren (按行业分对外直接投资存量) [Datenstand von September 2023],
<https://data.stats.gov.cn/easyquery.htm?cn=C01>.
- Noesselt, Nele (2014): Chinas neue EU-Strategie: Aufbau einer strategischen Achse der Weltpolitik? GIGA Focus Global 4,
www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/chinas-neue-eu-strategie-aufbau-einer-strategischen-achse-der-weltpolitik.
- OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2023): OECD International Direct Investment Statistics 2022. Paris: OECD Publishing,
<https://doi.org/10.1787/deedc307-en>.
- OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (o. J.): Global Value Chains and Trade,
<http://web.archive.org/web/20240229225247/www.oecd.org/trade/topics/global-value-chains-and-trade/>.
- Pickard, Jim (2022): UK government to pay Chinese group £100mn to exit Sizewell C. In: Financial Times, 29.11.2022,
www.ft.com/content/a9a34ea3-649f-4a47-a4c8-ee269e07eccc.
- Piore, Michael / Sabel, Charles (1985): Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft. Berlin: Wagenbach.
- Ponte, Stefano / Gereffi, Gary / Raj-Reichert, Gale (2019): Introduction to the Handbook on Global Value Chains. In: Ponte, Stefano / Gereffi, Gary / Raj-Reichert, Gale (Hrsg.): Handbook on Global Value Chains. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, S. 1–27,
<http://dx.doi.org/10.4337/9781788113779>.

- Rajan, Raghuram (2022): Just say No to „Friend-Shoring.“ Project Syndicate,
www.project-syndicate.org/commentary/friend-shoring-higher-costs-and-more-conflict-without-resilience-by-raghuram-rajan-2022-06?barrier=accesspaylog.
- Raza, Werner / Grohs, Hannes (2022): Trade aspects of China's presence in Latin America and the Caribbean. Briefing requested by the INTA committee of the European Parliament,
[www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2022/702572/EXPO_BRI\(2022\)702572_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2022/702572/EXPO_BRI(2022)702572_EN.pdf).
- Reuters (2022): Mercedes-Benz opens new R&D centre in Shanghai, 18.3.2022,
www.reuters.com/business/autos-transportation/mercedes-benz-opens-new-rd-centre-shanghai-2022-03-18/.
- Rodrik, Dani (2014): Green industrial policy. In: Oxford Review of Economic Policy 30, H. 3, S. 469–491,
<https://academic.oup.com/oxrep/article-abstract/30/3/469/549542>.
- Sandalow, David / Meidan, Michal / Andrews-Speed, Philip / Hove, Anders / Qiu, Sally Yue / Downie, Edmund (2022): Guide to Chinese Climate Policy 2022. The Oxford Institute for Energy Studies,
<https://chineseclimatepolicy.oxfordenergy.org/wp-content/uploads/2022/11/Guide-to-Chinese-Climate-Policy-2022.pdf>.
- Sandkamp, Alexander / Stamer, Vincent / Wendorff, Falk / Gans, Steffen (2023): Leere Regale made in China. Wenn China beim Handel mauert. Kiel Policy Brief 164,
www.ifw-kiel.de/de/publikationen/leere-regale-made-in-china-wenn-china-beim-handel-mauert-25998/.
- Savage, Mike (2021): The return of inequality. Social change and the weight of the past. Cambridge: Harvard University Press.
- Sayers, Eric / Kanapathy, Ivan (2022): America Is Showering China With New Restrictions. In: Foreign Policy, 15.2.2022,
<https://foreignpolicy.com/2022/02/15/us-china-economic-financial-decoupling-controls-restrictions-sanctions/>.
- Schade, Wolfgang / Haug, Ines / Berthold, Daniel (2022): The Future of the Automotive Sector: Emerging Battery Value Chains in Europe. ETUI Report 2022.02,
www.etui.org/sites/default/files/2022-06/The%20future%20of%20the%20automotive%20sector-Emerging%20battery%20value%20chains%20in%20Europe_2022.pdf.

- Scheinert, Christian (2023): EU's response to the US Inflation Reduction Act IRA. Briefing requested by the ECON Committee PE 740.087, [www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2023/740087/IPOL_IDA\(2023\)740087_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2023/740087/IPOL_IDA(2023)740087_EN.pdf).
- Scissors, Derek (2019): Chinese Investment: State-Owned Enterprises Stop Globalizing, for the Moment. American Enterprise Institute, www.aei.org/wp-content/uploads/2019/01/China-Tracker-January-2019.pdf.
- Scissors, Derek (2023): China's global Investment surges, finally. American Enterprise Institute, www.aei.org/wp-content/uploads/2023/07/Chinas-Global-Investment-Surges-Finally.pdf?x91208.
- Sebastian, Gregor (2022): The bumpy road ahead in China for Germany's carmakers. 27.10.2022, Mercator Institute for China Studies, www.merics.org/de/studie/bumpy-road-ahead-china-germanys-carmakers.
- Staatsrat der VR China (2015): Nr. 28: Made in China 2025 (中国制造2025). Internetportal der Zentralregierung der VR China, www.gov.cn/zhengce/content/2015-05/19/content_9784.htm.
- Staatsrat der VR China (2019): Verordnung Nr. 723. Anwendungsbestimmungen des Auslandsinvestitionsgesetzes (外商投资法实施条例). Internetportal der Zentralregierung der VR China, www.gov.cn/zhengce/content/2019-12/31/content_5465449.htm.
- Staatsrat der VR China (2002): Verordnung Nr. 346. Bestimmungen zur Lenkung von Auslandsinvestitionen (指导外商投资方向规定). Internetportal der Zentralregierung der VR China, www.gov.cn/gongbao/content/2002/content_61969.htm.
- Statista (2023): Verteilung der Bruttowertschöpfung in Deutschland nach Wirtschaftszweigen im Jahr 2022 [Datenstand von September 2023], <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/252123/umfrage/anteil-der-wirtschaftszweige-an-der-bruttowertschoepfung-in-deutschland/>.
- Statistisches Bundesamt (2023a): Die Volksrepublik China ist erneut Deutschlands wichtigster Handelspartner, <http://web.archive.org/web/20230602194756/www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/handelspartner-jahr.html>.

- Statistisches Bundesamt (2023b): Außenhandel,
<http://web.archive.org/web/20231216230034/www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Lange-Reihen/Aussenhandel/Irahl01a.html>.
- Statistisches Bundesamt (2023c): Außenhandel. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland (vorläufige Ergebnisse) [Datenstand von September 2023],
http://web.archive.org/web/20230505043658/www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/rangfolge-handelspartner.pdf?__blob=publicationFile.
- Statistisches Bundesamt (2023d): Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe,
www-genesis.destatis.de/genesis/online?sequenz=tabelleErgebnis&selectionname=42111-0002&zeitscheiben=2&leerzeilen=false#abreadcrumb.
- Statistisches Bundesamt (2023e): Außenhandel. Die wichtigsten deutschen Handelswaren 2022 [Datenstand von September 2023],
www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Grafik/Interaktiv/handelswaren.html.
- Steinhardt, Christoph / Wu, Fengshi (2016): In the Name of the Public: Environmental Protest and the Changing Landscape of Popular Contention in China. In: The China Journal 75, S. 61–82,
www.journals.uchicago.edu/doi/10.1086/684010.
- Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE / Merics – Mercator Institute for China Studies (2020): Chinas Streben nach Dominanz in globalen Zuliefer- und Wertschöpfungsketten: Auswirkungen auf Europa,
www.arbeit-umwelt.de/wp-content/uploads/Studie_China_Wertschoepfungsketten_StAU.pdf.
- Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE (2022): Chinas 14. Fünfjahresplan. Auswirkungen der Umwelt- und Industriepolitik auf die deutsche und europäische Industrie. Berlin,
www.arbeit-umwelt.de/wp-content/uploads/Chinas_Umwelt-und-Industriepolitik_StiftungIGBCE.pdf.
- Swissmem/VDMA – Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (2021): Markt China im Wandel. Wie bleibt der Maschinenbau im Wettbewerb erfolgreich?,
www.sinoptic.ch/textes/eco/2021/20210713_Swissmem_Synolitics_Etude-de.pdf.

- Szczepański, Marcin (2022): China's economic coercion. Evolution, characteristics and countermeasures. European Parliamentary Research Service (EPRS),
[www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2022/738219/EPRS_BRI\(2022\)738219_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2022/738219/EPRS_BRI(2022)738219_EN.pdf).
- Tagesschau (2023): Chip-Technologie. Die Niederlande beschränken Exporte nach China, 9.3.2023,
www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/china-halbleiter-exportbeschraenkungen-asml-niederlande-technologie-usa-chipindustrie-101.html.
- Tan, Huileng (2023): Even Chinese companies are moving supply chains out China to avoid geopolitical risks. In: Business Insider, 22.4.2023,
www.businessinsider.com/chinese-supply-chains-moving-companies-outside-mainland-2023-4.
- Thurbon, Elizabeth / Kim, Sung-Young / Tan, Hao / Matthews, John (2023): Developmental Environmentalism. State ambition and creative destruction in East Asia's Green Energy Transition. Oxford (UK): Oxford University Press.
- Tooze, Adam (2023): America Has Dictated Its Economic Peace Terms to China. By refusing negotiation over China's rise, the United States might be making conflict inevitable. In: Foreign Policy, 24.4.2023,
<https://foreignpolicy.com/2023/04/24/america-has-dictated-its-economic-peace-terms-to-china/>.
- Tröster, Bernhard / Küblböck, Karin / Grumiller, Jan (2017): EU's and Chinese raw materials policies in Africa: converging trends? In: Kurswechsel 3, S. 69–78,
www.beigewum.at/kurswechsel/jahresprogramm-2017/kurswechseljahresprogramm-2017heft-32017neue-weichen-fuer-die-weltwirtschaft/.
- Tseng, Wanda / Zebregs, Harm (2002): Foreign Direct Investment in China: Some Lessons for Other Countries. IMF Policy Discussion Paper 02/3,
www.imf.org/external/pubs/ft/pdp/2002/pdp03.pdf.
- UNCTAD – United Nations Conference on Trade and Development (2023a): Key Statistics and Trends in International Trade 2022. New York: United Nations Publications,
unctad.org/system/files/official-document/ditctab2023d1_en.pdf.

- UNCTAD – United Nations Conference on Trade and Development (2023b): World Investment Report 2023. Investing in Sustainable Energy for all. Overview,
https://unctad.org/system/files/official-document/wir2023_overview_en.pdf.
- UNCTAD – United Nations Conference on Trade and Development (2023c): Global foreign direct investment flows over the last 30 years,
<https://unctad.org/data-visualization/global-foreign-direct-investment-flows-over-last-30-years>.
- UNCTADstat – United Nations Conference on Trade and Development Statistics (2023): Merchandise: Total trade and share, annual [Datenstand von September 2023],
<https://unctadstat.unctad.org/datacentre/dataviewer/US.TradeMerchTotal>.
- UNCTADstat – United Nations Conference on Trade and Development Statistics (2024): International merchandise trade. Trade value and volumes,
<https://unctadstat.unctad.org/datacentre/>.
- United Nations Environment Programme (2003): Energy subsidies: lessons learned in assessing their impact and designing policy reforms,
www.unep.org/resources/report/energy-subsidies-lessons-learned-assessing-their-impact-and-designing-policy.
- United States Census Bureau (2022): Top Trading Partners. December 2021. Year-to-Date Imports,
www.census.gov/foreign-trade/statistics/highlights/top/top2112yr.html.
- vbw – Vereinigung der bayrischen Wirtschaft (2023): Effekte der chinesischen Subventionspolitik auf Deutschland,
www.vbw-bayern.de/Redaktion/Frei-zugaengliche-Medien/Abteilungen-GS/Au%C3%9Fenwirtschaft/2021/20230112_vbw_Prognos_Studie_Subventionen-China.pdf.
- VDA – Verband der Automobilindustrie (2022): Jahresbericht 2022: Themen und Zahlen zur Entwicklung der deutschen Automobilindustrie,
www.vda.de/de/aktuelles/publikationen/publication/jahresbericht-2022.
- VDA – Verband der Automobilindustrie (2023): Automobilproduktion. Zahlen zur Automobilproduktion im In- und Ausland,
www.vda.de/de/aktuelles/zahlen-und-daten/jahreszahlen/automobilproduktion.

- VDA – Verband der Automobilindustrie (2024): Betreffend die Einfuhren batterieelektrischer Pkw mit Ursprung in China. Pressebericht, 3.7.2024,
www.vda.de/de/presse/Pressemeldungen/2024/240703_PM_Antisubventionsuntersuchung-der-Europ-ischen-Kommission.
- VDA – Verband der Automobilindustrie (o. J. a): Neuzulassungen Pkw. Deutscher Pkw-Markt konsolidiert sich,
<http://web.archive.org/web/20230729120516/www.vda.de/de/themen/automobilindustrie/neuzulassungen-pkw-und-e-pkw/national>.
- VDA – Verband der Automobilindustrie (o. J. b): Marktentwicklungen. Immer weniger Mitarbeiter in der Stammebelegschaft,
<http://web.archive.org/web/20230328180526/www.vda.de/de/themen/automobilindustrie/marktentwicklungen/beschaefigungszahlen-und-beschaefigungsentwicklung>.
- VDMA – Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (2022): VDMA-Position. Schlaglicht China. Wettbewerber, Partner und Systemrivale,
www.vdma.org/documents/34570/4802648/VDMA-Position_China_12-2022.pdf/9fcc9a71-ad1e-c02e-b050-ad922201eb9c?t=1670915546311.
- VDW – Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken (2023): Marktbericht 2022. Die deutsche Werkzeugmaschinenindustrie und ihre Stellung im Weltmarkt,
vdw.de/wp-content/uploads/2023/07/VDW-Marktbericht-2022.pdf.
- ver.di (2024): Lieferkettengesetz von A bis Z, 25.7.2024,
www.verdi.de/themen/internationales/initiative-lieferkettengesetz.
- Vierter Nationaler Volkskongress der VR China (1975): Verfassung der VR China (中华人民共和国宪法 (1975 年)). Netz der Kommunistischen Parteimitglieder (共产党员), 18.3.2015,
<https://news.12371.cn/2015/03/18/ARTI1426666984513758.shtml>.
- Viklenko, Katharina (2022): Deutsche Maschinenbauer spüren steigende Konkurrenz aus China. Germany Trade and Invest, 9.9.2022,
www.gtai.de/de/trade/deutschland/specials/deutsche-maschinenbauer-spueren-steigende-konkurrenz-aus-china-853236.
- Wang, Cungang (王存刚) (2022): Neue Strukturierung der globalen Wertschöpfungsketten und neue Trends in der Außenpolitik der entwickelten, kapitalistischen Länder (全球价值链重构与发达资本主义国家对外政策新趋向).
In: Akademische Fronten (学术前沿) 241, H. 5,
www.rmlt.com.cn/2022/0606/648801.shtml.

- Weber, Isabella (2021): How China Escaped Shock Therapy. The Market Reform Debate. New York: Routledge.
- Weltbank (o. J.): Metadata Glossary,
<https://databank.worldbank.org/metadataglossary/jobs/series/BM.KLT.DINV.WD.GD.ZS>.
- Weltbank DataBank (o. J. a): World Development Indicators. GDP (current US\$) [Datenstand von September 2023],
<https://databank.worldbank.org/reports.aspx?source=2&series=NY.GDP.MKTP.CD&country=USA,CHN,EUU,DEU#>.
- Weltbank DataBank (o. J. b): World Development Indicators. GDP, PPP (current international \$) [Datenstand von September 2023],
<https://databank.worldbank.org/reports.aspx?source=2&series=NY.GDP.MKTP.PP.CD&country=USA,CHN,EUU,DEU#>.
- Weltbank DataBank (o. J. c): World Development Indicators. GDP per capita (current US\$) [Datenstand von September 2023],
<https://databank.worldbank.org/reports.aspx?source=2&series=NY.GDP.PCAP.CD&country=USA,EUU,DEU,CHN#>.
- Weltbank DataBank (o. J. d): World Development Indicators. Exports of goods and services (% of GDP) [Datenstand von September 2023],
<https://data.worldbank.org/indicator/NE.EXP.GNFS.ZS/>.
- Weltbank DataBank (o. J. e): World Development Indicators. Manufacturing, value added (% of GDP) [Datenstand von September 2023],
[https://databank.worldbank.org/reports.aspx?source=2&series=NV.IND.MANF.ZS&country=WLD,CHN,EUU,DEU,USA#%20\(31.%20August%202023\)](https://databank.worldbank.org/reports.aspx?source=2&series=NV.IND.MANF.ZS&country=WLD,CHN,EUU,DEU,USA#%20(31.%20August%202023)).
- Weltbank DataBank (o. J. f): World Development Indicators. Final consumption expenditure (% of GDP) [Datenstand von September 2023],
<https://databank.worldbank.org/reports.aspx?source=2&series=NE.CON.TOTL.ZS&country=DEU,CHN,USA>.
- Weltbank DataBank (o. J. g): World Development Indicators. Exports of goods and services (current US\$) [Datenstand von September 2023],
<https://databank.worldbank.org/reports.aspx?source=2&series=NE.EXP.GNFS.CD&country=EUU,WLD,CHN,USA,DEU#%20%20und%20%20https://databank.worldbank.org/reports.aspx?source=2&series=NE.IMP.GNFS.CD&country=WLD,EUU,CHN,USA,DEU>.

- Weltbank Databank (o. J. h): World Development Indicators. Foreign direct investment, net inflows (BoP, current US\$) [Datenstand von September 2023],
<https://databank.worldbank.org/reports.aspx?source=2&series=BX.KLT.DINV.CD.WD&country=WLD,CHN,EUU,USA,DEU,IND>.
- Wemheuer, Felix (2019): Chinas große Umwälzungen. Soziale Konflikte und Aufstieg im Weltsystem. Köln: PapyRossa.
- Wiechers, Ralph / Scholl, Florian / Paul, Holger (Hrsg.) (2022): Maschinenbau in Zahl und Bild 2022. Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau,
www.vdma.org/documents/34570/6128644/Maschinenbau%20in%20Zahl%20und%20Bild%202022.pdf/43a31467-dc91-1bd9-41ee-97413c4e769d.
- WTO – Welthandelsorganisation (2010): World Trade Report 2010,
www.wto.org/english/res_e/booksp_e/anrep_e/wtr10-1_e.pdf.
- WTO – Welthandelsorganisation (2022): National Foreign Trade Council: Strengthening the WTO and the global trading system. Remarks by DG Okonjo-Iweala,
www.wto.org/english/news_e/spno_e/spno25_e.htm.
- WTO – Welthandelsorganisation (o. J.): Disputes involving China [Datenstand von September 2023],
www.wto.org/english/thewto_e/countries_e/china_e.htm#disputesHeading.
- Wu, Qingjun (2010): Establishing trade unions within foreign companies in China. In: Employee relations 32, H. 4, S. 349–363,
www.emerald.com/insight/content/doi/10.1108/01425451011051587/full/html.
- Wu, Wen-jie (2016): Economics of Planning Policies in China. Infrastructure, Location and Cities. London: Routledge.
- Wübbeke, Jöst (2015): Was Chinas Aufstieg für Deutschlands Industrie bedeutet. IG Metall,
www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/zukunft-der-arbeit/industrie-40/was-chinas-aufstieg-fuer-deutschlands-industrie-bedeutet.
- Yang, Hongxing / Zhao, Dingxin (2014): Performance Legitimacy, State Autonomy and China's Economic Miracle. In: Journal of Contemporary China 24, H. 91, S. 64–82,
<https://doi.org/10.1080/10670564.2014.918403>.
- Yao, Yang / Zhong, Ninghua (2013): Unions and Workers' Welfare in Chinese Firms. In: Journal of Labor Economics 31, H. 3, S. 633–667.
<https://doi.org/10.1086/669819>.

- Zenglein, Max (2020): Mapping and Recalibrating Europe's Economic Interdependence with China. 17.11.2020, Mercator Institute for China Studies,
<https://merics.org/en/report/mapping-and-recalibrating-europes-economic-interdependence-china>.
- Zentralregierung der VR China (2018): Xi Jinping bespricht „One Belt One Road“. Vorstellung der wichtigsten Inhalte (《习近平谈“一带一路”》主要篇目介绍), 11.12.2018,
www.gov.cn/xinwen/2018-12/11/content_5347824.htm.
- Zentralregierung der VR China (2022): Xi Jinping führt Gespräche mit dem Präsidenten des Europäischen Rates Michel (习近平同欧洲理事会主席米歇尔举行会谈),
www.gov.cn/xinwen/2022-12/01/content_5729824.htm.
- Zhang, Hongyong / Doan, Thi Thanh Ha (2023): From just-in-time to just-in-case: Global sourcing and firm inventory after the pandemic. CEPR,
<https://cepr.org/voxeu/columns/just-time-just-case-global-sourcing-and-firm-inventory-after-pandemic>.
- Zhao, Dingxin (2009): The Mandate of Heaven and Performance Legitimation in Historical and Contemporary China. In: American Behavioral Scientist 53, H. 3, S. 416–433,
<https://doi.org/10.1177/0002764209338800>.
- Zheng, Yongnian / Huang, Yanjie (2018): Market in State. The Political Economy of Domination in China. New York: Cambridge University Press,
<https://doi.org/10.1017/9781108562119>.
- Zhu, Yuchao (2011): “Performance Legitimacy” and China's Political Adaptation Strategy. In: Journal of Chinese Political Science 16, H. 2, S. 123–140,
<https://doi.org/10.1007/s11366-011-9140-8>.
- Zimmer, Raingard (2022): Die Lieferkette geht auch den Betriebsrat an. In: Böckler Impuls 19/2022, S. 7,
www.boeckler.de/data/impuls_2022_19_S7.pdf.

Anhang: ADI chinesischer Firmen in Deutschland (2007–2023)

Table 3: ADI chinesischer Firmen in Deutschland (2007–2023)

Jahr	Unternehmen	Summe. (Mill. €)	Anteil Beteiligung	Partner	Sektor	Sub-Sektor	Green- field
2007	LinkGlobal Logistics	140			Transport	Luftfahrt	
2008	Sany Heavy Industry	151			Baugewerbe	Baumaschinen	X
2011	Jiangsu Jinsheng	140	50 %	EMAG	Maschinenbau	Werkzeugmaschinen	
2011	Ningbo Joyson	108	75 %	Preh	Transport	Kraftfahrzeuge	
2011	Lenovo	720	82 %	Medion	Technologie		
2011	China International Trust and Investment (CITIC)	452	100 %	KSM Castings	Transport	Kraftfahrzeuge	
2011	State Administration of Foreign Exchange (SAFE)	774	3 %	Munich Re	Finanz		
2012	Sany Heavy Industry, China International Trust and Investment (CITIC)	516	100 %	Putzmeister	Immobilien	Baugewerbe	
2012	Xuzhou Construction Machinery	355	52 %	Schwing	Immobilien	Baugewerbe	
2012	Hanergy	548	100 %	Q-Cells	Energie	Solar	
2012	Wuhan Iron and Steel	484		ThyssenKrupp	Metallherstellung	Stahl	

Jahr	Unternehmen	Summe. (Mill. €)	Anteil Beteiligung	Partner	Sektor	Sub-Sektor	Green- field
2012	Shandong Heavy Industry	1.000	25 %	Kion	Immobilien	Baugewerbe	
2013	Sinoma	151	59 %	Schmidt, Kranz & Co.	Immobilien	Baugewerbe	
2013	China South Locomotive	430		ZF Friedrichshafen	Transport	Kraftfahrzeuge	
2013	Aviation Industry Corp. (AVIC)	280	59 %	KHD	Immobilien	Baugewerbe	
2014	Goodbaby	108	100 %	Columbus Holding	Sonstige	Konsum	
2014	Fosun	151	19 %	Deutsche Bank	Finanz	Banking	
2014	Aviation Industry Corp. (AVIC)	688	100 %	3i	Transport	Kraftfahrzeuge	
2014	Fosun	118	23 %	Tom Tailor	Sonstige	Konsum	
2014	State Administration of Foreign Exchange (SAFE)	677		HIH und RFR	Immobilien	Eigentum	
2015	Ningbo Joyson	118	75 %	Quin GmbH	Transport	Kraftfahrzeuge	
2015	Anhui Zhongding	118	100 %	Wegu Holding	Transport	Kraftfahrzeuge	
2015	Fosun	247	100 %	Hauck & Aufhaeuser	Finanz	Banking	
2015	Midea	183	5 %	Kuka	Technologie		
2015	China Investment Corporation (CIC)	634	15 %	Tank & Rast	Transport	Kraftfahrzeuge	
2015	Beijing Auto (BAIC)	516		Borgward	Transport	Kraftfahrzeuge	

Jahr	Unternehmen	Summe. (Mill. €)	Anteil Beteiligung	Partner	Sektor	Sub-Sektor	Green- field
2016	China National Chemical (ChemChina)	1.075	100 %	KraussMaffei	Immobilien	Baugewerbe	
2016	Ningbo Joyson	215	100 %	TechniSat Digital	Transport	Kraftfahrzeuge	
2016	Beijing Enterprises (BEHL)	1.709	100 %	EQT	Energie	Müllverbrennung	
2016	Chengdu Techcent	237		Bilfinger	Versorgung		
2016	Midea	151	5 %	Kuka	Technologie		
2016	Midea	161	3 %	Kuka	Technologie		
2016	Three Gorges	1.656	80 %	WindMW	Energie	Alternative	
2016	Anhui Zhongding	161	100 %	AMK Holding	Transport	Kraftfahrzeuge	
2016	IDG Capital, MLS, Yiwu State-Owned Assets	473		Osram	Sonstige	Industrie	
2016	Midea	5.031	82 %	Kuka	Technologie		
2016	Shanghai Electric	237	100 %	Deutsche Beteiligungs AG	Transport	Luftfahrt	
2016	Shenyang Blue Silver	118	85 %	Durr Ecoclean	Sonstige	Industrie	
2016	Chongqing USUM	280		Scholz Holding	Sonstige	Industrie	
2016	Dare Group	226		AlpInvest Partners	Transport	Kraftfahrzeuge	
2016	Chengdu Techcent	366	60 %	Alba	Sonstige	Industrie	
2016	China Investment Corporation (CIC)	1.215		BGP	Immobilien	Eigentum	
2016	Anhui Zhongding	215	100 %	Bavaria Industries	Transport	Kraftfahrzeuge	
2017	HNA	860	3 %	Deutsche Bank	Finanz	Banking	

Jahr	Unternehmen	Summe. (Mill. €)	Anteil Beteiligung	Partner	Sektor	Sub-Sektor	Green- field
2017	HNA	495	2 %	Deutsche Bank	Finanz	Banking	
2017	HNA	1.462	5 %	Deutsche Bank	Finanz	Banking	
2017	Zhengzhou Coal, Renaissance Capital	645		Robert Bosch	Transport	Kraftfahrzeuge	
2017	Truiking Group	118	75 %	Romaco	Gesundheit		
2017	Beijing Zhonghuan	1.333			Transport	Kraftfahrzeuge	X
2017	Shandong Heavy Industry	1.527	18 %	Kion	Immobilien	Baugewerbe	
2017	China Communications Construction	473			Logistik		
2017	Luxshare	828		ZF TRW	Transport	Kraftfahrzeuge	
2017	Zhongwang	247	100 %	Aluminiumwerk	Metallherstellung	Aluminium	
2017	China Iron and Steel Research Institute	140		Cotesa	Transport	Luftfahrt	
2018	Creat	1.236	90 %	Biotest	Gesundheit		
2018	Zhejiang Geely	9.707	10 %	Daimler	Transport	Kraftfahrzeuge	
2018	Ningbo Jifeng	484	50 %	Grammer	Transport	Kraftfahrzeuge	
2018	Fosun	699	100 %	Aton	Sonstige	Industrie	
2018	Beijing Auto (BAIC)	763		Borgward	Transport	Kraftfahrzeuge	
2018	Shanghai Municipal Government	290	100 %	Chequers Capital	Sonstige	Textilien	
2018	Contemporary Amperex Tech	301	100 %		Transport	Kraftfahrzeuge	X

Jahr	Unternehmen	Summe. (Mill. €)	Anteil Beteiligung	Partner	Sektor	Sub-Sektor	Green- field
2018	Shanghai Giant Network	118		Wooga	Unterhaltung		
2019	Alibaba	108	100 %	Artisans	Technologie		
2019	Beijing Auto (BAIC)	2.956	5 %	Daimler	Transport	Kraftfahrzeuge	
2019	China North Industries (Norinco)	140			Transport	Kraftfahrzeuge	
2019	Huazhu Hotels	839	100 %	Deutsche Hospitality	Tourismus		
2020	Fosun	151		BioNTech	Gesundheit		
2020	Tencent	108		Lilium	Transport	Luftfahrt	
2020	WuXi AppTec	194		Bayer	Gesundheit		
2021	China Mobile	108			Technologie	Telecom	
2021	Fosun	301	100 %	Bankhaus Lampe	Finanz	Banking	
2021	Tencent	118	4 %	Gorillas	Sonstige	Konsum	
2021	Midea	183	5 %	Kuka	Technologie		
2021	Contemporary Amperex Tech	1.903			Transport	Kraftfahrzeuge	X
2022	China Grand	634	35 %	Heidelberg Pharma	Gesundheit		
2022	Wallaby Medical	581		Phenox	Gesundheit		
2023	Svolt	2.247			Transport	Kraftfahrzeuge	X

Quelle: American Enterprise Institute 2023, eigene Darstellung

ISSN 2509-2359